RECHTSEXTREMISMUS BERICHT 2016

GRÜNER KLUB
IM PARLAMENT

WWW.GRUENE.AT

RECHTSEXTREMISMUSBERICHT 2016

IMPRESSUM

Medieninhaber, Verleger:
DIE GRÜNEN – DER GRÜNE KLUB IM PARLAMENT
A-1017 Wien, Löwelstraße 12
www.gruene.at

Herausgeber: Albert Steinhauser, Harald Walser
Gesamtredaktion: Sebastian Klocker, Andrea Stangl
Redaktion Berichte Bundesländer: Cengiz Kulaç
Lektorat: Thomas Geldmacher
Grafik: AJ Graz
Druck: flyeralarm.at

Wien, Mai 2016

INHALT

1. VORWORT · ALBERT STEINHAUSER, HARALD WALSER 4
2. ZUM BEGRIFF DES RECHTSEXTREMISMUS · ANDREAS PEHAM 6
3. ENTWICKLUNGEN UND ANALYSE VON ANZEIGEN- UND VERURTEILUNGSZAHLEN (2010–2015) · ANGELIKA ADENSAMER 13
4. BUNDESLÄNDERANALYSEN 26
   a. Burgenland · N. N. 26
   b. Kärnten · JUDITH GÖTZ 29
   c. Niederösterreich · N. N. 34
   d. Oberösterreich · THOMAS RAMMERSTORFER 39
   e. Salzburg · SEBASTIAN KLOCKER 44
   f. Steiermark · INES AFTENBERGER 49
   g. Tirol · SEBASTIAN KLOCKER 54
   h. Vorarlberg · N. N. 59
   i. Wien · N. N. 64
5. FPÖ UND RECHTSEXTREMISMUS · KARL ÖLLINGER 69
6. VÖLKISCHE STUDENTENVERBINDUNGEN UND RECHTSEXTREMISMUS IN ÖSTERREICH · BERNHARD WEIDINGER 77
7. BETÄTIGUNGSFELDER DES RECHTSEXTREMISMUS 88
   a. Frauen im österreichischen Rechtsextremismus · JUDITH GÖTZ 88
   b. Islamismus und Rechtsextremismus – mehr Gemeinsamkeiten als angenommen · ALBERT STEINHAUSER 98
   c. Rechtsextremismus in der Diaspora · THOMAS SCHMIDINGER 103
   d. Social Media als rechtsextremes Aufmarschgebiet vor dem Hintergrund der Fluchtbewegungen · ANDREA STANGL 112
8. VERHETZUNG UND PRÄVENTION 122
   a. Verhetzung – eine Reform, die nach hinten losgehen könnte · ALBERT STEINHAUSER 122
   b. Präventionsansätze und Handlungsanleitungen · EIKE PRESSINGER, SEBASTIAN KLOCKER 127

1. VORWORT

2015 sind die rechtsextremen Straftaten mit einer Zunahme von über 50 % auf einen beunruhigenden Höchststand gestiegen – und das, obwohl der Trend schon in den vergangenen Jahren kontinuierlich nach oben gewiesen hat. Das ist eine Entwicklung, die die kriminelle Spitze des gesellschaftlichen Rechtsrucks, ausgelöst durch die Flüchtlingsdebatte, zeigt.

In Deutschland wurde mit den rassistischen NSU-Morden und hunderten brennenden Flüchtlingsheimen sichtbar, wohin die nationale und rechtsextreme Szene will. Das gewalttätige Potenzial wächst aber auch hierzulande stetig. Noch ist aber die deutsche Szene gefährlicher und stärker, weil die FPÖ in Österreich rechtsextreme Kräfte bindet.

Dazu kommt, dass rechtsextremes Gedankengut tief in die Gesellschaft eingedrungen ist. Während rechtsextreme Gewalt und Straftaten die Strafverfolgungsbehörden zu behandeln haben, ist es die Aufgabe von Zivilgesellschaft und Politik, rechtsextremem Gedankengut entgegenzutreten.

Die schwarz-blaue Bundesregierung hat im Jahr 2002 den damals noch jährlich erscheinenden Rechtsextremismusbericht eingestellt. Was tatsächlich ein Kniefall vor der FPÖ war, wird gerne mit dem Verweis auf den Verfassungsschutzbericht gerechtfertigt. Dort wird das Thema aber mit nicht einmal einem Dutzend DIN-A5-Seiten nur gestreift.

2015 lud der Grüne Parlamentsklub zu einer „Rechtsextremismus-Enquete“ ins Parlament. Über 100 Teilnehmer_innen diskutierten den Istzustand der rechtsextremen Szene. Der Bericht soll die Ergebnisse dieser Veranstaltung teilweise dokumentieren und weiterentwickeln.

Andreas Peham unternimmt im Eingangskapitel den Versuch, jene Begrifflichkeiten zu klären, die im öffentlichen Diskurs im Zusammenhang mit Rechtsextremismus nur ungenau verwendet werden. Er plädiert für eine Redefinition des Begriffs „rechtsextrem“, die sich an der österreichischen Verfassung orientiert und nicht – wie bisher praktiziert – an der deutschen Auslegung. Peham untersucht das Vorgehen von Rechtsextremen, die sich demokratischer Instrumente bedienen bzw. diese propagieren, um sich einerseits selbst zu legitimieren und andererseits über das Mittel von Abstimmungen letztlich Ungleichheit und Entdemokratisierung zu etablieren.

Angelika Adensamer wertet die jährlich vom Innenministerium präsentierten Zahlen zu rechtsextremen und rassistischen Anzeigen und Straftaten aus und interpretiert diese. Erstmals werden mit diesem Bericht auch bun-

desländerspezifische Überblicke über rechtsextreme Entwicklungen, Szenen und Vorfälle thematisiert. Die Zugänge der einzelnen Autor_innen sind unterschiedlich: Einige bieten mehr Hintergrundinformationen, andere fokussieren auf die Auflistung von Vorfällen, wobei diese hier naturgemäß nicht vollständig erfasst werden können.*

Während Karl Öllinger anhand des FPÖ-Parteiprogramms und des „Handbuchs freiheitlicher Politik" aufzeigt, wie sehr die FPÖ ideologisch mit dem Rechtsextremismus verwoben ist, belegt Bernhard Weidinger die tiefgehenden personellen Verquickungen der Partei mit weit rechtsstehenden Mitgliedern einzelner Burschenschaften, deren Ausrichtung nicht zuletzt an den von Weidinger aufgezählten Aktivitäten ersichtlich wird.

Judith Goetz beleuchtet ein im öffentlichen Diskurs wenig beachtetes Thema, nämlich die Rolle von Frauen in einem weitgehend männlich dominierten Betätigungsfeld und zeigt, wie auch Frauen in Führungspositionen medial ein konservatives Rollenbild zugewiesen wird.

Albert Steinhauser analysiert anhand einiger Merkmale die Parallelen zwischen den sich vermeintlich gegenüberstehenden Strömungen des Rechtsextremismus und des Islamismus, und Thomas Schmidinger fragt nach, inwieweit Rechtsextremismus und Antisemitismus in den Kontext der Zuwanderung zu bringen sind. Einem hinsichtlich von Tathandlungen stark ansteigenden Betätigungs- und Vernetzungsfeld des Rechtsextremismus widmet Andrea Stangl ihren Beitrag, indem sie erörtert, wie soziale Medien zum systematischen Aufmarschgebiet der Rechtsextremen geworden sind.

Albert Steinhauser rundet den Band mit einer kritischen Kommentierung des im Jänner 2016 novellierten Verhetzungsparagrafen und einer Übersicht zu dem, was unter Verhetzung im juristischen Sinn zu verstehen ist, ab. Eike Pressinger und Sebastian Klocker beschließen den Bericht mit dem Verweis auf die zunehmende Bedeutung von Prävention und Deradikalisierung. Sie analysieren den Status quo und formulieren Desiderate.

Wir wünschen diesem Bericht viele Leser_innen und vor allem, dass daraus die dringend notwendigen Schlüsse und Konsequenzen seitens der Politik und der Zivilgesellschaft gezogen werden.

Albert Steinhauser und Harald Walser

* Wir ersuchen um Verständnis, dass einige Autor_innen dieses Berichts anonym bleiben wollen.

2. ZUM BEGRIFF DES RECHTSEXTREMISMUS

ANDREAS PEHAM

Vorbemerkung: Die folgenden Ausführungen sind von der Notwendigkeit getragen, dass insbesondere sich antifaschistisch verstehende Gruppen und Personen von der Übernahme der deutschen (verfassungsschützerischen) Begrifflichkeit wieder abrücken mögen. Statt dieser formalen Begrifflichkeit, nach welcher Rechtsextremismus durch Gewalt und die Ablehnung der liberalen Parteiendemokratie bestimmt ist, wäre ein Zurück zur inhaltlichen Definition von Willibald I. Holzer (1993) anzustreben. Diese steht auch im Einklang mit der österreichischen Verfassung, die nur das NS-Verbot (und eben keinen „Anti-Extremismus") kennt. So steht in Österreich nur der Neonazismus (als radikalisierter Rechtsextremismus, verbunden mit Gewalttätigkeit und NS-Apologie) unter Strafandrohung, der Rechtsextremismus ist wenn, dann nur als legales Vorfeld Gegenstand verfassungsschützerischer Tätigkeit. Damit verbunden wäre, dass die FPÖ wieder als das bezeichnet wird, was sie – mit einer kurzen Unterbrechung rund um die Jahrtausendwende – seit 1986 ist, nämlich rechtsextrem.

Oft wird der Rechtsextremismus, der sich noch im verfassungsrechtlichen Rahmen der Demokratie artikuliert und bei Wahlen erfolgreich ist, als Rechtspopulismus bezeichnet. Dies gilt vor allem für Deutschland, wo eine enge definitorische Bindung des Begriffes Rechtsextremismus an die gewalttätige Frontstellung gegen die *freiheitlich-demokratische Grundordnung (FDGO)* besteht. Demgegenüber steht ein Verständnis von Rechtsextremismus, welches diesen in erster Linie inhaltlich und als Syndromphänomen bestimmt.[1]

Rechtsextremismus wird demnach begriffen als ein ganzes Bündel von Merkmalen, darunter

- → die Behauptung *natürlicher* Ungleichheit: ein biologistisch, im Rückgriff auf die nicht weiter hinterfragbare Instanz *Natur* argumentierender Antiuniversalismus und Antiegalitarismus, der sich gegen soziale Emanzipationsbestrebungen (u.a. Feminismus) und die Idee *einer* Menschheit richtet (Biologismus)[2],

1 Vgl. Holzer (1993) und die ähnliche Definition bei Jaschke (1994, 31). Um die Distanz zur polizeinahen Verwendung des Begriffes noch deutlicher zu machen, wird im Folgenden von der FPÖ stets als rechtsextrem und nicht als rechtsextremistisch die Rede sein (Arzheimer 2008, 39).

2 Das Sicherheitsversprechen des Biologismus kann neben der Verantwortungsabschiebung auf Sündenböcke als bedeutendster *Pull*-Faktor des Rechtsextremismus angesehen werden.

- → das Denken und Handeln in *Völkern,* in *natürlichen* oder *organischen Gemeinschaften,* die mit einer unveränderlichen Eigenart *(Identität)* ausgestattet werden und dem Individuum als Träger von Rechten mindestens gleichgestellt, in mancher Hinsicht sogar übergeordnet sind (Antiliberalismus),
- → völkischer, auf gemeinsame Abstammung zielender oder integraler Nationalismus; Volksgemeinschaftsideologie[3], in welchem die (homogene) Gemeinschaft gegen die heterogene Gesellschaft und oft in Opposition zu den politischen, sozialen und kulturellen Eliten gebracht und immer von *Fremden* bedroht *(zersetzt)* wird,
- → Hyper-Patriotismus: ein zur „Selbstüberhöhung neigendes Wir-Gefühl" (Holzer 1993, 38),
- → dauernder Protest und autoritäre Rebellion gegen das herrschende *System* oder demokratische Institutionen (Grundrechts-/Minderheitenschutz, Diskriminierungsverbot usw.), gegen die ein angeblicher Mehrheitswille in Widerspruch gebracht wird (direkte oder *identitäre Demokratie*),
- → extremes Ticketdenken/Dichotomisierung der Gesellschaft: starres Denken in festen und antagonistischen Gruppen wie z.B. *Wir* (unten) und *Die* (da oben) bzw. *Volk* und *Elite,* Freund-Feind-Schematisierungen,
- → rigider Geschlechterdualismus[4] und Ablehnung jeder Abweichung von einer behaupteten *Norm* (Homo- und Transphobie),
- → nationalisierende (deutschnationale) Geschichtsbetrachtung bis hin zu weichen Formen des *Revisionismus* und der NS-Apologie[5],
- → (kultureller) Rassismus und (oft codierter) Antisemitismus, eingebettet in einen allgemeinen Dekadenz-/Katastrophendiskurs, Behauptung einer drohenden *Zersetzung* der Eigengruppe und eines permanenten Notstandes zur Erreichung dauernder Mobilisierung,
- → „totalitäre Normenverständnisse" (Heitmeyer 2002, 503), autoritäre Einstellungen und antiliberale (rigide) Ordnungsvorstellungen *(starker Staat/Law & Order),*

3 Die Tatsache, dass sich die FPÖ seit 2011 auch in ihrem Parteiprogramm wieder zur „deutschen Volksgemeinschaft" bekennt, stellt ein wichtiges Argument für deren Charakterisierung als rechtsextrem dar.

4 Gemäß seiner biologistischen Grundhaltung verwirft der Rechtsextremismus die Unterscheidung zwischen biologischem *(sex)* und sozialem Geschlecht *(gender).*

5 Offener *Revisionismus* (etwa in Form der Leugnung der Giftgasmassenmorde in den Lagern) und unverblümte Gutheißung des Nationalsozialismus kennzeichnen den Neonazismus, was ihn auch in diesem Fall als radikalisierten Rechtsextremismus ausweist.

- → Berufung auf den Alltagsverstand, hierzulande oft immer noch als „gesundes Volksempfinden" bezeichnet (Antiintellektualismus, Antielitarismus[6]),
- → eine spezifische, von Gewaltmetaphern durchsetzte, aggressive Sprache (vgl. Bott 1969) und ein bestimmter militanter, abwertender Stil in der politischen Auseinandersetzung (Diffamierungen, Pathologisierungen, Tiermetaphern, Namenspolemiken usw.),
- → systematische Personalisierung und Moralisierung[7] des Politischen,
- → ein Diskurs, der weniger rationale Argumente, sondern vor allem „Begriffsfetische" (Lenk 1971, 85) und politische Mythen generiert (Irrationalismus),
- → Sicherheitsversprechen durch die Auflösung von Ambivalenz (durch Dichotomisierung) und die Reduktion von Komplexität,
- → Sündenbockmentalität und Neigung zu personalisierenden und verschwörungstheoretischen (paranoiden) Welterklärungen, in welchen man sich gerne zum Opfer macht (Täter-Opfer-Umkehr),
- → Kult der (phallischen) Stärke/Hypermaskulinismus.

Nicht zuletzt angesichts der Tatsache, dass einzelne Elemente des Rechtsextremismus sich auch in anderen Ideologien und als Einstellungen in der politischen *Mitte* finden lassen, sollten zumindest drei von ihnen vorhanden sein, um von Rechtsextremismus zu sprechen. (vgl. Schwagerl 1993) Gegenwärtiger Rechtsextremismus wäre demnach vorrangig zu bestimmen durch den demagogischen Rückgriff auf die *Natur* (insbesondere zur Legitimation sozialer Ungleichheit), verbunden mit der Trias (Volks-)Gemeinschaftsdünkel, Autoritarismus und (kultureller) Rassismus/(codierter) Antisemitismus. Verfassungsfeindlichkeit und die formale Ablehnung der liberalen Parteiendemokratie gelten nach dieser Definition nicht als notwendige Voraussetzung, um eine Gruppe oder Position als rechtsextrem zu charakterisieren.

Während also in Deutschland entlang des Verhältnisses zur FDGO eine Differenzierung in rechtsextremistisch und rechtspopulistisch oder rechtsradikal durchaus Sinn ergibt, dient in Österreich, dessen Verfassung das Rechtsgut FDGO nicht kennt, die Verwendung des Begriffes Rechtspopulismus oft nur der Verharmlosung. Neben dieser häufig von politischer Opportunität motivierten Begriffswahl gibt es aber auch wissenschaftliche Gründe,

6 Dieser basiert jedoch nicht auf einer egalitären Position, vielmehr ist er als instrumentell (gegen die gerade herrschenden Eliten gerichtet) zu charakterisieren (vgl. Priester 2012).

7 Diese Moralisierung steht jedoch unter a- oder anti-moralischem Leitmotiv, wie es sich etwa in der permanenten Abwertung von *Gutmenschen* ausdrückt.

um in bestimmten Fällen von Rechtspopulismus zu sprechen, etwa in der vergleichenden Parteienforschung, wo der Begriff für differenzierende Klassifizierungen durchaus brauchbar ist. (vgl. Betz 2002) Als ein Kriterium der Abgrenzung von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus soll hier neben der Existenz mehrerer Agitationsthemen[8] und einer möglichst kohärenten und umfassenden Ideologie mit einem bestimmten Traditionsbezug das jeweilige, entweder klar distanzierende oder zumindest ambivalente Verhältnis zum historischen Faschismus und Nationalsozialismus betrachtet werden.[9] Als rechtspopulistisch lassen sich unter diesem Aspekt und in einer Momentaufnahme[10] die *Norwegische Fortschrittspartei,* die *Dänische Volkspartei,* die *Lega Nord,* oder die *Party Voor de Vrijheid* (Geert Wilders) charakterisieren, als rechtsextrem die FPÖ (spätestens wieder ab 2005), die *Front National,* die *Schwedendemokraten* oder der *Vlaams Belang*.[11] Daneben zielt der Begriff des Rechtspopulismus oder „autoritärer Populismus" bzw. Populismus *von oben* vor allem auf den politischen Stil, die Formen der Agitation und eine spezifische Organisation von Zustimmung, der Begriff des Rechtsextremismus aber vorrangig auf Weltanschauung und Inhalte. (vgl. Amesberger/Halbmayr 2002, 28f)

RECHTSEXTREMISMUS UND DEMOKRATIE

Auch wenn der modernisierte Rechtsextremismus sich heute nicht mehr *gegen* die, sondern *in* der Demokratie artikuliert, so ist er noch lange nicht

8 Klassische (rechts-)populistische Parteien sind – idealtypisch betrachtet – sogenannte *single issue parties;* sie haben in der Regel nur einen Punkt auf ihrer Agenda (Zentralismus, Steuern, Migration etc.), aktuell *den Islam* bzw. die angeblichen Gefahren, die von ihm ausgehen („Islamisierung"). Ein weiteres Unterscheidungskriterium wäre im Grad von Antisemitismus und Antiamerikanismus zu finden, auch die differenten wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen (neoliberal vs. nationalsozial) bieten sich zur hierzu an. Betz (2001) unterscheidet jedoch nicht zwischen rechtsextrem und rechtspopulistisch, sondern zwischen „liberalistischem" und „nationalistischem" Rechtspopulismus.

9 Diese Differenz zwischen Rechtsextremismus und -populismus brachte etwa Umberto Bossi *(Lega Nord)* auf den Punkt: „Er [Jörg Haider, Anm. A. P.] ist ein Sohn von Nazis, wir sind Söhne von Partisanen" (Bossi 2000).

10 Um der Dynamik und Transformierbarkeit des Politischen gerecht zu werden, sollen diese Klassifizierungen keine endgültigen Urteile darstellen, sondern immer wieder auf ihre Gültigkeit überprüft werden (vgl. Schiedel 2011, 9f).

11 Als neonazistisch oder neofaschistisch sollen jene (extremistischen) Anti-System-Parteien gelten, die in Weltanschauung und Symbolik deutliche Anleihen bei ihren jeweiligen historischen Vorbildern nehmen, offen antisemitisch sind und eine gewisse Militanz in der politischen Auseinandersetzung an den Tag legen wie z. B. *Jobbik, Forza Nuova, Nationaldemokratische Partei Deutschlands* (NPD) oder *Goldene Morgenröte.*

demokratisch geworden. (Ignazi 1992, 12; vgl. Weidinger 2014) Dennoch wäre es falsch, den Rechtsextremismus als undemokratisch zu bezeichnen, da er sich mit der repräsentativen Demokratie als Form längst arrangiert hat. Er will „die Demokratie nicht abschaffen, aber im Sinne von ‚Ethnokratie' umdeuten" (Minkenberg 2011, 117). Diese Umdeutungsbestrebungen stehen im Widerspruch zu den Ideen der Gleichheit und des Individuums als alleinigen Trägers von Menschenrechten und zur uneingeschränkten Akzeptanz von Rechtsstaatlichkeit, des Grundrechts- und Minderheitenschutzes sowie des Diskriminierungsverbotes.[12]

Dem Rechtsextremismus nach der Holzer'schen Definition ist ein instrumentelles Verhältnis zur Demokratie zu attestieren. Die Wahlerfolge dienen Rechtsextremen dazu, sich selbst und andere rechtsextreme bis neofaschistische Parteien wie die ungarische *Jobbik* als „demokratisch legitimiert" darzustellen. (vgl. Mölzer 2010) Und immer wieder verlangen auch Freiheitliche eine Ausweitung der direkten Demokratie, in welcher dann über alles, also auch über die Rechte von (religiösen) Minderheiten abgestimmt werden könne. Mit Holzer ist hier von einer zumindest „strukturelle[n] Wiederkehr jener schon historisch eingeschliffenen Strategie" der extremen Rechten auszugehen, „die mittels begrifflicher Vereinnahmung von Demokratie und der hierüber entworfenen Zielperspektive ‚wirklicher' oder gar ‚wahrer' Demokratie deren Gegenteil betrieb" (Holzer 1993, 45).

Ein wichtiger Indikator demokratischer Gesinnung ist neben der Akzeptanz der Gleichheitsprämisse der Umgang mit Differenz und Abweichung, mit Andersdenkenden und politischen Gegner_innen. An zahlreichen Äußerungen freiheitlicher Politiker_innen wird jedoch eine weit über die politische Gegner_innenschaft hinaus reichende autoritäre Ablehnung von gesellschaftspolitischem und kritischem Engagement deutlich, etwa wenn Heinz-Christian Strache angesichts lautstarker Proteste bei einer Wahlkundgebung in Linz sich zur Drohung versteigt: „Wenn wir bestimmen, werden die, anstatt zu pfeifen, arbeiten müssen."[13]

12 Spätestens nach den Erfahrungen mit Faschismus und Nationalsozialismus kann Demokratie nicht länger nur mit freien Wahlen gleichgesetzt werden. Vielmehr braucht sie zur ihrer Ergänzung und zu ihrem Schutz verbriefte politische Freiheitsrechte, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit, wobei insbesondere Letztere im Konfliktfall dem Prinzip der Volkssouveränität übergeordnet sein kann und soll (vgl. Müller 2012, 39). Die Bereitschaft zur Verteidigung des demokratischen Status quo ist aber nicht mit der Affirmation der bürgerlichen Gleichheitsideologie und demokratischer Herrschaftsformen zu verwechseln (vgl. Schiedel 2012).

13 Strache (2008); vgl. Schiedel (2014).

LITERATUR

Amesberger, Helga/Halbmayr, Brigitte: Einleitung: In: dies. (Hg.innen): Rechtsextreme Parteien – eine mögliche Heimat für Frauen? Opladen 2015, S. 17–60.

Arzheimer, Kai: Die Wähler der extremen Rechten 1980–2002. Wiesbaden 2008.

Betz, Hans-Georg: Radikaler Rechtspopulismus im Spannungsfeld zwischen neoliberalistischen Wirtschaftskonzepten und antiliberaler autoritärer Ideologie. In: Loch, Dietmar/Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien. Frankfurt a. M. 2001, S. 167–185.

Betz, Hans-Georg: Rechtspopulismus in Westeuropa. Aktuelle Entwicklungen und politische Bedeutung. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 3 (2002), S. 251–264.

Bossi, Umberto, zit. nach Wiener Zeitung: „Jörg Haider ist unerwünscht", vom 19.12.2000, online: http://www.wienerzeitung.at/weltpolitik/220233_Joerg-Haider-ist-unerwuenscht.html?em_cnt=220233 [12.4.2016]

Bott, Hermann: Die Volksfeindideologie. Zur Kritik rechtsradikaler Propaganda. Stuttgart 1969.

Heitmeyer, Wilhelm: Rechtsextremistische Gewalt. In: ders./Hagan, John (Hg.): Internationales Handbuch für Gewaltforschung. Opladen 2002, S. 501–546.

Holzer, Willibald I.: Rechtsextremismus. Konturen, Definitionsmerkmale und Erklärungsansätze. In: Stiftung DÖW (Hg.): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus. Wien 1993, S. 11–96.

Ignazi, Piero: The Silent Counter-Revolution. Hypotheses on the Emergence of Extreme Right-Wing Parties in Europe. In: European Journal of Political Research Vol. 22 (1992), S. 3–34.

Lenk, Kurt: Zur Sozialpsychologie der Mythenbildung (1971). In: ders.: Rechts, wo die Mitte ist. Studien zur Ideologie: Rechtsextremismus, Nationalsozialismus, Konservativismus. Baden-Baden 1994, S. 85–91.

Minkenberg, Michael: Die radikale Rechte in Europa heute. Profile und Trends in West und Ost. In: Globisch, Claudia/Pufelska, Agnieszka/Weiß, Volker (Hg.Innen): Die Dynamik der europäischen Rechten. Geschichte, Kontinuitäten und Wandel. Wiesbaden 2011, S. 111–131.

Mölzer, Andreas, zit. nach Freiheitlicher Parlamentsklub: Mölzer: Linke Kräfte haben demokratisches Wahlergebnis in Ungarn zu respektieren, OTS von 12.4.2010, online: http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20100412_OTS0065/moelzer-linke-kraefte-haben-demokratisches-wahlergebnis-in-ungarn-zu-respektieren [12.4.2016]

Müller, Jan-Werner: Wo Europa endet. Ungarn, Brüssel und das Schicksal der liberalen Demokratie. Berlin 2012.

Priester, Karin: Wesensmerkmale des Populismus (2012), online: www.bpb.de/apuz/75848/wesensmerkmale-des-populismus?p=all%E2%80%8E [12.4.2016]

Schiedel, Heribert: Extreme Rechte in Europa. Wien 2011.

Schiedel, Heribert: Rechtsextreme Diskurse gegen die Gleichheit (2012), online: http://forschungsgruppefipu.files.wordpress.com/2012/05/rechtsextremediskurse.pdf [12.4.2016]

Schiedel, Heribert: „National und liberal verträgt sich nicht." Zum rechtsextremen Charakter der FPÖ. In: Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit (Hg.): Rechtsextremismus. Entwicklungen und Analysen – Bd. 1. Wien 2014, S. 113–144.

Schwagerl, Hans Joachim: Rechtsextremes Denken. Merkmale und Methoden. Frankfurt a. M. 1993.

Strache, Heinz-Christian, zit. nach Meinhart, Georgia: Straches Abrechnung mit der „Eiskastenpolitik". In: Die Presse vom 29.8.2008, online: http://diepresse.com/home/politik/neuwahlen/410214/Straches-Abrechnung-mit-der-Eiskastenpolitik [12.4.2016]

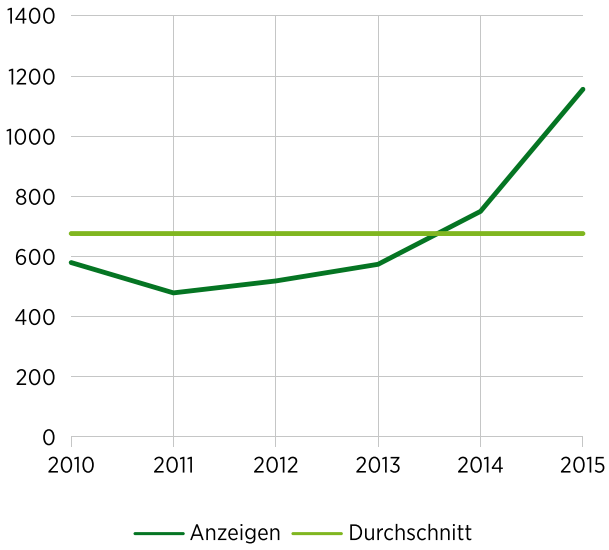
Weidinger, Bernhard: Zwischen Kritik und konservativer Agenda. Eine Verteidigung des Rechtsextremismusbegriffs gegen seine Proponent*innen. In: Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit (Hg.): Rechtsextremismus. Entwicklungen und Analysen – Bd. 1. Wien 2014, S. 69–87.

3. ENTWICKLUNGEN UND ANALYSE VON ANZEIGEN- UND VERURTEILUNGSZAHLEN (2010–2015)

ANGELIKA ADENSAMER

Die Anzahl rechtsextremer Tathandlungen[1] ist in den letzten Jahren massiv gestiegen. Die Zahlen zeichnen ein besorgniserregendes Bild. Während 2011 von 479 rechtsextremen Tathandlungen berichtet wurde, waren es 2014 schon 750 und 2015 sogar 1156. Allein im letzten Jahr sind die angezeigten Tathandlungen also um 54 % gestiegen (Abb. 1). Damit haben die Anzeigen ein Rekordniveau für den Berichtszeitraum seit 2010 erreicht und liegen 71 % über dem Durchschnitt der letzten sechs Jahre (von 676 Tathandlungen). Es ist davon auszugehen, dass dies nicht nur auf eine erhöhte Anzeigebereitschaft zurückzuführen ist, sondern dass es auch einen tatsächlichen Anstieg an Straftaten gegeben hat.

Abb. 1[2]: Rechtsextreme Tathandlungen 2010–2015



1 Eine Tathandlung kann aus mehreren Delikten bestehen, s. Bundesministerium für Inneres 2015, 17.

2 Abb. 1: Rechtsextreme Tathandlungen 2010–2015; Daten: BMJ, verschiedene Anfragebeantwortungen.

1. OFFIZIELLE DEFINITION RECHTSEXTREMER TATHANDLUNGEN

Als rechtsextreme Tathandlung gilt jede Straftat (also z.B. Sachbeschädigung, Körperverletzung, Nötigung, aber auch Verhetzung, Beleidigung oder Verbrechen nach dem Verbotsgesetz, wenn sie mit einem rechtsextremen Motiv begangen wurde. Darunter fällt insbesondere eine fremdenfeindliche bzw. rassistische, antisemitische und islamophobe Motivation. (vgl. Bundesministerium für Inneres 7238/AB XXV. GP). Unter fremdenfeindlich/rassistisch wird eine Tathandlung verstanden, „die sich gegen Personen (sowie deren Institutionen und Objekte) richten, die aufgrund eines Fremdheitskonstrukts des Täters/der Täter betreffend Sprache, Aussehen (z.B. Haut- & Haarfarbe), Kleidung, religiöser Symbole etc. zum Opfer einer Straftat werden und eine entsprechende Motivlage den Tätern – aufgrund der inneren Tatseite, dem Verhältnis zwischen Opfer und Täter, dessen Zugehörigkeit zu einschlägigen Gruppierung oder aufgrund von politisch-ideologischen Äußerungen – zugeschrieben werden kann. (...) Als antisemitisch gelten Tathandlungen, die sich gegen Personen jüdischen Glaubens, deren Eigentum und das Kollektiv richten und die vom Täter/von den Tätern auf der Grundlage einer auf einem negativen Judenstereotyp basierenden rassistischen, religiösen, politischen sowie sozial grundierten Feindschaft heraus begangen werden.“ (Bundesministerium für Inneres 7238/AB XXV. GP)

Erst muss eine Straftat festgestellt werden, dann wird von den Sicherheitsbehörden eine mögliche Motivation eruiert, die schließlich vom Verfassungsschutz überprüft wird. Da in erster Linie die Polizei dafür verantwortlich ist, rechtsextreme Motivationen aufzunehmen, ist zu vermuten, dass es dazu keine einheitliche Praxis gibt und dass in vielen Fällen eine mögliche rechtsextreme Motivation nicht erkannt wird. Bei der Mehrzahl der dokumentierten Fälle dürfte das rechtsextreme Motiv schon bei der Anzeige erwähnt worden sein, sodass die Polizei eine rechtsextreme Motivation nicht von sich aus prüfen musste.

2. DIE ANZEIGENSTATISTIK

Eine Anzeigenstatistik ist grundsätzlich keine verlässliche Quelle, um die tatsächliche Entwicklung von Straftaten zu beurteilen: Die Dunkelziffer ist hoch, und ein Anstieg an Anzeigen kann immer auch auf eine erhöhte Sensibilität der Zivilgesellschaft hinweisen. Die Verdoppelung der relevanten Hinweise an die NS-Meldestelle im Jahr 2015 (Bundesministerium für Inneres 2016, 40) kann nun auf eine erhöhte Anzeigenbereitschaft zurückgeführt werden,

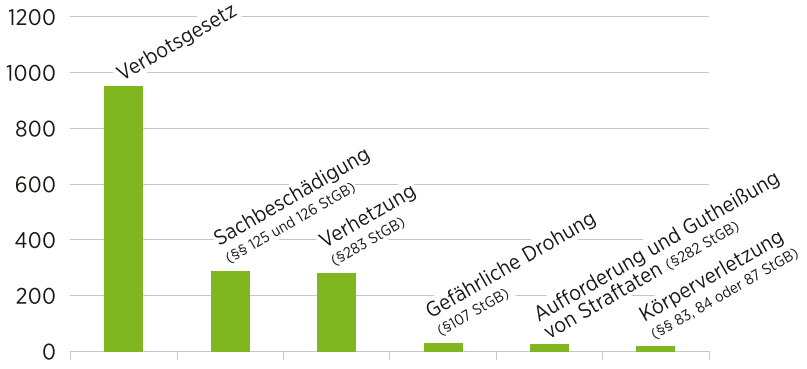
aber auch auf das Anschwellen von rechtsextremer Hetze gegen geflüchtete Personen. Die Zahl der dokumentierten Tathandlungen ist allerdings schon insofern bereinigt, als sie nur jene Handlungen aufzeigt, denen seitens der Sicherheitsbehörden strafrechtliche Relevanz zugeschrieben worden ist. (vgl. Bundesministerium für Inneres 2015, 17) Eine Anzeige ohne jeglichen Beweis, dass tatsächlich ein Delikt begangen wurde, würde somit wahrscheinlich keinen Eingang in die Statistik finden.

Da es sich bei der rechtsextremistischen Motivation um einen sogenannten „inneren Tatbestand" handelt, ist die Dunkelziffer ist als hoch einzuschätzen. Ein innerer Tatbestand ist nur feststellbar, wenn er sich nach außen hin geäußert hat, wenn beispielsweise aufgrund von Schmierereien, Parolen etc. eine rechtsextreme Motivation erkannt werden konnte. In den meisten Fällen rechtsextremer Straftaten ist das Motiv allerdings nicht bekannt.

3. ARTEN VON DELIKTEN

Grundsätzlich wird jedes Delikt, das mit rechtsextremer Motivation begangen worden ist, als rechtsextremes Delikt dokumentiert.

Abb. 2[3]: Die häufigsten rechtsextremen Delikte – Anzeigen 2015



Bei der überwiegenden Anzahl an Anzeigen von rechtsextremen Straftaten handelt es sich um Delikte nach dem Verbotsgesetz (953 Anzeigen im Jahr

3 Abb. 2: Die häufigsten rechtsextremen Delikte, Anzeigen 2015; Daten: Bundesministerium für Inneres 2015.

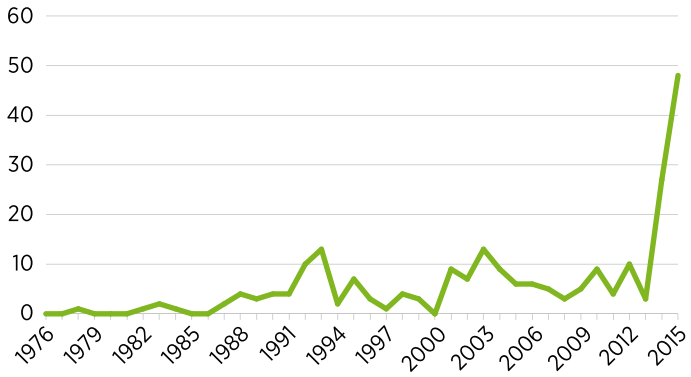
2015), die nächsthäufigsten Delikte sind Sachbeschädigung (289) und Verhetzung (282). Dass gerade Delikte nach dem Verbotsgesetz und Verhetzung so weit vorne liegen, kann daran liegen, dass dabei eine rechtsextremistische Motivation kaum einen Beweis braucht, da sie mit der Tatbegehung schon evident ist. Dasselbe gilt für Sachbeschädigungen, die aus rechtsextremen Schmierereien bestehen. Daher ist es wahrscheinlich, dass so gut wie alle Anzeigen nach dem Verbotsgesetz und wegen Verhetzung in den Verfassungsschutzbericht Eingang finden, während bei allen anderen Delikten die Motivationslage erst geklärt werden muss.

4. VERURTEILUNGEN

4.1. VERHETZUNG

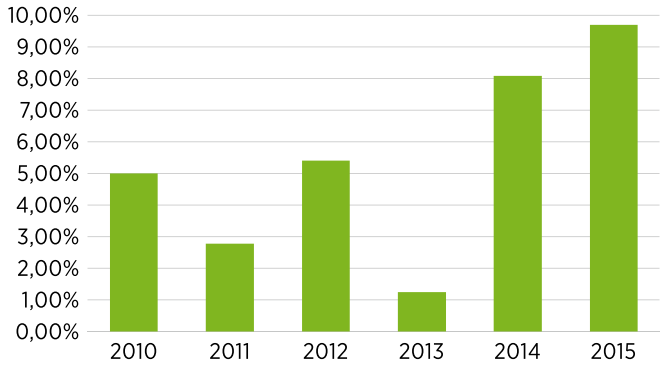
Die Verurteilungen wegen Verhetzung (§283 StGB) sind im letzten Jahr massiv angestiegen (Abb. 3). Dies ist sehr wahrscheinlich darauf zurückzuführen, dass sich das gesellschaftliche Klima im Zuge der Fluchtbewegungen der letzten Jahre verschärft hat und eine geringere Hemmschwelle vieler Menschen besteht, auf Facebook und in öffentlichen Foren menschenverachtende Postings zu veröffentlichen.

Abb.3[4]: Verurteilungen nach § 283 StGB Verhetzung



4 Abb. 3: Verurteilungen nach §283 Verhetzung 1976–2015; Daten: STATcube – Statistical Database of STATISTICS AUSTRIA; für 2015: BMJ

Abb. 4[5]: Verurteilungsrate nach § 283 StGB



Zugleich ist auch die Verurteilungsrate (also Verurteilungen pro Anzeigen) von 1–6 % in den Jahren 2010–2013 auf 8–10 % in den Jahren 2014–2015 gestiegen. Dies könnte ein Zeichen für eine Sensibilisierung der Justiz sein, die zu begrüßen ist.

Die relativ niedrige Verurteilungsrate kann darauf zurückzuführen sein, dass die Anzeigen oftmals die Voraussetzungen des Tatbestandes nicht erfüllen. Dies ist beispielsweise möglich, wenn das spontane Missfallen über eine bestimmte Äußerung oder ein Posting so groß ist, dass es zu einer Anzeige kommt, obwohl bestimmte Tatbestandsmerkmale wie z.B. eine ausreichende Öffentlichkeit nicht vorliegen. Die Staatsanwaltschaft stellt in solchen Fällen das Verfahren ein.

4.2. VERBOTSGESETZ

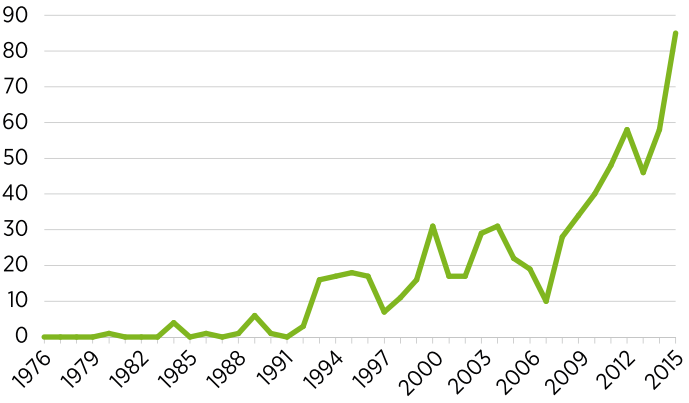
Auch Verurteilungen nach dem Verbotsgesetz sind in den letzten Jahren rasant angestiegen (siehe Abb. 5). Die Steigerung seit dem Jahr 1992 lässt sich durch die Reform in diesem Jahr erklären. Einerseits wurde das Strafmaß für alle Delikte im Verbotsgesetz heruntergesetzt.[6] Dies kann möglicherweise die Hemmschwelle der Gerichte, tatsächlich Verurteilungen auszusprechen, herabgesetzt haben.[7]

5 Abb. 4: Verurteilungsrate nach § 283 StGB 2010–2015, Daten: ebd.

6 Auf 10 bis 20 Jahre statt lebenslänglich, 5 bis 10 statt 10 bis 20 Jahre und 1 bis 10 statt 5 bis 10 Jahren.

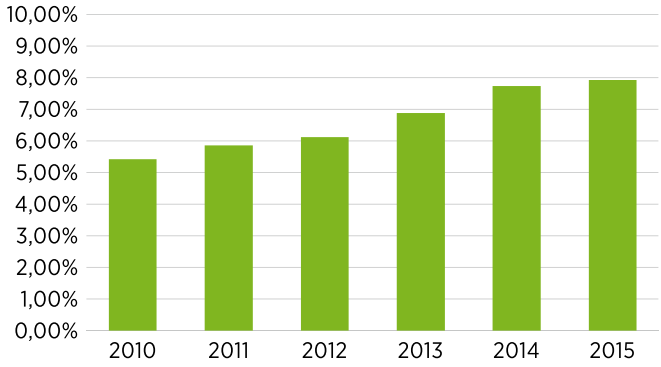
7 Außerdem wurde in der gleichen Reform mit §3h ein zusätzlicher Tatbestand eingeführt, der nun auch die Holocaust-Leugnung unter Strafe stellt; zu Verurteilungen kam es jedoch nur vereinzelt.

Abb. 5[8]: Verurteilungen nach dem Verbotsgesetz



Auch die Verurteilungsrate für Delikte nach dem Verbotsgesetz ist in den letzten Jahren gestiegen, von knapp über 5 % im Jahr 2010 auf knapp unter 8 % in 2015.

Abb. 6[9]: Verurteilungsrate für Delikte nach dem Verbotsgesetz



8 Abb. 5: Verurteilungen nach dem Verbotsgesetz 1976–2015; Daten: STATcube – Statistical Database of STATISTICS AUSTRIA; für 2015: BMJ

9 Abb. 6: Verurteilungsrate für Delikte nach dem Verbotsgesetz 2010–2015; Daten: ebd.

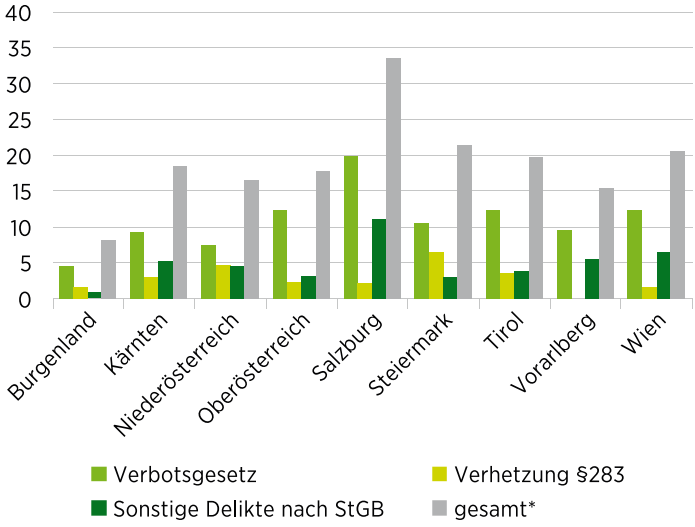
4.3. TÄTER_INNEN NACH GESCHLECHT

2015 waren 86 % der wegen Verhetzung verurteilten Personen und 94 % der nach dem Verbotsgesetz verurteilten Personen männlich (vgl. Bundesministerium für Inneres 19.2.2016). Gemessen an den Verurteilungen bei allen Straftaten, von denen 78 % aller Betroffenen männlich sind (vgl. Bundesministerium für Justiz 2015, 198), ist insbesondere der überdurchschnittlich hohe Anteil von Männern, die gegen das Verbotsgesetz verstoßen, auffällig.

5. REGIONALE UNTERSCHIEDE

Die Unterschiede zwischen den Bundesländern sind sowohl bei Anzeigen (Abb. 7) als auch bei Verurteilungen (Abb. 8) groß. Während es 2015 in Salzburg 34 Anzeigen je 100.000 Einwohner_innen, davon 20 nach dem Verbotsgesetz, gab, waren es im Burgenland nur 8.

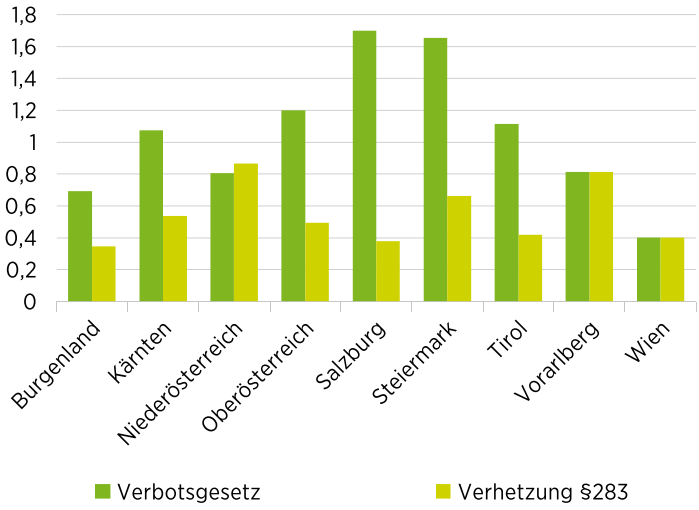
Abb. 7[10]: Anzeigen 2015 (per 100.000 Einwohner_innen)



10 Abb. 7: Anzeigen 2015 per 100.000 Einwohner_innen; Daten: Bundesministerium für Inneres: Anfragebeantwortung zu „Folgeanfrage zur Anfragebeantwortung 7238/AB“ 7937/AB XXV.GP (14.4.2016), online: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/AB/AB_07937/imfname_525968.pdf [9.5.2016]. Bevölkerungszahlen: Statistik Austria. *gesamt: beinhaltet auch Anzeigen nach Nebengesetzen, dem Abzeichengesetz, EGVG, etc.

Salzburg war mit 1,7 je 100.000 Einwohner_innen auch Spitzenreiter bei Verurteilungen nach dem Verbotsgesetz, dicht gefolgt von der Steiermark mit 1,6. Am wenigsten waren es mit 0,4 in Wien, wegen Verhetzung mit 0,8 am meisten in Niederösterreich und am wenigsten in Salzburg mit 0,4.

Abb. 8[11]: Verurteilungen 2015 (per 100.000 Einwohner_innen)



Diese Unterschiede können auf eine unterschiedliche Praxis der Sicherheitsbehörden und der Gerichte zurückgeführt werden oder aber auch auf unterschiedliche Anzeigestrategien der verschiedenen Akteur_innen in den Bundesländern.

11 Abb. 8: Verurteilungen 2015 per 100.000 Einwohner_innen; Daten: Bundesministerium für Inneres: Anfragebeantwortung zu „Anwendung des Verbotsgesetzes und § 283 StGB (Verhetzung) im Jahr 2015" 7261/AB XXV. GP, Anlage zu Frage 8, 9, 10 (19.2.2016), online: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/AB/AB_07261/index.shtml [9.5.2016]

LITERATUR

Bundesministerium für Inneres: Anfragebeantwortung zu „Anwendung des Verbotsgesetzes und § 283 StGB (Verhetzung) im Jahr 2015“ 7261/AB XXV. GP, Anlage zu Frage 2 bis 7 (19.2.2016), online: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/AB/AB_07261/index.shtml [9.5.2016]

Bundesministerium für Inneres: Anfragebeantwortung zu „rechtsextreme Straftaten im Jahr 2015“ 7238/AB XXV. GP (11.2.2016), online: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/AB/AB_07238/imfname_506614.pdf [9.5.2016]

Bundesministerium für Inneres: Verfassungsschutzbericht 2014 (2015), online: http://www.bmi.gv.at/cms/BMi_Verfassungsschutz/Verfassungsschutzbericht_Jahr_2014.pdf [9.5.2016]

Bundesministerium für Inneres: Verfassungsschutzbericht 2015 (2016), online: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Verfassungsschutz/Verfassungsschutzbericht_2015.pdf [9.5.2016]

Bundesministerium für Justiz: Sicherheitsbericht 2014. Bericht über die Tätigkeit der Strafjustiz (2015), online: https://www.justiz.gv.at/web2013/html/default/2c94848525f84a630132fdbd2cc85c91.de.html [9.5.2016]

LISTE DER 25 BEKANNTEN ATTACKEN AUF GEFLÜCHTETENUNTERKÜNFTE IN ÖSTERREICH 2015[1]

Jänner 2015

→ Grünbach am Schneeberg (Niederösterreich) – Verdacht auf Brandstiftung.
Ein Beschuldigter ausgeforscht. Hier handelte es sich aber offensichtlich um kein Hassdelikt, da der Täter als paranoid-schizophren diagnostiziert und in eine geschlossene psychiatrische Abteilung eingewiesen wurde.

April 2015

→ Mitterdorf (Steiermark) – Verdacht der versuchten Sachbeschädigung.
Ein pyrotechnischer Gegenstand wurde im Eingangsbereich zur Explosion gebracht.
Keinen Beschuldigten.

→ Alberschwende (Vorarlberg) – Verdacht auf schwere Sachbeschädigung, Hausfriedensbruch, gefährliche Drohung.[2]
Mehrere Pro-Asylplakate wurden heruntergerissen, und es folgten Drohungen. Rechte Parolen wurden gerufen. Ein Raufhandel konnte verhindert werden.
5 Beschuldigte.

→ Vogau (Steiermark) – Verdacht der schweren Sachbeschädigung.
Die Geflüchtetenunterkunft wurde mit Böllern und Steinen angegriffen.
Keine Beschuldigten.

1 Sofern nicht anders angeführt, basiert die Liste auf folgenden parlamentarischen Anfragen und Beantwortungen:
· Steinhauser, Albert: Übergriffe auf Asylunterkünfte 6499/J (17.9.2015), online: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/J/J_06499/fname_468434.pdf [22.4.2016]
· Bundesministerium für Inneres: Übergriffe auf Asylunterkünfte 6278/AB (12.11.2015), online: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/AB/AB_06278/imfname_483866.pdf [22.4.2016]
· Bundesministerium für Inneres: Übergriffe auf Asylunterkünfte 2015 7625/AB (23.3.2016), online: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/AB/AB_07625/imfname_520544.pdf [22.4.2016]

2 APA: Fünf Männer nach Asylheim-Attacke in Vorarlberg angezeigt (7.4.2015), online: http://www.salzburg.com/nachrichten/oesterreich/politik/sn/artikel/fuenf-maenner-nach-asylheim-attacke-in-vorarlberg-angezeigt-144841/ [22.4.2016]

Mai 2015

→ Wels (Oberösterreich) – Verdacht der schweren Sachbeschädigung.
Brandstiftung an einem Gebäude, das zu einer Geflüchtetenunterkunft umgebaut wurde.
Keine Beschuldigten.

Juni 2015

→ Dornbirn (Vorarlberg) – Verdacht der versuchten Brandstiftung.
Brandanschlag auf das Messegelände.
Keine Beschuldigten.

Juli 2015

→ Wiener Neustadt[3] (Niederösterreich) – schwere Körperverletzung.
Flüchtlinge wurden mit Softguns beschossen und verletzt.
4 Beschuldigte.

→ Traiskirchen (Niederösterreich) – Verdacht der fahrlässigen Herbeiführung einer Feuersbrunst.
Eine Feuerwerksrakete löste einen Flurbrand beim Erstaufnahmezentrum aus.
Keine Beschuldigten.

August 2015

→ Großkirchheim (Kärnten) – Verdacht der Körperverletzung.
Bölleranschlag auf Unterkunft. 2 Personen verletzt.
Keine Beschuldigten.

→ Seekirchen (Salzburg) – Verdacht der Brandstiftung.
Brandstiftung bei einer geplanten Unterkunft.
Keine Beschuldigten.

→ Wörgl (Tirol) – Verdacht der Brandstiftung.
Brandstiftung auf geplantes Flüchtlingsquartier.
Keine Beschuldigten.

→ Straßburg (Kärnten) – Verdacht der Sachbeschädigung.
Der Zaun der Unterkunft wurde beschädigt.
Ein Beschuldigter.

3 Wammerl, Patrick: Flüchtlinge mit Softguns „gezielt" anvisiert. In: Kurier vom 25.7.2015, online: http://kurier.at/chronik/niederoesterreich/fluechtlinge-in-wiener-neustadt-wurden-mit-softguns-gezielt-anvisiert/143.378.783 [22.4.2016]

September 2015

- → Bregenz (Vorarlberg) – Verdacht der schweren Sachbeschädigung.
  Inhalt eines Feuerlöschers wurde im Stiegenhaus versprüht.
  Ein Beschuldigter.
- → Straßburg (Kärnten) – Verdacht der Sachbeschädigung.
  Ein pyrotechnischer Gegenstand wurde zur Explosion gebracht und beschädigte das Glas der Eingangstür.
  Keine Beschuldigte.
- → Ottakring (Wien) – Verdacht des Diebstahls durch Einbruch oder mit Waffen, sowie Verdacht auf Sachbeschädigung.
  Einbruch, Beschädigung von EDV-Geräten, Beschmierung einer Wand.
  Keine Beschuldigten.
- → Hietzing (Wien) – Verdacht der schweren Nötigung und Verdacht der gefährlichen Drohung.
  Es erfolgte eine telefonische Bombendrohung. Zu diesem Zeitpunkt waren 370 Personen im Haus untergebracht.
  Keine Beschuldigten.
- → Radenthein (Kärnten), erster Vorfall – Verdacht der Sachbeschädigung.
  Fassaden wurden beschmiert.
  Keine Beschuldigten.
- → Radenthein (Kärnten), zweiter Vorfall – Verdacht der Sachbeschädigung.
  Fassaden wurden ein zweites Mal beschmiert.
  Keine Beschuldigten.

Oktober 2015

- → Hohenems (Vorarlberg) – Verdacht auf Wiederbetätigung und Sachbeschädigung.
  Neonazistische und rassistische Schriftzüge wurden angebracht.
- → Linz (Oberösterreich) – Verdacht auf Wiederbetätigung und Sachbeschädigung.
  Neonazistische Sprühereien und rassistische Tafeln wurden angebracht.
  Keine Beschuldigten.
- → Frankenburg (Oberösterreich) – Verdacht auf Sachbeschädigung.
  Rassistische Sprühereien.
  Keine Beschuldigten.

November 2015

- → Wieselburg (Niederösterreich) – Verdacht auf Körperverletzung, Nötigung, Widerstand gegen die Staatsgewalt und schwere Sachbeschädigung.
  Der Täter beschädigte mit dem Auto Absperrgitter und attackierte einen Rotkreuz-Mitarbeiter mit einem Faustschlag.
  Ein Beschuldigter.
- → St. Peter (Kärnten), erster Angriff – Verdacht auf Sachbeschädigung.
  Angriff mit Steinen, ein Fenster ging hierbei zu Bruch.
  Keine Beschuldigten.

Dezember 2015

- → Wolfurt (Vorarlberg) – Verdacht auf Sachbeschädigung.
  Ein Hakenkreuz wurde gesprüht.
- → St. Peter (Kärnten), zweiter Angriff
  Ein erneuter Steinwurf auf die Unterkunft.
  Keine Beschuldigten.

4. BUNDESLÄNDERANALYSEN

A. BURGENLAND

N. N.

Das Berichtsjahr 2015 zeichnet sich vor allem durch die Landtagswahl am 31. Mai 2015 aus. Nach einer kurzen „Sondierung" vereinbarten der burgenländische Landeshauptmann und SPÖ-Obmann Hans Niessl und FPÖ-Obmann Johann Tschürtz, „möglichst rasch" (Niessl) eine Koalition zu bilden. Ein Tabubruch. Denn auf dem Bundesparteitag der SPÖ im November 2014 war ein Antrag der Jungen Generation angenommen worden, in dem die FPÖ als „rechtsextreme Partei" charakterisiert und „eine Koalition mit der FPÖ auf allen politischen Ebenen" ausgeschlossen wurde.

Dass aber Niessl, der am rechten Rand der SPÖ angesiedelt ist, keinerlei Probleme mit der FPÖ hat, hatte er schon zehn Jahre zuvor gezeigt. Vor den Landtagswahlen im Herbst 2005 beauftragte Niessl seinen Landesparteisekretär, Geheimverhandlungen mit der FPÖ zu Zwecken der politischen Absicherung zu führen. Der „Kurier" dokumentierte im Dezember 2006 Teile des Abkommens: „Sollte die FPÖ Burgenland bei der Landtagswahl 2005 weniger als drei Mandate erreichen, so wird Klubobmann Manfred Kölly zumindest bis zum Ende der kommenden Legislaturperiode eine Funktion als Geschäftsführer oder Vorstandsmitglied in einem landesnahen Betrieb ausüben." (Kurier 21.12.2006, zit. nach stopptdierechten.at 4.6.2015) Für den Fall, dass die FPÖ ganz aus dem Landtag fliegen sollte, sicherte die SPÖ den Mitarbeiter_innen des blauen Klubs „adäquate Dienststellen mit vergleichbaren Verdienstmöglichkeiten im Landesdienst" zu. Das Wahlergebnis machte den Geheimpakt überflüssig: Die SPÖ erhielt 19 Mandate und damit die absolute Mehrheit.

Seit Juni 2015 wird das Burgenland von einer rot-blauen Koalition regiert. Die gesamte SPÖ stürzte damit in eine veritable Krise. (vgl. stopptdierechten.at 4.6.2015) Der damalige Verteidigungsminister Norbert Darabos, studierter Historiker und immer wieder als Antifaschist aufgetreten, wurde als Landesrat ins Burgenland geholt, „als Bollwerk gegen die FPÖ" (orf.burgenland.at 9.6.2015), also gegen den eigenen Regierungspartner, wie er sich selbst sehen wollte. Seither ist es weitgehend still um Darabos geworden. Der sozialdemokratische Dammbruch setzte sich im November auch in Linz fort, wo die Stadt-SPÖ ein Arbeitsübereinkommen mit der FPÖ schloss.

Der RFJ Burgenland pflegt eine enge Verbindung zu den Identitären. Dies zeigte sich u.a. in einer gemeinsamen Veranstaltung über die „demographische Entwicklung Österreichs". Der Landesobmann des RFJ Burgenland, Werner Wassicek, verteidigte die Identitären: „Die Identitären haben bereits zum dritten (!) Mal bewiesen, dass sie keine gewalttätigen Rechtsextremen sind." Wodurch dieser Beweis gelungen war, verschwieg Wassicek wohlweislich. Die Beziehung des RFJ Burgenland zu den Identitären wurde jedenfalls durch den neuen Vortrag über alte Themen gefestigt. Wassicek: „Bin sehr, sehr zufrieden. Das mediale Echo, die vielen Teilnehmer – das schreit nach einer Wiederholung". (vgl. stopptdierechten.at 22.6.2015) Der burgenländische FPÖ-Obmann Johann Tschürtz distanzierte sich zwar von dieser Veranstaltung, was ihn nicht daran hinderte, den am Treffen teilnehmenden und mit den Identitären offen sympathisierenden Landtagsabgeordneten Géza Molnár im April 2016 zum freiheitlichen Klubobmann im burgenländischen Landtag zu machen. (vgl. burgenlandorf.at 21.6.2015) Im Oktober 2015 gratulierte Wassicek den Identitären zur Errichtung eines Protestcamps gegen die dort ankommenden Geflüchteten:

„‚Das ist schon eine sehr mutige und vor allem lobenswerte Aktion. Während die Bundesregierung tatenlos zusieht, formieren sich Patrioten und werden selbst aktiv. Da kann man nur gratulieren', so Werner Wassicek, Landesobmann des RFJ Burgenland.

Wassicek, der die Identitären schon dreimal in das Burgenland eingeladen hat, freut sich, dass er das Potential dieser Gruppe schon früh erkannt hat. ‚Vor wenigen Jahren wurden die Aktivisten noch belächelt, heute sind sie zu einer Organisation gewachsen, die aus Österreich nicht mehr wegzudenken ist – und das ist gut so'." (RFJ Burgenland 18.10.2015)

Im Juli 2015 fand in Eisenstadt der NS-Wiederbetätigungsprozess gegen jenen Burgenländer aus Marz statt, der seinen mit NS-Devotionalien inklusive eines überdimensionalen Hitler-Gemäldes gefüllten Nazi-Keller für Ulrich Seidls Film „Im Keller" zur Verfügung gestellt hatte (vgl. stopptdierechten.at 6.6.2015). Die Ermittlungen gegen die anderen Festgäste im Hitler-Keller, darunter zwei ehemalige ÖVP-Gemeinderäte, waren eingestellt worden. Der Besitzer des Kellers erhielt zehn Monate bedingt, die „Nazi-Devotionalien" wurden konfisziert. (vgl. burgenland.orf.at 2.7.2015)

Im September 2015 stand in Eisenstadt ein deutscher Staatsbürger vor Gericht, weil er auf Facebook mehrfach dem Führer gehuldigt und antisemitische Attacken gepostet hatte. Er wurde wegen Wiederbetätigung und

Verhetzung zu einer Strafe von sieben Monaten bedingt verurteilt. (vgl. burgenland.orf.at 10.9.2015)

LITERATUR

burgenland.orf.at: Auch Molnar beim Treffen der „Identitäre“ (21.6.2015), online: http://burgenland.orf.at/news/stories/2717323 [22.4.2016]

burgenland.orf.at: Darabos: Bollwerk gegen FPÖ (9.6.2015), online: http://burgenland.orf.at/news/stories/2715283 [22.4.2016]

burgenland.orf.at: „Nazi-Keller“-Prozess: Zehn Monate bedingt (2.7.2015), online: http://burgenland.orf.at/news/stories/2719020/ [5.4.2016]

burgenland.orf.at: Wiederbetätigung: 29-Jähriger verurteilt (10.9.2015), online: http://burgenland.orf.at/news/stories/2730964 [22.4.2016]

Ring freiheitlicher Jugend Burgenland: RFJ Burgenland: Gratulation an die Identitäre Bewegung (18.10.2015, online: http://bgld.rfj.at/texte/100_RFJ_Burgenland_Gratulation_an_die_Identitaere_Bewegung [22.4.2016]

stopptdierechten.at: Die blaue Packelei der Roten im Burgenland (4.6.2015), online: http://www.stopptdierechten.at/2015/06/04/die-blaue-packelei-der-roten-im-burgenland/ [5.4.2016]

stopptdierechten.at: Eisenstadt/Marz: Anklage gegen Keller-Nazi (6.5.2015), online: http://www.stopptdierechten.at/2015/05/06/eisenstadt-marz-anklage-gegen-keller-nazi/ [5.4.2016]

stopptdierechten.at: RFJ Burgenland und Identitäre im Gleichklang (22.6.2015), online: http://www.stopptdierechten.at/2015/06/22/rfj-burgenland-und-identitare-im-gleichklang/ [5.4.2016]

B. KÄRNTEN/KOROŠKA

JUDITH GÖTZ

Seit dem Niedergang der Freiheitlichen Partei Kärntens (FPK), die bei den Landtagswahlen 2013 fast zwei Drittel ihrer Stimmen verlor, und dem Wechsel zu einer Koalition von SPÖ, ÖVP und Grünen scheint es in Bezug auf rechtsextreme und neonazistische Umtriebe in Österreichs südlichstem Bundesland ruhiger geworden zu sein. Ein Blick auf die letzten fünf Jahre zeigt jedoch, dass dieser Schein trügt, da Ulrichsbergstreffen (UT) oder Ustaša-Gedenken in Bleiburg/Pliberk ebenso zum Alltag gehören wie neonazistische Facebook (FB)-Postings oder Diffamierungen von Antifaschist_innen. Vielmehr sind Wiederbetätigungsdelikte und rassistische Mobilisierungen zur Normalität geworden, die kaum noch Aufregung oder Skandale hervorzurufen vermögen.

DAS SS-VETERANEN-TREFFEN AM ULRICHSBERG (UT)

Wenngleich es 2009 so aussah, als sei das Ziel jahrelanger antifaschistischer Arbeit durch den „AK gegen den kärntner Konsens“ erreicht und das UT gänzlich verhindert worden, dauerte die Freude nur für kurze Zeit. Zwar wurde das Treffen 2009 tatsächlich abgesagt, nachdem der damalige Obmann der Ulrichsberggemeinschaft (UG), Wolf Dieter Ressenig, beim Internethandel mit NS-Devotionalien erwischt worden war, woraufhin der damalige Verteidigungsminister Norbert Darabos dem Treffen die logistische Unterstützung des österreichischen Bundesheeres entzog. Da die älteren Besucher_innen ohne den Bundesheer-Shuttle-Dienst nicht auf den Berg gelangen konnten, blieb der UG nichts anderes übrig, als die Feier kurzfristig abzusagen. Dies hinderte jedoch weder die lokale FPÖ daran, am besagten Wochenende einen Kranz beim sogenannten „Heimkehrerdenkmal“ abzulegen, noch ließen sich Größen des österreichischen Neonazismus wie Gottfried Küssel oder einschlägig bekannte Burschenschafter wie Benjamin Fertschai davon abhalten, zu dieser Aktion anzureisen.

In den folgenden beiden Jahren blieb der Ulrichsberg unbereist. 2010 fanden sich rund 400 Personen zu einer Veranstaltung in einem Zelt beim Herzogstuhl in Maria Saal zusammen, 2011 wohnten gar nur 200 Teilnehmer_innen einem Treffen im Klagenfurter Konzerthaus bei. Ein reguläres UT fand erst 2012 wieder statt. Wie bereits im Vorfeld bekannt und dennoch von der UG bestritten wurde, trat in diesem Jahr ein ehemaliges Mitglied der Waffen-

SS, Herbert Belschan von Mildenburg, als Festredner auf und inszenierte sich dabei als „einfacher Heimkehrer".

In den folgenden Jahren stiegen die Besucher_innenzahlen zwar ein wenig an, mehr als 300 Teilnehmer_innen vermochte der Ruf des Berges jedoch nicht mehr zu mobilisieren. Neben FPÖ-Politiker_innen, Vertreter_innen aus lokalen „Traditionsvereinen" und inzwischen deutlich weniger gewordenen älteren Herren nehmen immer wieder Neonazis und (bekannte) Rechtsextreme am UT teil. Insgesamt verdeutlichen jedoch die sinkenden Besucher_innenzahlen die schwindende Bedeutung des Treffens.

DAS USTAŠA-TREFFEN IN BLEIBURG/PLIBERK

Gegenläufige Tendenzen sind in Bezug auf das geschichtsrevisionistische Ustaša-Treffen am Loibacher Feld bei Bleiburg/Pliberk zu konstatieren, das inzwischen zum größten Treffen von Faschist_innen in Österreich herangewachsen ist, jedoch kaum in der politischen und medialen Kritik steht. Anlässlich des 70. Jahrestages des „Massakers von Bleiburg"[1] reisten 2015 zwischen 25.000 und 30.000 Menschen v.a. aus Kroatien an, um an der „Gedenkveranstaltung" teilzunehmen. Davor hatten jährlich rund 8000 Menschen die Veranstaltung besucht. Die bei der Feier zur Schau gestellten Fahnen, T-Shirts und Abzeichen, auf denen in Kroatien verbotene Symbole der Ustaša-Bewegung zu sehen sind, verdeutlichen, dass viele Teilnehmer_innen kein Hehl daraus machen, dass es ihnen vor allem um die Ehrung ihrer „gefallenen Helden" und um das „Gedenken" an die Organisationen des faschistischen kroatischen NDH-Staates geht. Die Verbrechen der Ustaša-Bewegung hingegen, die das NS-Regime unterstützte und für den Tod von mehreren Hunderttausend Zivilist_innen verantwortlich war, werden unter den Tisch gekehrt. Nicht selten kommt es zu einer Opfer-Täter_innen-Umkehr, die die ermordeten faschistischen Täter_innen als Opfer darstellt und diese mit Opfern des Nationalsozialismus oder des KZ Jasenovac gleichsetzt.

In Kroatien wird die Kritik an der „Gedenkfeier" immer lauter. So fand die Veranstaltung in den letzten vier Jahren ohne den Ehrenschutz des kroatischen Parlaments statt; die 2012 neu-, inzwischen jedoch wieder abgewählte

1 Die sogenannten „Massaker von Bleiburg" wurden von der jugoslawischen Volksbefreiungsarmee 1945 als Vergeltung für faschistische Verbrechen an serbischen, kroatischen u.a. Faschist_Innen und NationalistInnen verübt. Sie werde heute in der Logik einer Täter-Opfer-Umkehr unter anderem, wie beim oben genannten Ustaša-Treffen, zu einem Opfer-Mythos verkehrt und damit aus dem historischen Kontext gerissen.

Mitte-Links-Regierung hatte die finanzielle Zuwendungen gestrichen. Da sich die zuständigen Behörden als überfordert erwiesen haben und der politische Skandal des Treffens bislang ausgeblieben ist, kann erwartet werden, dass das Spektakel in unveränderter Form fortgesetzt wird. Aufgrund der Größe des Treffens und der Möglichkeit für kroatische Faschist_innen und Neonazis, ihre Anschauungen ungestört zu verbreiten, könnte das Event zunehmend zu einem Anziehungspunkt für österreichische Rechtsextreme werden.

AUSFÄLLIGKEITEN DER FPK

Verbale Entgleisungen und rassistische/antisemitische Hetze stellen im Dunstkreis der FPÖ keine Besonderheit dar, zumal sie gemeinhin medial erwähnt werden, politisch jedoch selten Konsequenzen haben. Ein kleiner Ausschnitt aus den letzten fünf Jahren: 2010 forderte ein FPK-Ersatzgemeinderat in Seeboden auf Facebook im Zusammenhang mit Debatten rund um Geflüchtete, dass „ein gewisses Institut in Oberösterreich wieder geöffnet" werde, und spielte damit auf das ehemalige KZ Mauthausen an. Kurz darauf postete ein 21 Jahre alter FPK-Mandatar aus Ferlach auf Facebook, dass Kärnten nur dann frei sei werde, „wenn es ein deutsches Land sein wird". 2011 sorgte ein FPK-Gemeinderat in Ebenthal wegen eines Unterarm-Tattoos für Aufsehen, auf dem der Leitspruch der Hitlerjugend, „Blut und Ehre", zu lesen ist. Im selben Jahr musste sich ein junger Mann aus St. Veit wegen Wiederbetätigung vor Gericht verantworten, da er als Gefreiter des Bundesheeres im Rahmen eines Auslandseinsatzes 2010 seine rechte Hand zum Hitler-Gruß erhoben und „Sieg Heil" gerufen hatte. Auch dieser junge Mann hatte sich ein „Blut und Ehre"-Tattoo in den Unterarm stechen lassen.

Christian Leyroutz, Mitglied der akademischen Burschenschaft Suevia Innsbruck und FPK-Landtagsabgeordner, diffamierte im Zuge der Debatten um den „WKR-Ball" 2012 den ehemaligen Obmann der Israelitischen Kultusgemeinde, Ariel Muzicant, sowie den Sprecher von SOS Mitmensch, Alexander Pollak, als „Ziehväter linker Gewalt" hetzte und auch sonst gegen Antifaschist_innen[2]. 2009 war Leyroutz bereits als Mitorganisator des von der Deutschen Burschenschaft (DB) veranstalteten „Abstimmungskommers"

2 Diesbezüglich ist auch das Vorgehen der FPÖ-Nabg. Anneliese Kitzmüller gegen den Verein Erinnern Gailtal bzw. eine von ihm organisierte Schulexkursion zum Partisan_innenmuseum am Peršmanhof zu erwähnen. Da Kitzmüller den Vereinsobmann als „Linksfaschisten" bezeichnet und Unwahrheiten verbreitet hatte, musste sie im Zuge eines darauf folgenden gerichtlichen Prozesses wegen übler Nachrede 3000 Euro Entschädigung bezahlen und eine Ehrenerklärung verfassen.

anlässlich „90 Jahre Volksabstimmung in Kärnten“ in Klagenfurt/Celovec in Erscheinung getreten. Die Veranstaltung wurde 2015 als „Festkommers“ anlässlich „95 Jahre Volksabstimmung“ wiederholt und diente dazu, den Kärntner Abwehrkampf zu glorifizieren und ein minderheiten- und partisan_innenfeindliches Geschichtsbild aufrechtzuerhalten.

RASSISTISCHE/RECHTSEXTREME MOBILISIERUNGEN

Aktuell organisieren sich ‚besorgte Bürger_innen‘, um gegen Geflüchtete und geplante Flüchtlingsquatiere zu mobilisieren. Neu an diesen Entwicklungen ist die verstärkte Zusammenarbeit zwischen Alltagsrassist_innen, konservativen Kräften und einschlägig bekannten Rechtsextremen sowie die erschreckend große Bereitschaft vermeintlicher Durchschnittsbürger_innen, mit rassistischer Hetze aktiv gegen Geflüchtete vorzugehen. So kam es z.B. in Villach/Beljak Anfang 2016 gleich zu mehreren „Protesten“: Die ÖVP organisierte eine Demonstration für mehr „Frauenrechte“ als Reaktion auf die Silvester-Vorfälle in Köln, zwei weitere Kundgebungen gegen ein geplantes Container-Dorf für Geflüchtete in Villach/Beljak wurden einmal von der FPÖ, einmal von der SPÖ organisiert und jeweils von der ÖVP unterstützt. Ende Jänner 2016 rief zudem die rechtsextreme Partei des Volkes (PdV) zu einer Protestkundgebung gegen die geplante Unterkunft am Villacher Hauptplatz, an der rund 500 Personen teilnahmen, darunter u.a. die inzwischen aus der FPÖ ausgeschlossene Susanne Winter oder Robert Marschall von der EU-Austrittspartei.

Am 20. Februar 2016 organisierten die Kärntner Identitären eine Demonstration „Gegen den Asylwahn“ in Klagenfurt/Celovec, bei der u.a. der in der rechtsextremen Szene einschlägig bekannte Politikwissenschaftler Tom Sunić als Redner auftrat. Seit 2013 verfügen die Kärntner Identitären über einen eigenständigen Account auf Facebook. Sie sind bislang vor allem durch Aufkleber in zahlreichen Ortschaften sowie durch kleinere Verteilaktionen von Werbematerial, „Lichter für Österreich“-Aktionen oder Transparente auf Autobrücken in Erscheinung getreten.

WIEDERBETÄTIGUNG

Zu Anzeigen und Prozessen kam es in den letzten Jahren u.a. wegen Hitler-Grüßen, „Sieg Heil“-Rufen, Hakenkreuzsprayereien oder diffamierender, NS-verherrlichender oder -relativierender Äußerungen. 2009 wurde z.B. Herbert Schweiger, ein ehemaliger Untersturmführer in der SS-Division „Leibstandar-

te Adolf Hitler“, in Klagenfurt/Celovec wegen Verherrlichung und Verbreitung von NS-Gedankengut zu 21 Monaten Haft verurteilt.

Zu weiteren dokumentierten Wiederbetätigungsdelikten zählen der Besitz von NS-Devotionalien, von neonazistischer Musik und von Propaganda. Im Dezember 2010 mussten sich drei junge Männer vor Gericht verantworten, weil sie bei einem Konzert in Klagenfurt/Celovec den Sänger einer Band verprügelt, mehrmals „Sieg Heil“ gerufen sowie die Arme zum Hitlergruß gehoben hatten. Bei einem Angeklagten wurden außerdem NS-Devotionalien gefunden. Hinzu kommen zahlreiche Verstöße gegen das Verbotsgesetz im Internet, insbesondere auf Facebook, etwa durch das Posten von SS-Runen oder durch die Nennung von „Mein Kampf“ als Lieblingsbuch. Wenngleich eine vollständige Liste aller Delikte hier nicht wiedergegeben werden kann, so verdeutlichen die Beispiele doch, dass NS-Verherrlichung sowie die Verharmlosung des Holocaust ein ernstzunehmendes Problem darstellen und umfassende Präventionsarbeit im schulischen Kontext und in der Erwachsenenbildung dringend von Nöten wäre.

LITERATUR

Für die Recherche wurde auf mediale Berichterstattung zurückgegriffen. Details können auf Nachfrage zur Verfügung gestellt werden.

C. NIEDERÖSTERREICH

N. N.

Brennpunkt der rechtsextremen Szene in Niederösterreich ist seit jeher Wiener Neustadt. So bewertete bereits das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) die neonazistische Website alpen-donau.info von Gottfried Küssel als „Ausdruck eines Generationenwechsels in der zunehmend militanter agierenden Neonaziszene“ und vermutete dahinter die „alten Strukturen der Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition (VAPO) und der verschiedenen Jugendgruppen der Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik (AFP)“ mit „organisatorischem Schwerpunkt in Wien und Wiener Neustadt“ (Dokumentationsarchiv 5.2009). Absolventen des Militärgymnasiums Wiener Neustadt spielten eine zentrale Rolle beim Betrieb der Website, wie sich 2010 aus einer parlamentarischen Anfrage der Grünen ergab. (vgl. stopptdierechten.at 9.7.2010; APA 7.11.2010)

Auch im Berichtsjahr 2015 konzentrierten sich die Aktivitäten des organisierten Rechtsextremismus vor allem auf Wiener Neustadt. Bei der Gemeinderatswahl im Februar 2015 verlor die SPÖ die absolute Mehrheit und musste nach 70 Jahren den Bürgermeister-Sessel räumen. Unter dem neuen ÖVP-Bürgermeister Klaus Schneeberger gelangten auch Mandatare mit deutlich rechtsextremen Bezügen in Regierungsämter. Der Vorsitzende der Liste Haberler/WN-aktiv, Wolfgang Haberler, übernahm die Leitung des wiedererrichteten Wohnungsbeirats. Haberler hat in rund 30 Jahren politischer Tätigkeit eindeutig rechtsextreme Spuren gezogen. Er begann seine politische Karriere in den 1980er Jahren als Funktionär des Rings Freiheitlicher Jugend und stieg rasch zum Bezirksparteiobmann der FPÖ (1986), Gemeinderat (1990) und Landtagsabgeordneten der FPÖ (1993) auf.

1990 wurden vier Jugendliche festgenommen, als sie gerade Plakate der „Sturmtruppe Ost“ mit der Parole: „Österreich war deutsch, ist deutsch und bleibt deutsch“, affichieren wollten. Mit dabei war der damalige Obmann des RFJ Wiener Neustadt, Patrick P. Die Plakate der „Sturmtruppe Ost“, auf denen das „S“ mit der Sigrune gezeichnet war, waren in der FPÖ-Zentrale in Wiener Neustadt gedruckt worden, wo sich bei einer Hausdurchsuchung auch die Druckplatten fanden.

Mitte der 1990er Jahre beschäftigte eine Waffenaffäre die Medien und das Parlament, als sozialdemokratische Abgeordnete in Anfragen Aufklärung über die Beteiligung von Wiener Neustädter FPÖ-Funktionären, darunter Ha-

berler, an verbotenen Waffenlieferungen ins kroatische Kriegsgebiet forderten. (vgl. stopptdierechten.at 26.2.2015)

In diesem vom Rechtsextremismus durchtränkten Umfeld ist es nicht weiter verwunderlich, dass auch die Identitären Wiener Neustadt immer wieder zum Ziel ihrer Aktivitäten machen. Am 21. Juni 2015 demonstrierten Identitäre in Wiener Neustadt gegen eine geplante provisorische Flüchtlingsunterkunft in der Arena Nova, wurden dort aber von einer zahlenmäßig stärkeren Gegendemonstration empfangen. (vgl. stopptdierechten.at 22.6.2015). Im Februar 2016 kam es zu einer beachtlichen Kooperation zwischen FPÖ und Identitären. Bei einer Kundgebung empfing FP-Vizebürgermeister Michael Schnedlitz die Identitären mit den Worten: „Liebe identitäre Bewegung, ich begrüße Euch recht herzlich in Wiener Neustadt! Hier seid Ihr sehr herzlich willkommen." (stopptdierechten.at 26.2.2016) Und dies, obwohl das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) die Identitären als Szene, „getragen von jüngeren Neonazis und Personen aus dem studentischen und burschenschaftlichen Milieu", bezeichnet, die „auf einer pseudo-intellektuellen Grundlage versucht, das eigene rassistisch/nationalistisch geprägte Weltbild zu verschleiern". Die Distanzierung vom Neonazismus in öffentlichen Statements „ist als taktisches Manöver zu werten, da sich in den Reihen der Bewegungseliten amtsbekannte Neonazis befinden und Kontakte in andere rechtsextremistische Szenebereiche bestehen", befindet das BVT. (vgl. Bundesministerium für Inneres 2015)

Die Identitären traten in Niederösterreich aber auch außerhalb von Wiener Neustadt auf. In Groß-Enzersdorf mobilisierte die FPÖ im Jänner 2015 für den Erhalt „unserer" Kultur, nachdem ein Ägypter, der in Groß-Enzersdorf ein Haus erworben hatte, im Dezember 2014 ein Wegekreuz, das unmittelbar vor seinem Haus stand, durch Bauarbeiter hatte umsägen lassen. Die Gemeinde reagierte vermittelnd: Sie suchte das Gespräch mit dem Pfarrer – als Eigentümervertreter – und dem Hausbesitzer, und verpflichtete Letzteren dazu, die Wiedererrichtung des Kreuzes auf eigene Kosten zu finanzieren. Ein geeigneter Ort für die Neuaufstellung wurde gesucht, denn der Pfarrer argumentierte, dass ein Wegekreuz nicht mitten in eine Siedlung gehöre. Die FPÖ war mit dieser Lösung nicht zufrieden und startete eine Petition: „Das Kreuz in Groß-Enzersdorf muss wieder an seine ursprüngliche Stelle." Knapp 800 Personen unterzeichneten die Petition, darunter allerdings nur 30 Groß-Enzersdorfer_innen. Deutsche, slowakische, spanische, sogar thailändische Unterstützer_innen beharren darauf, dass das Kreuz in Groß-Enzersdorf an

seiner alten Stelle wiedererrichtet werden müsse. Die Identitären stellten vor dem Haus des Ägypters ein provisorisches Kreuz auf und verteilten Flugblätter mit rassistischem Inhalt. (vgl. stopptdierechten.at 14.1.2015)

Am 26. Juli 2015 fand in Traiskirchen eine Demonstration gegen die für Flüchtlinge unzumutbaren Verhältnisse im dortigen Erstaufnahmelager statt. Organisierte Rechtsextreme aus den Reihen der Identitären und Personen aus dem Umfeld des ehemaligen Austria-Wien-Fanclubs „Unsterblich" wollten die Demonstration stören und sammelten sich in der Nähe des Treffpunkts. (vgl. Antifa Recherche Wien 26.7.2015)

Neben den Aktivitäten der Identitären gab es in Niederösterreich im Berichtsjahr 2015 zahlreiche andere rechtsextreme und rassistische Vorfälle, die hier nur exemplarisch genannt werden können. Helmut Purzner, ehemaliger Spitzenkandidat und inzwischen Ex-Gemeinderat der FPÖ in Achau, postete am 20. August 2014 auf der Facebook-Seite von Heinz-Christian Strache: „tja unsere politiker führen und mit laufschritt in die nächste wirtschaftskrise wird zeit das wir uns von ihnen entledigen ich empfehle den weg zu gehn den des französische volk damals ging zur zeit der franz. revolution .. ein riesen schaffott in den hauptstädten und einen nach den anderen raufbringen .... als warnendes beispiel für zukünftige politiker." (Fehler und Kleinschreibung im Original; stopptdierechten.at 9.2.2015) Purzner wurde am 20. Mai 2015 in Wiener Neustadt der Verhetzung schuldig gesprochen und zu zehn Monaten bedingt verurteilt. (vgl. stopptdierechten.at 21.5.2015)

Im Juli 2015 fand in Korneuburg der Prozess gegen vier österreichische Administrator_innen des deutsch-österreichischen Forums „Nationale Revolution" statt, das seit 2007 bestand und während seiner Hochblüte bis zu 3.000 registrierte User_innen hatte. Am 16. Oktober 2014 waren in einer konzertierten Aktion österreichischer und deutscher Verfassungsschutzbehörden Hausdurchsuchungen und Festnahmen bei den Betreiber_innen dieses Neonazi-Forums durchgeführt worden; allein in Nieder- und in Oberösterreich fanden fünf Hausdurchsuchungen statt. (vgl. stopptdierechten.at 19.10.2014) Das Urteil: einmal drei Jahre unbedingt, zweimal bedingte Haftstrafen und ein Freispruch. (vgl. stopptdierechten.at 10.7.2015)

Unrühmlich verhielt sich 2015 Paul Horsak, Bürgermeister der Marktgemeinde Kirchstetten, wo vor dem Zweiten Weltkrieg etwa 100 Roma und Sinti lebten, die während des Nationalsozialismus in Konzentrations- und Vernichtungslagern ermordet wurden. Die Künstlerin Marika Schmiedt wollte mit der temporären Kunstinstallation „futschikato" an diese Menschen erinnern.

Horsak erteilte dem Projekt jedoch keine Genehmigung und begründete dies in einem Brief an die Künstlerin folgendermaßen: „Wir sind eine Dichtergemeinde und sind stolz darauf, Heimat für Kultur in all ihren Facetten und in ihrem breiten Spektrum zu sein." Als Beleg führte er ausgerechnet „Josef Weinheber, als weltweit anerkannter Lyriker" an – denselben Josef Weinheber, der als antisemitischer Nationalsozialist frühester Stunde gegen jüdische Kunstschaffende hetzte und den „von Gott gesandten Führer" bejubelte. Anstatt die Chance und die Herausforderung im Umgang mit der verdrängten und verklärten Geschichte anzunehmen, hat der Bürgermeister von Kirchstetten die Aufarbeitung verweigert. (vgl. stopptdierechten.at 9.8.2015)

LITERATUR

Antifa Recherche Wien: Volksmob gegen Refugee-Demo (26.7.2015), online: http://recherchewien.nordost.mobi/2015/07/volksmob-gegen-refugee-demo/ [5.4.2016]

APA/Futurezone: Knalleffekt bei Neonazi-Webpage-Ermittlungen (7.11.2010), online: http://futurezone.at/digital-life/knalleffekt-bei-neonazi-webpage-ermittlungen/24.562.593 [5.4.2016]

Bundesministerium für Inneres: Verfassungsschutzbericht Jahr 2014 (2015), online: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Verfassungsschutz/Verfassungsschutzbericht_Jahr_2014.pdf [5.4.2016]

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes: Neues von ganz rechts (5.2009), online: http://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/neues-von-ganz-rechts/archiv/mai-2009/neue-neonazihomepage-alpen-donau [5.4.2016]

stopptdierechten.at: 88 Fragen zu Alpen-Donau (9.7.2010), online: http://www.stopptdierechten.at/think/88-fragen-zu-alpen-donau/ [5.4.2016]

stopptdierechten.at: Achau (NÖ): Freiheitliche Exekutionsphantasien (9.2.2015), online: http://www.stopptdierechten.at/2015/02/09/achau-no-freiheitliche-exkeutionsphantasien/ [5.4.2016]

stopptdierechten.at: Blauer Kulturkampf in Groß-Enzersdorf (14.1.2015), online: http://www.stopptdierechten.at/2015/01/14/blauer-kulturkampf-in-gros-enzersdorf/ [5.4.2016]

stopptdierechten.at: FPÖ Wiener Neustadt: Identitär mit nassen Fetzen (26.2.2016), online: http://www.stopptdierechten.at/2016/02/26/fpo-wiener-neustadt-identitar-mit-nassen-fetzen/ [5.4.2016]

stopptdierechten.at: Kirchstettens Roma: Futschikato? (9.8.2015), online: http://www.stopptdierechten.at/2015/08/09/kirchstettens-roma-futschikato/ [5.4.2016]

stopptdierechten.at: Korneuburg/Laa an der Thaya: Strafen für die „Nationale Revolution" (10.7.2015), online: http://www.stopptdierechten.at/2015/07/10/korneuburglaa-an-der-thaya-strafen-fur-die-%E2%80%9Enationale-revolution%E2%80%9C/ [5.4.2016]

stopptdierechten.at: Neonazi-Razzia: Probleme für „Hatefront“ und „Nordglanz“? (19.10.2014), online: http://www.stopptdierechten.at/2014/10/19/neonazi-razzia-probleme-fur-%E2%80%9Ehatecore%E2%80%9C-und-%E2%80%9Enordglanz%E2%80%9C/ [5.4.2016]

stopptdierechten.at: RFJ Burgenland und Identitäre im Gleichklang (22.6.2015), online: http://www.stopptdierechten.at/2015/06/22/rfj-burgenland-und-identitare-im-gleichklang/ [5.4.2016]

stopptdierechten.at: Wiener Neustadt: 10 Monate für Ex-Gemeinderat (21.5.2015), online: http://www.stopptdierechten.at/2015/05/21/wiener-neustadt10-monate-fur-ex-gemeinderat/ [5.4.2016]

stopptdierechten.at: Wolfgang Haberler – der Rechtsaußen von Wiener Neustadt (I) (26.2.2015), online: http://www.stopptdierechten.at/2015/02/26/wolfgang-haberler-der-rechtsausen-von-wiener-neustadt-i/ [5.4.2016]

D. OBERÖSTERREICH

THOMAS RAMMERSTORFER

Oberösterreich bildet im Hinblick sowohl auf den parteiförmigen als auch auf den außerparlamentarischen Rechtsextremismus seit Jahrzehnten einen überregionalen Brennpunkt der Szene. 2015 fiel der Rechtsextremismus in Oberösterreich vorwiegend mit rechtsextremen Anti-Islam-Gruppen wie der Pegida auf, davor mit Aktivitäten neonazistischer Organisationen wie des „Bundes Freier Jugend" (bis 2008) oder „Objekt 21" (bis 2013). Zu nennen sind aber auch die spektakulären Wahlerfolge der FPÖ, besonders bei den Landtags- und Gemeinderatswahlen 2015, die den „Heimatgau des Führers" auch bundesweit in die Schlagzeilen brachten.

REGIONALE URSACHEN DES RECHTSEXTREMISMUS

Die Nachhaltigkeit des Rechtsextremismus hat eine Reihe historisch gewachsener Ursachen, auf die ich an dieser Stelle nur oberflächlich eingehen kann. Als bereits vor 1945 wirkungsmächtige Faktoren seien genannt:

- → Die vergleichsweise frühe Entfremdung weiter Teile der Bevölkerung von der katholischen Kirche, insbesondere in der Zeit der Reformation, Gegenreformation und der Bauernkriege im 17. Jahrhundert, und damit verbunden ein Aufkommen eines modernen Antisemitismus.
- → Die enge wirtschaftliche und geografische Bindung an Deutschland.
- → Der u.a. aus diesen beiden Faktoren resultierende traditionelle Deutschnationalismus weiter Teile der wirtschaftlichen und politischen Eliten.
- → Ein zu Ende des 19. und Beginn des 20. Jahrhundert deutschnational geprägtes Mittelschulwesen. Als Beispiel sei hier nur das Stefan-Fadinger-Gymnasium in Linz genannt, das u.a. von Adolf Hitler sowie von Adolf Eichmann und Ernst Kaltenbrunner, zwei wesentlichen Organisatoren der Shoah, besucht wurde.
- → Eine sehr frühe Ausbreitung nationalsozialistischer Ideen im Raum Oberösterreich-Salzburg-Bayern und dem Sudetenland. Bereits zwischen 1919 und 1923 wurden Nationalsozialist_innen in die Gemeinderäte von Linz, Steyr und Schärding gewählt.
- → Eine wichtige Rolle Oberösterreichs in der Zeit der Illegalität der NSDAP in den 1930er Jahren. Die Bundesleitung der NSDAP hatte zu dieser Zeit ihren Sitz in Linz. Oberösterreichische Nazis unterhielten enge Verbindungen ins nationalsozialistische Deutschland.

→ Die Modernisierung des „Gaues Oberdonau“ im NS-Regime und darüber hinaus. Die Anzahl der Industriebetriebe verdoppelte sich zwischen 1938 und 1948. Stahlwerke, Autobahnen, Schienen, Wohnhäuser, Kraftwerke, Rüstungs- und Chemiebetriebe wurden bis 1945 von KZ-Häftlingen, Zwangsarbeiter_innen und Kriegsgefangenen aus dem Boden gestampft. (vgl. Kepplinger 2000, S. 214–236)

Nach der Befreiung wurde Oberösterreich südlich der Donau von den USA, das Mühlviertel nördlich der Donau von der UdSSR verwaltet. Insbesondere der Zentralraum (Gebiete um Linz, Wels und Steyr) war mit seinen günstigen wirtschaftlichen und politischen Aussichten Anziehungspunkt für „belastete“ Nazis aus den sowjetisch besetzten Zonen. Hinzu kamen zahlreiche „volksdeutsche“ Flüchtlinge aus Osteuropa. Mehr als 100.000 von ihnen blieben dauerhaft in Oberösterreich und bildeten mit ihren nicht selten revanchistisch, deutschnational, antislawisch und antikommunistisch agitierenden Verbänden ein zusätzliches Potenzial für die Rechte. (vgl. Volkmer 2003)

Zentrale Bedeutung war und ist dem Österreichischen Turnerbund (ÖTB) zuzurechnen. Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes nennt diesen Verein gar die „mit Abstand wichtigste Organisation des Deutschnationalismus und Rechtsextremismus“ (Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes 1993, 106). Über Jahrzehnte hinweg war die ÖTB-Bundesturnzeitung das Zentralorgan der Szene. Sie erschien früher in Linz, heute befindet sich die Bundesgeschäftsstelle in Traun. Von großer Bedeutung sind auch die „Bundesturnschule“ des ÖTB in Ried im Innkreis und die „Jahnturnhalle“ des Rieder ÖTB, in der die Bundes-FPÖ traditionell ihren „Politischen Aschermittwoch“ begeht. Insgesamt ist der ÖTB in Oberösterreich mit rund 70 Gruppen für die „Erhaltung, Pflege und Förderung des deutschen Volkstums“ (Österreichischer Turnerbund 17.11.1996) aktiv – fast überflüssig zu erwähnen, dass dies bundesweit die mit Abstand größte Anzahl an Teilvereinen ist.

ENTWICKLUNGEN DER VOR DEM JAHR 2000 UND IHRE RELEVANZ FÜR HEUTE

Nach der behördlichen Zerschlagung und Eindämmung neonazistischer Strukturen wie der VAPO[1], des Vereins „Dichterstein Offenhausen“[2] und ver-

1 Die „Volkstreue außerparlamentarische Opposition“ (VAPO) war eine neonazistische Organisation, gegründet 1986 von dem mehrmals wegen NS-Wiederbetätigung verurteilten Gottfried Küssel.

2 Der Verein „Dichterstein Offenhausen“ war ein neonazistischer Kulturverein, der 1999 wegen NS-Wiederbetätigung behördlich aufgelöst wurde.

schiedener neonazistischer Skinhead-Gruppen in den 1980er und 1990er Jahren (vgl. Purtscheller 1993) orientierte sich das Milieu im neuen Jahrtausend um. Das Vakuum sollte insbesondere mit der Gründung des „Bundes freier Jugend" (BfJ) beseitigt werden, der vor allem im Zentralraum mit über 100 vielfach in Deutschland geschulten Aktivist_innen tätig wurde und eng mit dem Ring Freiheitlicher Jugend verwoben war. Erst nach massivem medialen und politischen Druck wurde der BfJ 2007 zerschlagen – der Prozess gegen die Anführer der Organisation endete allerdings mit Freisprüchen. Bis heute sind diese Männer im Umfeld der FPÖ und der Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik (AFP) aktiv. (vgl. Schiedel 2007)

Das Problem behördlicher Untätigkeit und Unfähigkeit trat auch bei der strafrechtlichen Verfolgung einer weiteren NS-Gruppierung, des „Kulturvereins Objekt 21" (O21[3]), zutage. Obwohl die Organisation in zahlreiche politische und kriminell motivierte Machenschaften bis hin zu Brandstiftungen verwickelt war, die medial ab 2010 für großes Aufsehen sorgten, dauerte es drei Jahre bis zur Zerschlagung der Bande. Von den deutschen Behörden wird O21 heute als rechtsterroristische Vereinigung mit Verbindungen bis ins Umfeld des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) gewertet. (vgl. Berger 25.10.2013) Der letzte abgeschlossene Prozess rund um O21 fand im März 2015 statt und endete mit jeweils einem Jahr bedingter Haftstrafe für zwei Angeklagte. (vgl. stopptdierechten.at 17.2.2016) Ein Verfahren gegen fünf weitere Angeklagte wurde im Februar 2016 auf unbestimmte Zeit vertagt.

PEGIDA UND IDENTITÄRE

Schon im Frühjahr 2015 tauchten einzelne ehemalige Mitglieder von O21 wieder auf, nämlich bei zwei Demonstrationen der „Patriotischen Europäer gegen eine Islamisierung des Abendlandes" (Pegida) in Linz. Ein weiterer ehemaliger O21-Aktivist ist mittlerweile bei den neofaschistischen Identitären gelandet. (vgl. Rammerstorfer 2016, 3)

Die beiden Pegida-Demonstrationen im Februar 2015 offenbarten die Stärken und Schwächen der Szene. Motiviert durch die Bewegungen in Deutschland und Wien, gelang es in recht kurzer Zeit, relativ erfolgreich zu mobilisieren: Immerhin einige Hundert „Wutbürger_innen", Hooligans und Neonazis marschierten auf. Medial wurden die Kundgebungen breit rezipiert.

3 Die Chiffre O21 bezieht sich auf die Hausnummer der von der Gruppe im Bezirk Vöcklabruck angemieteten Räumlichkeiten.

Doch ohne erfahrene Führungspersönlichkeiten stürzte Pegida in Oberösterreich rasch in sich zusammen. Der ‚erlebnisorientierte' Mob war von den beiden Aufmärschen, die mehr oder weniger Stehkundgebungen in antifaschistischen Kesseln bzw. Polizeikesseln waren, enttäuscht. Als man sich schließlich im April 2015 neu formierte und einen weiteren „Spaziergang" anmeldete, war die Luft schon wieder draußen. Die Polizei untersagte die Demo, wogegen Pegida auch keine Rechtsmittel einlegte. Heute existiert nur noch eine Facebook-Seite der „Bewegung".

Zu neonazistischen Schmierereien an Asylheimen kam es 2015 in Frankenburg und Linz. Eine Asylwerber_innenunterkunft in Wels war Ziel einer Brandstiftung, bei der glücklicherweise keine Personen zu Schaden kamen.

Die oberösterreichischen Identitären verfügen nur in Linz und Freistadt über einigermaßen gut entwickelte Strukturen. Eine erste Sektion wurde 2012 und erneut 2014 gegründet. Monatliche Stammtische, Aufkleber- und Transparentaktionen sowie die regelmäßige Teilnahme an Aktionen in Wien, Salzburg und der Steiermark können vermerkt werden. In Freistadt kam es jüngst zu wiederholten Störaktionen von Aktivitäten der Flüchtlingshilfe. Versuche, im Attergau oder im Salzkammergut Gruppen aufzubauen, dürften vorerst gescheitert sein. (vgl. Rammerstorfer 2016, 3)

Flankiert werden die rassistischen Organisationen von Dutzenden Facebook-Gruppen, Blogger_innen und lokalen Medienmacher_innen. Zu nennen sind die Welser Zeitschrift „Die Monatliche" oder der Linzer Blog „Austropress", die ihre Leser_innen mit antimuslimischem Rassismus bei Laune halten. In großem Stil versucht dies seit März 2016 auch die Wochenzeitung „Wochenblick", die zwar formal unabhängig von der FPÖ agiert, personell aber von ehemaligen und aktiven FPÖ-Politiker_innen und Burschenschaftern gestaltet wird. (vgl. dahamist.at 2./5.4.2016)

Ein weiteres Problemfeld ist der „Nazi-Tourismus" zu Gedenkstätten wie dem ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen, vor allem aber zu Hitlers Geburtshaus nach Braunau. So besuchten ungarische Neonazis von „Blood & Honour" die seit Jahren leerstehende Braunauer Immobilie im August 2015 und im März 2016. Diesem unerwünschten Fremdenverkehr soll mit der vom Innenministerium geplanten Enteignung des Gebäudes und einer Umwidmung entgegengewirkt werden.

DIE OBERÖSTERREICHISCHE FPÖ HEUTE

Die Landtags- und Gemeinderatswahlen 2015 bescherten der FPÖ einen Erfolg. Die Partei holte landesweit über 30 % der Stimmen, in Wels erreichte sie gar 43 % in Wels und stellt nun den Bürgermeister. Sogar im ländlich geprägten Mühlviertel und in den letzten SP-Hochburgen im Salzkammergut konnte die FPÖ deutlich zulegen. Deutschnationale, schlagende Burschenschafter dominieren die Landespartei um Manfred Haimbuchner sowie die Linzer Gemeinderatsfraktion um den selbst innerparteilich rechtsaußen stehenden Detlev Wimmer von der Verbindung „Arminia Czernowitz". Neben den Burschenschaften und den Parteiorganisationen hat sich rund um die FPÖ eine vielfältige Vereinslandschaft gebildet, die auch Scharnierfunktionen zu unterschiedlichen Milieus bildet: etwa der Witikobund zu den „Volksdeutschen" oder der Liberale Klub zur Industrie. (vgl. Rammerstorfer 2015, 4)

LITERATUR

Berger, Hans: Objekt 21 (25.10.2013), online: http://www.hintergrund.de/201310252870/politik/politik-eu/objekt-21.html [17.4.2016]

Dahamist.at: Schlagwort Wochenblick (2./5.4.2016), online http://www.dahamist.at/index.php/tag/wochenblick/ [17.4.2016]

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus. Wien 1993.

Kepplinger, Brigitte: Aspekte nationalsozialistischer Herrschaft in Oberösterreich. In: NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch. Hg. von Emmerich Tálos [u.a.]. Wien 2000, S. 214–236.

Österreichischer Turnerbund: Leitbild (17.11.1996), online: http://www.oetb.at/index.php?id=26 [17.4.2016]

Purtscheller, Wolfgang: Aufbruch der Völkischen. Das braune Netzwerk. Wien 1993.

Rammerstorfer, Thomas: Die Netzwerke der blauen Regierungsmannschaft. In: Versorgerin 108 (2015).

Rammerstorfer, Thomas: Spartas Speerspitzen des Rückschritts: Die Identitären. In: Versorgerin 109 (2016).

Schiedel, Heribert: Der rechte Rand. Extremistische Gesinnungen in unserer Gesellschaft. Wien 2007.

stopptdierechten.at: Objekt 21: War da was? (17.2.2016), online: http://www.stopptdierechten.at/2016/02/17/objekt-21-war-da-was/ [17.4.2016]

Volkmer, Hermann: Die Volkdeutschen in Oberösterreich. Grünbach 2003.

E. SALZBURG

SEBASTIAN KLOCKER

Salzburg hat seit jeher eine aktive Neonaziszene. Immer wieder kommt es zu rechtsextremen Schmierereien und Sachbeschädigungen. Auch vor Gewalt schreckt die Szene nicht zurück, wie Paul Donnerbauer in seinem Artikel „Salzburg hat ein Naziproblem" (Donnerbauer 2015) aufgezeigt und unter anderem an den Angriffen auf das alternative Kulturbeisl SUB im Jahr 2010 illustriert hat. Salzburg liegt im sogenannten „Braunen Gürtel" (Salzburg, Oberösterreich und Bayern; siehe dazu auch den Beitrag von Thomas Rammerstorfer). Die Szene kennt sich, man unterstützt einander und ist grenzüberschreitend nach Bayern aktiv.

Der Rechtsextremismus ist einem System von sogenannten freien Kameradschaften organisiert, wobei die Führungsebenen gut vernetzt sind. Das Fußvolk trifft sich meist bei Kundgebungen, Konzerten und einschlägigen Veranstaltungen. (vgl. Peham 2014) Als ein wichtiger Treffpunkt der Szene fungierte das am 20. April 2012 eröffnete Lokal „Odins Bar", dessen Besitzer schon 2010 die rechtsextreme Hooligan-Band „Kategorie C" nach Salzburg einzuladen versuchte. Bei einer Hausdurchsuchung nach einem Hinweis, dass in der Bar eine Hakenkreuzfahne hängen würde, wurden verbotene rechtsextreme Musiktitel sichergestellt. Der Besitzer musste sich wegen Verdachts auf Wiederbetätigung vor Gericht verantworten. (vgl. APA 2013) Die mittlerweile geschlossene Bar fungierte als Szenetreffpunkt weit über die Grenzen von Salzburg hinaus und spielte eine wichtige Rolle für die Vernetzung und Radikalisierung vieler Jugendlicher. Oft sehen die Behörden allzu lange zu und greifen erst ein, wenn es zu spät ist.

RECHTSEXTREME SACHBESCHÄDIGUNGEN

Seit Oktober 2013 registrieren die Salzburger Sicherheitsbehörden einen massiven Anstieg an Sachbeschädigungen mit rechtsextremem Hintergrund. Die Stadt Salzburg reagierte darauf, indem sie eine „Chronologie der Schandtaten und des Widerstandes" erstellte. Darin befinden sich unzählige Sachbeschädigungen, insbesondere gezielte Verschmutzungen von „Stolpersteinen"[1]. Im gesamten Stadtgebiet wurden Schmierereien wie „NS statt US",

1 Stolpersteine sind kleine, im Boden verlegte Gedenktafeln, die an die Schicksale von Menschen erinnern, die in der NS-Zeit verfolgt, ermordet, deportiert oder vertrieben wurden.

„NS statt Davidsstern“ oder der einschlägige Code „14 Words“[2] gesichtet. Ende 2013 erfolgten zwei Festnahmen. Den beiden Tatverdächtigen wurden über 130 rechtsextreme Straftaten nachgewiesen. Sie mussten sich im Jänner 2015 vor dem Landesgericht Salzburg wegen „nationalsozialistisch motivierter Sachbeschädigung“ nach § 3 f Verbotsgesetz verantworten.

Doch die Anschläge gingen weiter. Am 75. Jahrestag der Novemberpogrome im November 2013 wurde der Eingangsbereich der Synagoge in der Lasserstraße mit schwarzem Lack zerstört, die Türschlösser wurden verklebt. Einen Monat später wurde das Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus mit dem Schriftzug „Horst Wessel“ beschmiert. Im Jänner 2014 folgte ein weiterer Anschlag auf das Denkmal. Diesmal wurde es mit dem Namen des Neonazis und Holocaust-Leugners Horst Mahler verunziert. Einige Tage später besprühten Täter die Synagoge mit gelben Davidssternen. Im Mai 2014 wurden die Wände eines Winternotquartiers für Bettler mit der Aufschrift „KZ“ besprüht. Im selben Monat wurde das Euthanasie-Denkmal zerstört. Im November 2014 wurde erneut das Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus mit Farbe beschmiert. Im Dezember kam es zu Anschlägen auf die Parteibüros von SPÖ und Grüne, in deren Rahmen die Türen und Fassaden mit rechtsextremen Parolen bekritzelt wurden. (vgl. Stadt Salzburg 2015)

Weitere Anschlagsziele waren das Zentrum von HOSI Salzburg, das Rosa-Luxemburg-Haus und verschiedene Orte des Gedenkens an Opfer des Nationalsozialismus.

Die Polizei geriet unter enormen Ermittlungsdruck, der 2015 zu 30 Hausdurchsuchungen und elf Festnahmen führte. Im Juni konnte ein Tatverdächtiger ausgeforscht und festgenommen werden. Ihm alleine wurden fast 50 einschlägige Straftaten nachgewiesen. Die Polizei kam zu dem Schluss, dass es sich bei dem 39-Jährigen um einen Einzeltäter handeln müsse, der keine Kontakte in die organisierte Neonaziszene habe. Eine solche Szene existiere nicht, vermittelte der Salzburger Landespolizeidirektor Franz Ruf. (vgl. stopptdierechten.at 18.6.2015)

EIN GESCHEITERTES TREFFEN DER AFP

Die Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik (AFP) wollte im Oktober 2014 ihre jährlich stattfindende „Politische Akademie“ im Raum Salzburg ab-

2 „14 words“ ist ein Chiffre der rechtsextremen Szene und steht für: „We must secure the existence of our people and a future for white children.“

halten. Das österreichische Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung bezeichnet die AFP als das „aktivste Sammelbecken der organisierten rechtsextremen Szene in Österreich“ (Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung 2006, 32). Der Verfassungsjurist Heinz Mayer kam in einem Gutachten zur AFP zu dem Schluss „dass die von der AFP zu verantwortenden Publikationen seit Jahrzehnten massiv gegen die Bestimmungen des Verbotsgesetzes verstoßen“ (Mayer 2005, 14).

Eingeladen waren Redner_innen der neonazistischen Jobbik aus Ungarn und der „Goldenen Morgenröte“ aus Griechenland. Auch die als neonazistisch eingestufte Internetplattform freies-oesterreich.net bewarb die Veranstaltung. Als weitere Vortragende wurden der rechtsextreme „Nahostexperte“ Richard Melisch und der Neofaschist Pierre Krebs genannt.

Die Treffen der AFP bilden eines der wichtigsten Foren für Rechtsextremist_innen und Neonazis in Österreich und dienen der internationalen Vernetzung. Nach Bekanntwerden des Veranstaltungsortes kündigte der Pächter der Burgschenke in Mauterndorf den Mietvertrag, und die AFP musste mit ihrer Veranstaltung in ein Gasthaus nach Offenhausen (OÖ) ausweichen, in dem schon öfter politisch einschlägige Treffen abgehalten wurden. (vgl. stopptdierechten.at 2014; Ruep 2014)

DIE „IDENTITÄRE BEWEGUNG SALZBURG“

Die aufgeheizte Stimmung gegen die Fluchtbewegung aus den Kriegsgebieten in Syrien versuchte auch die sogenannte Identitäre Bewegung Salzburg für sich zu nützen. Im Jänner 2015 störte eine Gruppe von Identitären eine Veranstaltung gegen Rassismus der Stadtverwaltung. Transparente wurden entrollt, rassistische Flugblätter in die Menge geworfen. (vgl. Salzburg24 28.1.2015)

Es folgten im Dezember 2015 und im Jänner 2016 zwei fremdenfeindliche Demonstrationen in der Grenzregion zu Bayern. Hier trat Edwin Hintsteiner, Sprecher der Identitären Salzburg, ehemaliger Aktivist im Ring Freiheitlicher Jugend und eifriger Beiträger in Neonaziforen, als Redner auf. (vgl. Ruep 2016) Bei einer Mahnwache der Identitären Bewegung nach dem Terroranschlag auf die Satirezeitschrift *Charlie Hebdo* Anfang 2015 gesellte sich auch FPÖ-Mandatar Andreas Reindl zu den rechtsextremen Kundgebungsteilnehmer_innen. (vgl. Neuhold 2015)

BRANDSTIFTUNG VOR GEPLANTER FLÜCHTLINGSUNTERKUNFT

Im Juli 2015 bot der ÖGB der Salzburger Landesregierung das Jugendheim

in Seekirchen als kostenlose Flüchtlingsunterkunft für 30 Personen an. In der Nacht nach einem Informationsabend wurden Stühle und Holzbänke vor dem Gebäude in Brand gesetzt. Derzeit laufen Ermittlungen wegen Verdachts der Brandstiftung – bis dato erfolglos. (vgl. Salzburger Nachrichten 2015)

ANKLAGE WEGEN VERHETZUNG GEGEN DEN FREIHEITLICHEN AKADEMIKERVERBAND (FAV)

Im August 2015 wurde in den Medien breit über den „Phasenplan für eine nachhaltige Rückwanderungspolitik" berichtet, der sich auf der Website des Salzburger FAV fand. Das neonazistische Internetportal alpen-donau.info rund um Gottfried Küssel hatte das rassistische Papier, in dem u.a. die Einweisung von Asylwerber_innen in Arbeitslager bis zum Zeitpunkt der Abschiebung vorgesehen war, schon 2009 wohlwollend kommentiert.

Der FAV Salzburg ist schon des Öfteren durch einschlägig rechtsextreme Veranstaltungen aufgefallen. 2013 wurde ein Pamphlet veröffentlicht, das 18 Neonazis und Holocaustleugner aufführt, die „wegen Verbreitung des freien Wortes" (z.B. Verhetzung und Holocaustleugnung) Freiheitsstrafen verbüßen mussten. Gegen den Obmann des FAV, Wolfgang Caspart, wurde mittlerweile Anklage wegen Verhetzung erhoben. Der Prozess findet am 23. Mai 2016 statt. (vgl. stopptdierechten.at 27.8.2015; ebd. 18.3.2016)

GRAUER WOLF POSIERT MIT HITLERGRUSS

Mitte März 2016 sorgten Bilder auf Facebook für Aufsehen: Ein Funktionär des Linzer Vereines Avrasya, dem ein Naheverhältnis zu den rechtsextremen „Grauen Wölfen" (siehe hierzu den Beitrag von Thomas Schmidinger) nachgesagt wird, war auf einem Foto in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen mit dem faschistischen „Wolfsgruß" zu sehen. Auf seinem Facebook-Profil fand sich ein weiteres Foto, das eine Person mit Hitlergruß zeigte. Nach Recherchen des Salzburger Landtagsabgeordneten Simon Hofbauer handelte es sich dabei um einen Kampfsporttrainer, der zuletzt Jugendliche der „Grauen Wölfe" in Salzburg trainiert hatte. (vgl. APA 2016)

LITERATUR

APA: Wiederbetätigung: Illegale Musiktitel sichergestellt (30.1.2013), online: http://derstandard.at/1358305117219/Wiederbetaetigung-Illegale-Musiktitel-sichergestellt [14.4.2016]

APA: Verein Avrasya: Mann beim Hitlergruß offenbar identifiziert (28.3.2016), online: http://derstandard.at/2000033743514/Verein-Avrasya-MKOe-fordert-Verfassungsschutz-zum-Handeln-auf [14.4.2016]

Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung: Verfassungsschutzbericht 2006, online: http://www.bmi.gv.at/cms/bmi_verfassungsschutz/verfassungsschutzbericht_2006.pdf [14.4.2016]

Donnerbauer, Paul: Salzburg hat ein Naziproblem (24.3.2015), online: https://www.vice.com/alps/read/salzburg-hat-ein-naziproblem-732 [14.4.2016]

Mayer, Heinz: Rechtsgutachten über die „Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik" (AFP) und den „Bund freier Jugend" (BfJ) (3.2.2005), online: http://www.doew.at/cms/download/edpm0/gutachten_afp.pdf [14.4.2016]

Neuhold, Thomas: FPÖ-Mann war „zufällig" auf Identitären-Demo. In: Der Standard vom 16.1.2015, online: http://derstandard.at/2000010459071/FPOe-Mann-zufaellig-auf-Identitaeren-Demo [14.4.2016]

Peham, Andreas, zit. in Weiss, Alexia: „Neonazis agieren nicht im luftleeren Raum" (25.9.2014), online: http://www.wina-magazin.at/?p=9206 [14.4.2016]

Ruep, Stefanie: Rechtsextreme AFP versammelt sich in Salzburg. In Der Standard vom 3.10.2014, online: http://derstandard.at/2000006344073/Rechtsextreme-AFP-versammelt-sich-in-Salzburg [14.4.2016]

Ruep, Stefanie: Identitären-Demo gegen „offene Grenzen" in Freilassing (9.1.2016), online: http://derstandard.at/2000028756936/Identitaeren-Demo-gegen-offene-Grenzen-in-Freilassing [14.4.2016]

Salzburg24: „Identitäre" stören Stadtveranstaltung gegen Rassismus (28.1.2015), online: http://www.salzburg24.at/rechtsextreme-stoerten-stadtveranstaltung-gegen-rassismus/4217528 [14.4.2016]

Salzburger Nachrichten: Brandstiftung vor künftigem Flüchtlingsheim in Seekirchen (12.8.2015), online: http://www.salzburg.com/nachrichten/salzburg/chronik/sn/artikel/brandstiftung-vor-kuenftigem-fluechtlingsheim-in-seekirchen-161579/ [14.4.2016]

Stadt Salzburg: Chronologie der Schandtaten und des Widerstands (26.1.2016), online: https://www.stadt-salzburg.at/pdf/chronologie_der_schandtaten.pdf [14.4.2016]

stopptdierechten.at: Klare Sache: Verbot der AFP und ihres Treffens! (16.10.2014), online: http://www.stopptdierechten.at/2014/10/16/klare-sache-verbot-der-afp-und-ihres-treffens/ [14.4.2016]

stopptdierechten.at: Salzburg: Neonazi verhaftet – alles geklärt? (18.6.2015), online: http://www.stopptdierechten.at/2015/06/18/salzburg-neonazi-verhaftet-%E2%80%93alles-geklart/ [14.4.2016]

stopptdierechten.at: Kaum Distanz zwischen FAV und FPÖ (27.8.2015), online: http://www.stopptdierechten.at/2015/08/27/kaum-distanz-zwischen-fav-und-fpo/ [14.4.2016]

stopptdierechten.at: Verhetzung (IV): Anklage eines freiheitlichen Akademikers (18.3.2016), online: http://www.stopptdierechten.at/2016/03/18/verhetzung-iv-anklage-eines-freiheitlichen-akademikers/ [14.4.2016]

F. STEIERMARK

INES AFTENBERGER

Die Wahrnehmung der steirischen rechtsextremen Szene konzentrierte sich aufgrund des Universitätsstandortes Graz lange auf den akademischen Bereich. Tatsächlich sind in Graz mit der „Aula" und dem Leopold Stocker Verlag zwei für das nationale Lager bedeutende publizistische Unternehmen angesiedelt. Das deutschnationale Verbindungswesen leistet durch mehrere aktive Bünde wesentliche Rekrutierungs- und Erziehungsarbeit für die parlamentarische und außerparlamentarische Rechte. 2015 konnten sich jedoch mit einem gewissen Erfolg neue Strukturen etablieren, in denen sich abseits von Partei- und Universitätspolitik das neonazistische Spektrum organisiert. Mediale Aufmerksamkeit erlangten Mitte Februar 2015 bis heute unbekannte Täter_innen, die Säureanschläge auf fünf vom „Verein für Gedenkkultur in Graz" verlegte „Stolpersteine" verübten, mit denen im öffentlichen Raum an Opfer des Nationalsozialismus erinnert wird.

Abseits einer breiten Öffentlichkeit agiert die „Aula", die als zentrale Publikation des rechtsextremen, insbesondere burschenschaftlichen Lagers gilt. Die Zeitung, die monatlich im Aula-Verlag erscheint und sich im Besitz der Freiheitlichen Akademikerverbände (FAV) befindet, diente zunächst verschiedenen Strömungen des Rechtsextremismus einschließlich rechtskonservativer Positionen als Forum. Das inhaltliche Spektrum reduzierte sich im Laufe der 1990er Jahre jedoch auf rechtsextreme Standpunkte, wobei die enge Bindung an die FPÖ bestehen blieb. 2015 radikalisierte sich die „Aula" weiter in Richtung Neonazismus, wie Bernhard Weidinger in seinem Beitrag anhand von Auszügen aus den jüngsten Ausgaben dokumentiert.

Angesichts solcher Inhalte muss die enge Zusammenarbeit zwischen den Herausgeber_innen der Zeitung, den FAV und den deutschnationalen Verbindungen – sichtbarer Ausdruck dafür auch die jahrelange Unterstützung des traditionellen verbindungsstudentischen „Akademikerballes" im Grazer Congress durch die FAV – auch als Indiz für die ideologische Positionierung maßgeblicher Grazer Burschenschaften betrachtet werden. Tatsächlich gehören einige Grazer Burschenschaften, namentlich die Allemannia, die Arminia, die Carniola, die Cheruskia, die Frankonia und die Germania sowie die Burschenschaft Leder Leoben, dem Dachverband „Burschenschaftliche Gemeinschaft" (BG) an[1], der

1 Vgl. Burschenschaftliche Gemeinschaft, online: http://www.burschenschaftliche-gemeinschaft.de/kontakt/bg-mitgliedsbuende.html [10.2.2016]

innerhalb der deutschnationalen Verbindungen den Rechtsaußen-Flügel repräsentiert. (Zu den inhaltlichen Positionen der BG und Aktivitäten der Grazer Verbindungen 2015 siehe den Beitrag von Bernhard Weidinger.)

Eine wesentliche Hilfestellung für die rechtsextreme Publizistik leistet der in Graz ansässige Leopold Stocker Verlag, welcher seit Jahrzehnten Autor_innen aus dem nationalen Lager ein Forum bietet. Unter dem Geschäftsführer Wolfgang Dvorak-Stocker, selbst Burschenschafter, wurde eigens für zeitgeschichtliche und politische Produkte die Ares-Verlagsgruppe gegründet. Dvorak-Stocker unterstützt zumindest zwei weitere Projekte der rechtsextremen Szene finanziell, nämlich die Wochenzeitung „Zur Zeit" und die Online-Plattform unzensuriert.at. Aus dem Umfeld der „Sezession", die ebenso wie die Zeitung „Neue Ordnung" bei Ares erscheint, gibt es zudem kontinuierlich propagandistische Unterstützung für die außerparlamentarische extreme Rechte, die identitären Organisationen.

In der Steiermark sind die identitären Aktivist_innen unter ihrem Sprecher Patrick Lenart seit 2013 vor allem in Graz präsent und versuchen von dort aus, in den Regionen durch die regelmäßige Abhaltung von Stammtischen Fuß zu fassen. Die steirische Gruppe zeigte vor allem mit Transparent- und Flugblattaktionen sowie mit symbolischen Kundgebungen Präsenz, die sich meist gegen Unterkünfte und Sammelstellen für Geflüchtete richteten. Doch erst das polarisierte gesellschaftliche Klima als Antwort auf die Flüchtlingsbewegung ermöglichte es den Identitären nicht nur virtuell, sondern real über den eigenen Aktivist_innenkreis hinaus Teilnehmer_innen zu mobilisieren. An ihren Demonstrationen in Spielfeld am 15. und am 28. November 2015 nahmen zwischen 500 und 800 Personen teil. Im Zuge der Kampagne für die Schließung der Grenze verzichteten die Identitären zunehmend auf die pseudointellektuelle Aufbereitung ihrer Propaganda und den Ausschluss von offen auftretenden Neonazis, sondern kooperierten bei den Protesten in Spielfeld mit neonazistischen Aktivist_innen.

2015 formierten sich in organisatorischer Nähe zur Neonazi-Szene schließlich die „Partei des Volkes" (PdV) und Pegida Steiermark. Pegida Steiermark unter ihrem Sprecher Werner Wirth, mittlerweile Sprecher von Pegida Österreich, rief am 29. März 2015 zu einem sogenannten „Spaziergang" in Graz auf, an dem sich etwa 150 Personen beteiligten und bei dem die starke Präsenz von Hooligans aus dem Umfeld des GAK-Fanclubs „Rote Armee Graz" (RAG) auffallend war, der wiederholt durch gewalttätige Aktionen Aufmerksamkeit erregt hatte.

Der „Spaziergang“ von Pegida wurde durch eine Rede von Michael Stürzenberger eingeleitet, dem Vorsitzenden der deutschen Kleinpartei „Die Freiheit“. Stürzenberger wurde aufgrund dieser Ansprache am 18. November 2015 wegen Verhetzung und Herabwürdigung religiöser Lehren verurteilt. (vgl. Der Standard 19.11.2015) Ein Demonstrationsteilnehmer wurde aufgrund eines Hitlergrußes nach dem Verbotsgesetz angeklagt und ebenfalls schuldig gesprochen. (vgl. Der Standard 14.9.2015) Nach dem 29. März gab es im Jahr 2015 keine weiteren öffentlichen Auftritte von Pegida Graz, allerdings nahmen Pegida-Aktivist_innen an den Demonstrationen in Spielfeld und Wien teil und mobilisierten gegen die Leobner Flüchtlingsunterkunft.

Aktiver als Pegida trat die PdV auf, die nach ihrer ersten Demonstration am 26. September 2015 in Graz am 31. Oktober 2015 eine weitere Kundgebung in Spielfeld organisierte und außerdem hauptverantwortlich für die Demonstration am Ballhausplatz in Wien am 21. November 2015 war (die beiden letzteren Veranstaltungen mit jeweils mehreren Hundert Teilnehmer_innen). Von Anfang an war die enge Zusammenarbeit zwischen Pegida und PdV dadurch offenkundig, dass beide Gruppierungen auf denselben Pool an Aktivist_innen und Symphatisant_innen zurückgreifen konnten.

Obwohl die Aussagen der PdV als Partei inhaltlich eher dürftig sind und sich auf die Feindbilder Flüchtlinge, Regierung, EU und „Lügenpresse“ konzentrieren, ist die PdV als neonazistisch einzustufen. Parteiobmann Thomas Kirschner rekrutierte gezielt Demonstrant_innen aus der Neonazi-Szene und warb mit NS-Sujets. (vgl. Kleine Zeitung 24.9.2015) Wolfgang Pestl, Generalsekretär der PdV, verbreitete im Internet neonazistische Propaganda; er teilte u.a. ein antijüdisches Hetzporträt aus der NS-Zeit, einen Beitrag, in dem der Holocaust geleugnet wird, sowie einen weiteren Artikel, in dem Hitler als „größte[r] Sohn, den das deutsche Volk jemals hervorbrachte“ (Einträge auf VK 6.12.2015 und 31.12.2015), bezeichnet wird. Am 31.10.2015 rief Pestl in einem Interview mit der „Kleinen Zeitung“ zum Sturz der Regierung auf und kündigte bei der Demonstration am 21. November 2015 in Wien am Rednerpult an, sich illegal eine Waffe zu besorgen, wobei er die Zuhörer_innen aufforderte, sich ebenfalls zu bewaffnen. (vgl. DÖW 2015) In den sozialen Netzwerken der Aktivist_innen und Symphatisant_innen der PdV kursieren Mordaufrufe gegen Migrant_innen und Informationen über Möglichkeiten der – auch illegalen – Bewaffnung, Politiker_innen werden als „Volksverräter“ tituliert. Die Behörden schritten allerdings 2015 nicht gegen die Aktivitäten der PdV ein.

Die FPÖ agierte Anfang 2015 noch vorsichtig und wollte offenbar Skandale wie in den Jahren zuvor (etwa um Susanne Winter oder die Aktivitäten des RFJ) vermeiden, radikalisierte sich jedoch im Laufe des Jahres wieder: In ihren Publikationen, besonders im „Uhrturm", betrieb die FPÖ aggressive Stimmungsmache gegen Asylwerber_innen, die ihren Höhepunkt mit der Ausgabe 11/2015 erreichte, in der Flüchtlinge u.a. als „apokalyptisch anmutender Menschenzug", „Aufmarsch von Invasionskräften" oder „Okkupanten" bezeichnet wurden. Dieser Artikel zog eine Sachverhaltsdarstellung der Grazer Grünen an die Staatsanwaltschaft nach sich.

Der rechtsextreme Protest gegen die Flüchtlingsbewegung artikulierte sich im Herbst 2015 in mehreren Aufmärschen in Spielfeld, an denen sowohl rechtsextreme und neonazistische Gruppen als auch bisher unorganisierte Einzelpersonen teilnahmen, die sich aufgrund des von Verunsicherung und Rassismus geprägten gesellschaftlichen Klimas mobilisieren ließen.
Das Internet bot zusätzliche Möglichkeiten der ideologischen Rekrutierung. Rechtsextreme Organisationen und Privatpersonen nutzten die sozialen Medien, um durch die gezielte Verbreitung von Falschmeldungen und Hasspostings das gesellschaftliche Meinungsklima gegen Migrant_innen und Geflüchtete noch stärker zu polarisieren. Obwohl der Großteil der Inhalte sich auf die konkrete Flüchtlingsbewegung und die vermeintliche Unfähigkeit der Regierung bezog, „das Volk zu schützen", erreichte auf diesem Weg auch traditionelle Propaganda der Neonazi-Szene – etwa antisemitisch konnotierte Verschwörungstheorien über die angeblichen „Drahtzieher" der beschworenen „Völkerwanderung" – ein breites Publikum.

Die in der Steiermark tätigen neonazistischen Aktivist_innen erreichten damit einen Einfluss, der weit über ihren engen Sympathisant_innenkreis hinausging und ihnen die Vernetzung mit Bürger_innen ermöglichte, die zwar über keine einschlägigen politischen Biografien verfügen, aber auch keinerlei Berührungsängste mehr gegenüber der extremen Rechten zeigen. In diesem Schulterschluss von Rechtsextremen und Neonazis als Sprachrohr der vielzitierten „besorgten Bürger" liegt eine Gefahr, die seitens der antifaschistischen Öffentlichkeit bisher nicht ausreichend beachtet wurde.

LITERATUR

Audiomitschnitt der Rede von W. Pestl; vgl. weiter DÖW: Neues von ganz rechts (November 2015), online: http://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/neues-von-ganz-rechts/archiv/november-2015/rechtsextreme-provokationen-und-ihre-duldung [10.2.2016]

Der Standard, verschiedene Ausgaben.
Kleine Zeitung: „Regierung stürzen, nicht abwählen“ (31.10.2015), online: http://www.kleinezeitung.at/s/politik/fluechtlinge/4856069/Demo-in-Spielfeld_Regierung-sturzen-nicht-abwaehlen [18.4.2016]
Kleine Zeitung, verschiedene Ausgaben.

G. TIROL

SEBASTIAN KLOCKER

Die folgenden Fälle sind eine exemplarische Auswahl von vielen Vorfällen in Tirol.[1]

MOTORRADCLUBS, BRUDERSCHAFTEN UND NEONAZISMUS IN TIROL[2]

Zu einem spektakulären Polizeieinsatz kam es 3. Dezember 2014. 50 Polizeibeamte rückten an, um das Klubhaus eines Tiroler Bikerclubs wegen des Verdachts auf NS-Wiederbetätigung zu durchsuchen. Zeitgleich kam es zu zehn Hausdurchsuchungen bei Mitgliedern des Clubs. Gefunden wurden Waffen wie Schlagringe, Schreckschusspistolen und Schlagstöcke sowie NS-Devotionalien, einschlägige Aufkleber und Lederkutten mit Doppel-Sigrunen. Laut Landesamt für Verfassungsschutz stand der seit Jahrzehnten bestehende Motorradclub schon länger unter Beobachtung. Gegen acht seiner Mitglieder wurde Anklage wegen NS-Wiederbetätigung erhoben. (vgl. stopptdierechten.at 14.12.2014; ebd. 16.10.2015)

„Brigade 8" ist eine neonazistische Vereinigung aus Schleswig-Holstein. Die Organisationsform entspricht der eines Rockerklubs, sie unterhält mehrere Chapters[3] in verschiedenen Regionen. Mit dem Zahlenkürzel „28" gibt die Gruppe den Hinweis auf ein Naheverhältnis zu der in Deutschland verbotenen und in Österreich immer noch aktiven neonazistischen „Blood & Honour"-Bewegung. Aufgrund seines Versuchs, ein Chapter der Brigade in Tirol aufzubauen, musste sich ein 34-jähriger Türsteher, der als sogenannter „Schwadronführer" auftrat, im April 2014 einer Anklage wegen NS-Wiederbetätigung stellen. Auch seine jahrelange Mitgliedschaft in Organisationen wie der NPD und den Jungen Nationaldemokraten war Thema vor Gericht. Der Mann wurde zu zwei Jahren Haft verurteilt. (vgl. stopptdierechten.at 24.5.2015)

1 Verweise auf rechtsextreme Burschenschaften finden sich bei Bernhard Weidinger in diesem Band. Beispiele für das Naheverhältnis von Tiroler FPÖ/RFJ zum Rechtsextremismus finden sich auf www.stopptdierechten.at. Aufmarschmöglichkeiten für Rechtsextreme sind auch die jährlich stattfindenden „Ein Tirol"-Demonstrationen an der Brennergrenze und die Wallfahrt um den antisemitischen Kult des Anderl von Rinn (vgl. Benz 2012; Wallinger 2014).

2 Eine ausführliche Analyse rechter Bruderschaften findet sich in dem Artikel „Mehr als nur Kameraden" (Antifaschistisches Infoblatt 2016).

3 Als Chapter bezeichnet man eine Ortsgruppe des jeweiligen Clubs.

DIE SPUREN EINES SCHWÄBISCHEN WERWOLFS IN TIROL

Im März 2015 verurteilte das Landesgericht Augsburg Harald F., den Gründer der sogenannten „Legion Werwolf Schwaben". Der Mann ist auch in Österreich nicht unbekannt, da er einige Zeit in Tirol residierte und hier als „Präsident" der rechten Gruppe „Heimaterben Tyrol" fungierte. 2011 war er als Mitveranstalter eines rechtsextremen Konzertes in Hall in Tirol in Erscheinung getreten. Gemeinsam mit dem Rechtsterroristen Martin W.[4] betrieb F. das Neonazi-Label „Bloodline Streetware", zu dessen Sortiment T-Shirts mit Aufschriften wie „Nichtjude", „Bündnis 33 – Die Braunen", „Nazisupermenschen sind unbesiegbar" (kurz NSU) zählten. (vgl. stopptdierechten.at 17.3.2015)

ANGRIFFE AUF ASYLUNTERKÜNFTE

Auf dem abgeschiedenen Bürgelkopf waren im Oktober 2014 120 Kriegsflüchtlinge in einer Unterkunft untergebracht. In der Nacht auf den 29. Oktober 2014 beschoss laut Augenzeugenberichten eine Gruppe von vier Männern die Unterkunft mit Feuerwerkskörpern. Rassistische Parolen wie „Ausländer raus" und „Wir bringen euch alle um, ihr Schweine" waren zu hören. Es soll auch mit einer Waffe geschossen worden sein, die sich später als Softgun entpuppte. Erst eine Stunde nach dem Angriff traf die lokale Polizei ein. Die vier Angreifer konnten ausgeforscht werden. Bei den Einvernahmen gaben sie an, „aus Rache" gehandelt zu haben. Es habe einen Vorfall rund um ein angeblich gestohlenes Handy in einer Disco gegeben, für den sich die Jugendlichen rächen wollten. Sie hatten auch einen Baseballschläger mitgebracht, um auf mögliche Gegenwehr zu reagieren. Die vier Jugendlichen wurden wegen gefährlicher Drohung angezeigt. Die Polizei war darum bemüht, bei dem rassistischen Angriff keinen rechtsextremen Hintergrund zu sehen. (vgl. Meinhart 2014; Willim 2014)

Das Gasthaus Bad Eisenstein („Badl") in Wörgl hätte eine Unterkunft für Kriegsflüchtlinge aus Syrien werden sollen. Nicht einmal eine Woche nach Bekanntwerden der Pläne im August 2015 setzten unbekannte Täter das Gebäude in Brand. Die angerückte Feuerwehr konnte nach rund eineinhalb Stunden den Brand löschen und ein Übergreifen der Flammen auf den Dachstuhl verhindern. Es konnten keine Täter ermittelt werden. (vgl. Mader 2015; Steinhauser 2016)

4 Martin W. wurde wegen eines im Jahr 2003 geplanten Sprengstoffattentats auf das jüdische Zentrum München verurteilt.

BOMBENANSCHLAG AUF AXAMER POLIZEIINSPEKTION

In der Silvesternacht im Dezember 2013 detonierte eine Rohrbombe vor der Polizeiinspektion in Axams. Durch DNA-Spuren konnten zwei Jugendliche ausgeforscht werden. Bei Hausdurchsuchungen wurden NS-Devotionalien wie Hakenkreuze, SS-Runen und Flaschen mit Hitlerkonterfei gefunden. Weiteres wurde eine Sammlung von NS-Liedgut sichergestellt, und auf den Handys der Verdächtigen fand sich einschlägiges NS-Material, das auch an Freund_innen verschickt worden war. Der eindeutige Zahlencode „88" (Chiffre für „Heil Hitler") zierte das Heck eines Fahrzeugs. Die beiden Jugendliche gaben sich vor Gericht unwissend über die Bedeutung der Devotionalien und der Zahlencodes, fassten bedingte Haftstrafen sowie Geldstrafen aus und wurden darüber hinaus verpflichtet, einen Kurs über die NS-Zeit zu besuchen. (vgl. Fellner 2015)

RASSISTISCHE FLUGBLATTAKTION DER RECHTSEXTREMEN IDENTITÄREN BEWEGUNG TIROL

Am 21. Jänner 2015 verteilte die Identitäre Bewegung Tirol in der Gemeinde Weerberg in einer Nacht-und-Nebel-Aktion rassistische Flugblätter, auf denen gegen die Unterbringung von 29 Kriegsflüchtlingen gehetzt wurde, in den Postkästen von Anwohner_innen. (vgl. Tiroler Tageszeitung 20.1.2015)

RASSISTISCHE ÜBERGRIFFE BEI FUSSBALLSPIEL

Bei einem Match des FC Sans Papiers[5] gegen den SV Scharnitz im September 2015 wurden Spieler des FC Sans Papiers von Spielern und Fans des gegnerischen Teams rassistisch beschimpft und tätlich angegriffen. Während des Spiels waren aus dem Fansektor des SV Scharnitz immer wieder Pfeifkonzerte, Affenlaute und rassistische Beschimpfungen zu hören. Spieler des SV Scharnitz tätigten Aussagen wie: „Die wahren Verräter sind die Einheimischen, die mit diesen ***** zusammenarbeiten", und: „Ihr Schmarotzer gehört alle angezündet!" Einige Spieler verweigerten das obligate Abklatschen nach der Partie, stattdessen kam es zu Spuckattacken und offenen Drohungen. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen unbekannt (sic!) wegen Verhetzung und Gutheißens einer mit Strafe bedrohten Handlung. (vgl. Kunzer 2015; Mittelstaedt 2015)

5 „Sans Papiers" („ohne Papiere"): Die Spieler des FC Sans Papiers sind in der Regel Asylwerber.

HAUSDURCHSUCHUNG BEIM FPÖ-GEMEINDERATSKANDIDATEN „PATI“

Nachdem im März 2016 bekannt geworden war, dass der FPÖ-Gemeinderatskandidat Patrick O. aus Zams auf seiner Facebook-Seite offene NS-Verherrlichung betrieb und allzu großes Interesse am Nationalsozialismus zeigte – „Pati“ hatte auf Seiten wie „Leibstandarte SS Adolf Hitler“, „German Waffen SS“ und in anderen einschlägigen Gruppen den „Like“-Button geklickt sowie ein Foto seines Parteivorsitzenden mit dem Goebbels-Zitat „Nun, Volk steh auf, und Sturm brich los“ unterlegt –, kam es in seiner Heimatgemeinde zu einer Hausdurchsuchung. Patrick O. wird sein Mandat als Gemeinderat vorerst nicht annehmen. (vgl. stopptdierechten.at 14.4.2016; Mair 2016)

LITERATUR

Antifaschistisches Infoblatt: Mehr als nur Kameraden. Das Modell und Label Bruderschaft. In: AIB 1/2016, online: https://www.antifainfoblatt.de/artikel/mehr-als-nur-kameraden [14.4.2016]

Benz, Wolfgang: Das Anderl von Rinn. In: David – Jüdische Kulturzeitschrift 9/2012, online: http://www.davidkultur.at/ausgabe.php?ausg=94&artikel=747 [14.4.2016]

Fellner, Reinhard: Bedingte Haftstrafen: Axamer Bombenbastler verurteilt. In: Tiroler Tageszeitung vom 25.9.2015, online: http://www.tt.com/panorama/verbrechen/10548648-91/bedingte-haftstrafen-axamer-bombenbastler-verurteilt.csp [14.4.2016]

Kunzer, Michael: Rassismus: Scharnitz-Sieg mit faulem Beigeschmack! (2015), online: http://www.fanreport.com/at/tirol/liga/2-klasse-mitte/spielbericht/rassismus-scharnitz-sieg-mit-faulem-beigeschmack-1301122/ [14.4.2016]

Mader, Michael: Brandstifter fackelten fast das „Badl“ ab. In: Tiroler Tageszeitung vom 29.8.2015, online: http://www.tt.com/panorama/verbrechen/10435924-91/brandstifter-fackelten-fast-das-badl-ab.csp [14.4.2016]

Mair, Gebi: Die SS-Leibstandarte Adolf Hitler in der Tiroler FPÖ (27.2.2015), online: http://gebimair.blogspot.co.at/2016/02/die-ss-leibstandarte-adolf-hitler-in.html?m=1 [14.4.2016]

Meinhart, Edith: Nächtlicher Angriff auf Asylwerberheim in den Tiroler Bergen. In: profil vom 30.10.2014, online: http://www.profil.at/oesterreich/naechtlicher-angriff-asylwerberheim-tiroler-bergen-378344 [14.4.2016]

Mittelstaedt, Katharina: „Die gehören angezündet“: Ermittlungen wegen Rassismus auf Tiroler Fußballplatz. In: Der Standard vom 10.9.2015, online: derstandard.at/2000022013215/Die-gehoeren-angezuendet-Staatsanwaltschaft-ermittelt-wegen-Rassismus-am-Fussballplatz [14.4.2016]

Steinhauser, Albert: 25 Attacken auf Asyleinrichtungen 2015 – Kaum Täter ausgeforscht (29.3.2016), online: https://albertsteinhauser.at/2016/03/29/25-attacken-auf-asyleinrichtungen-2015-kaum-taeter-ausgeforscht/ [14.4.2016]

stopptdierechten.at: Tirol: Razzia bei Motorrad-Klub (14.12.2014), online: http://www.stopptdierechten.at/2014/12/14/tirol-razzia-bei-motorrad-klub/#more-7577 [14.4.2016]

stopptdierechten.at: Der schwäbische Werwolf mit Tirol-Verbindung (17.3.2015), online: http://www.stopptdierechten.at/2015/03/17/der-schwabische-werwolf-mit-tirol-verbindung/ [14.4.2016]

stopptdierechten.at: Innsbruck: Brigade 8 – Neonazi vor Gericht (24.5.2015), online: http://www.stopptdierechten.at/2015/04/24/innsbruck-brigade-8-%e2%80%93-neonazi-vor-gericht/ [14.4.2016]

stopptdierechten.at: Innsbruck (II): Anklage wegen Wiederbetätigung (16.10.2015), online: http://www.stopptdierechten.at/2015/10/16/innsbruck-ii-anklage-wegen-wiederbetatigung/ [14.4.2016]

stopptdierechten.at: Hausdurchsuchung bei Kandidat Pati (9.3.2016), online: http://www.stopptdierechten.at/2016/03/09/hausdurchsuchung-bei-kandidat-pati/ [14.4.2016]

Tiroler Tageszeitung: Wirbel um Flugblatt gegen Asylwerberheim (20.1.2015), online: http://www.tt.com/panorama/gesellschaft/9513514-91/wirbel-um-flugblatt-gegen-asylwerberheim.csp [14.4.2016]

Wallinger, Sabine: Kult um „Anderl von Rinn“: Totgesagte leben länger. In: Der Standard vom 2.12.2014, online: http://derstandard.at/2000008593311/Kult-um-Anderl-von-RinnTotgesagte-leben-laenger [14.4.2016]

Willim, Christian: Attacke auf Asylheim war Racheakt (3.11.2014), online: http://kurier.at/chronik/oesterreich/attacke-auf-asylheim-war-racheakt/94.840.349 [14.4.2016]

H. VORARLBERG

N. N.

RECHTSEXTREME SZENE IN VORARLBERG

Die Anfänge der aktuellen rechtsextremen Szene in Vorarlberg gehen auf die ab 1988 entstandene rechte Skinheadbewegung im Ländle zurück. Vor allem im Raum Bregenz und später in Feldkirch trat diese Szene ab Beginn der 1990er Jahre aggressiv in Erscheinung – es kam regelmäßig zu rechtsextrem motivierten Gewalttaten und Massenschlägereien mit linksgerichteten oder migrantischen Jugendgruppen. Die Vorarlberger Faschoskinheadszene mit einem harten Kern von etwa 40 Personen und einem größeren Umfeld zeichnete sich dabei durch hohe Gewaltbereitschaft, aber einen vergleichsweise niedrigen Organisationsgrad aus. Erste Versuche der politischen Organisierung bildete der 1996 gegründete Verein „Skinheads Vorarlberg", der jedoch noch im selben Jahr behördlich aufgelöst wurde.

Ende der 1990er Jahre bildete sich in Vorarlberg eine „Blood & Honour"-Bewegung (B&H), die ab dem Jahr 2000 zu den aktivsten rechtsextremen Gruppierungen in Österreich gehörte. Sie organisierte Rechtsrockkonzerte – mit teilweise europaweiter Ausrichtung und über 1000 Besucher_innen – und eigene Treffpunkte. Zudem entstanden mit Tollschock und Stoneheads zwei Vorarlberger B&H-Bands, die CDs produzierten und international auftraten. Rechtsextreme überfielen im Dezember 2000 ein Punklokal (bei diesem Vorfall gab es mehrere Verletzte) und suchten ansonsten vor allem bei antifaschistischen Demonstrationen die Auseinandersetzung mit linksgerichteten Gruppierungen. Während die Sicherheitsbehörden den Aktivitäten von B&H trotz Auftritten einschlägiger neonazistischer Bands anfänglich abwartend zusahen, wurde eine geplante Demonstration im Dezember 2002 in Bregenz schließlich nach öffentlichem Druck untersagt. Begründet wurde die Untersagung mit „strafrechtlichen Tatbeständen der NS-Wiederbetätigung" bei einem B&H-Konzert in Hohenems im Oktober 2002.

In den folgenden Jahren wurden mehrfach geplante Versammlungen und Konzerte behördlich untersagt, „verbotswidriges Musikmaterial" wurde beschlagnahmt und ein Verfahren gegen die Band Stoneheads durchgeführt. Kleinere Konzerte fanden in Vorarlberg jedoch weiterhin statt. Neben Blood & Honour existierten kurzfristig noch andere Gruppierungen aus dem rechten Skinheadmilieu wie „Alemannen Vorarlberg/Club 122".

Analog zur Entwicklung in Deutschland orientierte sich auch Blood &

Honour Vorarlberg zunehmend am Rockermilieu. Im Jahr 2007 gründeten Aktivist_innen den Verein „Motorradfreunde Bodensee“, dessen Lokal in Wolfurt 2008 mehrfach als Veranstaltungsort für Konzerte mit rund 100 Besucher_innen diente.

Im Februar 2009 eskalierte eine Auseinandersetzung in einem Clublokal des Motorradvereins „Outsiders“. Ein 20-jähriger Skinhead wurde durch Messerstiche getötet und ein führender B&H-Aktivist schwer verletzt. Einen Monat später verwüsteten B&H-Aktivist_innen das Clublokal der „Outsiders“. Die Sicherheitsbehörden lösten den Verein „Motorradfreunde Bodensee“ 2009 schließlich wegen „Überschreitung des statutenmäßigen Wirkungsbereiches durch Förderung der Verbreitung von rechtsextremistischem Gedankengut“ auf. Der Verfassungsgerichtshof lehnte 2010 eine Beschwerde gegen die Auflösung ab.

Nach der Auflösung der vereinsmäßigen B&H-Strukturen bildeten sich in Vorarlberg neue rechtsextremistische Gruppierungen heraus. So diente das Projekt „Eine Jugend rebelliert“ (EJR) 2010 der Szene als rechte Sammlungsbewegung. Auf einer eigenen Homepage sowie einer Facebook-Seite verbreitete die Gruppe neben dem Feindbild Islam auch antisemitische Inhalte und Verschwörungstheorien. Kurzzeitig arbeiteten Teile der Gruppe mit der Nationalen Volkspartei (NVP) von Robert Faller zusammen und bewarben die Gründung einer Parteijugend unter dem Namen „Nationale Jugend“ (NJ). Bald darauf lösten sich aber sowohl NJ als auch EJR auf.

Im Jahr 2012 etablierte sich unter dem Namen „Nationale Aktion Vorarlberg“ (NAV) eine neue Gruppierung, die Stammtische und vereinzelte Flugblattaktionen organisierte. Sowohl Inhalt als auch Auftreten orientierten sich am Konzept „Freier Kameradschaften“. Auch in diesem Zusammenhang spielte – wie schon in den 1990er Jahren – die Vernetzung mit Rechtsextremist_innen aus Süddeutschland eine wichtige Rolle – z.B. zum „Freien Netz Süd“ (Bayern) und dessen Nachfolgeorganisation „Der III. Weg“. So nahmen Neonazis des „Freien Netz Süd“ an einem „Heldengedenken“ der NAV im November 2012 am Friedhof in Hohenems teil, während Vorarlberger_innen beim 1.-Mai-Aufmarsch von „Der III. Weg“ 2014 in Plauen mitmarschierten. Die gerichtliche Verurteilung eines führenden Aktivisten im Juli 2014 bedeutete das Ende der NAV.

In der Entwicklung der rechtsextremen Szene in Vorarlberg lässt sich eine Verschiebung weg von subkulturellen Schwerpunkten hin zu ‚klassischem‘ politischen Aktivismus feststellen. Im Unterschied zu Blood & Honour

orientierte sich etwa die NAV eher an Konzepten „freier Kameradschaften“ als an der rechten Skinheadkultur der 1990er Jahre. Über diese Entwicklung hinweg gibt es jedoch bis heute personelle Kontinuitäten und Vernetzungen. Andere Netzwerke wie z.B. einschlägige Teile des Burschenschaftenmilieus spielen in Vorarlberg hingegen derzeit keine wichtige Rolle.

Ein Aufleben von Blood & Honour erfolgte im März 2016 mit einem Konzert der ungarischen Neonazi-Band Indulat, die, begleitet von einem Fanclub aus ungarischen B&H-Mitgliedern, auf ihrer Reise nach Vorarlberg einen Stopp in Braunau einlegte. Bemerkenswert ist, dass dieses Treffen von Neonazis aus Ungarn, der Schweiz, dem süddeutschen Raum und aus Österreich von Polizei und Verfassungsschutz unbemerkt blieb. (vgl. stopptdierechten.at 21.3.2016)

WEITERE VORFÄLLE

In der Nacht von 26. auf 27. Jänner 2013 warfen zwei 21 und 24 Jahre alte Vorarlberger nach einer Geburtstagsfeier einen Brandsatz auf eine Flüchtlingsunterkunft in Batschuns. Medien und Sicherheitsdirektion wiesen auf die Alkoholisierung der Täter hin und machten keinen rechtsextremen Hintergrund aus, obwohl der Haupttäter eine Hakenkreuz-Tätowierung trägt und auch sein Facebook-Account einschlägige Hinweise aufweist. Im Juli 2014 wurden vier Jugendliche am Landesgericht Feldkirch wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung verurteilt. Sie hatten auf offener Straße Lieder mit rechtsextremem Inhalt gesungen und Bilder mit dem Hitlergruß angefertigt. Auf die Dornbirner Messehallen wurden im Mai 2015 zwei Brandsätze geworfen, der Schaden blieb gering. Zu diesem Zeitpunkt waren in einer gerade eröffneten Erstaufnahmeeinrichtung in einer der Messehallen 43 Flüchtlinge untergebracht. Nach einer Serie rechtsextremer Schmierereien in Hohenems und Altach – unter anderem auf einer Asylunterkunft, am jüdischen Museum sowie an Gebäuden am jüdischen und am islamischen Friedhof – wurde im Oktober 2015 der 17-jährige Sohn der Vorarlberger Pegida-Organisatorin als Täter verhaftet. Auf Facebook hatte er u.a. Kontakte zu deutschen Rechtsextremen und Neonazis, und er posierte in einem T-Shirt von „Der III. Weg“.

Im November 2015 nahmen Vorarlberger Neonazis, uniformiert in einheitlichen T-Shirts, an einem Aufmarsch der Identitären Bewegung in Spielfeld teil und waren an einem Angriff auf antifaschistische Gegendemonstrant_innen beteiligt. Im Jänner 2016 wurden in Mäder und Götzis Autos, Verkehrsschilder und ein Bildstock mit Hakenkreuzen und ausländerfeindli-

chen Parolen beschmiert. Im selben Monat wurde ein Wolfurter, der auf Facebook gegen die Flüchtlingsunterkunft in Mäder gehetzt hatte und bei dem im Rahmen einer Hausdurchsuchung belastendes Material gefunden worden war, wegen Wiederbetätigung verurteilt. Im Februar 2016 detonierte vor einer Flüchtlingsunterkunft in Hard ein pyrotechnischer Artikel, mehrere Fensterscheiben gingen zu Bruch.

PEGIDA IN VORARLBERG

Rechtsextremismus zeigt sich nicht nur an den subkulturellen Rändern. Offener Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft macht sich bereits seit Jahren in den Internetkommentarspalten von vol.at oder Facebook bemerkbar. Nicht zuletzt auf diesem Nährboden bildete sich 2015 auch in Vorarlberg eine Pegida-Bewegung.

Der Vorarlberger Kleinableger von Pegida und „Pegida Dreiländereck" aus dem Bodenseeraum mobilisierten mit Unterstützung von Pegida Oberösterreich am 22. März 2015 rund 100 Anhänger_innen nach Bregenz, wobei ein Großteil aus dem benachbarten Ausland kam. An der Kundgebung beteiligte sich auch eine Gruppe aus der rechten Vorarlberger Skinheadszene. Die Hohenemser Organisatorin von Pegida Vorarlberg selbst durfte keine Ansprache halten, stattdessen traten Redner aus Deutschland, der Schweiz und Oberösterreich ans Mikrofon.

Trotz der geringen Teilnehmer_innenzahl der ersten Kundgebung sollte am 9. Mai 2015 ein weiterer Pegida-Auftritt in Vorarlberg stattfinden. Allerdings untersagten die Sicherheitsbehörden nach Vorermittlungen die geplante Demonstration, da zu erwarten gewesen wäre, „dass es während der Versammlung Verstöße gegen das Strafrecht gegeben hätte" (Landespolizeidirektion Vorarlberg 5.5.2015).

Im Jänner 2016 konnte die Facebook-Seite Pegida Vorarlberg auf rund 3.500 Likes verweisen. Angesichts der schwachen Beteiligung an der bislang einzigen bisherigen Pegida-Kundgebung lässt sich dieses Potenzial offenbar schwer auf die Straße übertragen.

TÜRKISCHER RECHTSEXTREMISMUS, GRAUE WÖLFE UND ISLAMISMUS

Eine wenn auch derzeit untergeordnete Rolle im Vorarlberger Rechtsextremismus spielen die „Grauen Wölfe", also türkisch-nationalistische Rechtsextremist_innen. (Siehe hierzu auch den Beitrag von Thomas Schmidinger.) In Vorarlberg gibt es mehrere Kultur-, Sport- und Freizeitvereine, die entweder

der rechtsextremen MHP (Partei der nationalen Bewegung) oder der radikaleren national-islamistischen Abspaltung BBP nahestehen. Zudem entstand in den letzten Jahren auch in Vorarlberg eine islamistische Szene, die nach Angaben der Sicherheitsdirektion allerdings weitaus schwächer organisiert ist als in anderen Ländern.

Das Mobilisierungspotenzial des türkisch-kurdischen Konflikts und anderer Auseinandersetzungen im Nahen Osten ist in Vorarlberg nicht zu unterschätzen – und mit ihm auch die Perspektiven für wachsenden migrantischen Rechtsextremismus. Einige der größten Demonstrationen im Ländle in den vergangenen Jahren hatten die genannten Konflikte zum Inhalt. Im September 2015 demonstrierten in Bregenz 2.000 Türk_innen gegen die PKK, im Juli 2014 nahmen rund 1.600 Personen an einer „Pro-Gaza-Demo" teil. Eine kleine Gruppe antifaschistischer Gegendemonstrant_innen mit Israel-Fahne wurde dabei mit Steinen beworfen, und vor dem Bregenzer Festspielhaus hetzte ein Prediger gegen Israel als „den Volksstamm, der von Allah verdammt wurde". Im Oktober 2014 kam es bei einer kurdischen Demonstration in Bregenz zu einer Auseinandersetzung zwischen Demonstrationsteilnehmer_innen und etwa 40 türkischstämmigen sowie tschetschenischen Gegendemonstrant_innen, bei der drei Personen teilweise schwer verletzt wurden.

LITERATUR

Landespolizeidirektion Vorarlberg: Untersagung einer Versammlung am 09.05.2015 (5.5.2015), online: https://polizeitext.wordpress.com/2015/05/05/untersagung-einer-versammlung-am-09-05-2015 [15.4.2016]

stopptdierechten.at: Vorarlberg: Neonazis formieren sich wieder (21.3.2016), online: http://www.stopptdierechten.at/2016/03/21/vorarlberg-neonazis-formieren-sich-wieder [15.4.2016]

I. WIEN

N. N.

Im Berichtsjahr 2015 zeigt sich Wien wie schon in den Jahren zuvor als Knotenpunkt des organisierten Rechtsextremismus in Österreich.

STRACHE VERLIERT

Im August 2015 kam es zu einem bemerkenswerten Richterspruch gegen Heinz-Christian Strache. DJ Mosaken hatte auf der Facebook-Seite „Kein Respekt für Volkshetzer!" Fotos von Hitler und Strache gepostet. Strache klagte wegen Beleidigung und verlor den Prozess. Der Richter argumentierte, der „Volkshetzer" sei „aber praktisch notorisch, um nicht zu sagen: Herr Strache liefert dafür laufend ein Tatsachensubstrat". (vgl. stopptdierechten.at 1.9.2015)

FPÖ-KANDIDAT_INNEN FÜR DIE GEMEINDERATSWAHL 2015

Für die Wiener Gemeinde- und Landtagswahl 2015 fanden sich auf den Wähler_innenliste der FPÖ einschlägig bekannte Personen wieder. (vgl. stopptdierechten.at 9.10.2015) Eine Auswahl: In der Leopoldstadt kandidierte Franz Lindenbauer, der sich 2010 mit einem aufgemalten Hakenkreuz präsentierte, auf dem zweiten Listenplatz. Werner Grebner (Landstraße, Listenplatz 3) hat im rechtsextremen Ares-Verlag ein Buch über den Gefreiten Adolf Hitler publiziert. Markus Gudenus (Wieden, Listenplatz 6) wurde 2009 im Zusammenhang mit einem Schreiben von Peter Fichtenbauer, das auf Nazi-Seiten wie alpen-donau.info faksimiliert zu finden war, um diesen zu diskreditieren, einschlägig bekannt. Das Schreiben wurde über das Haus Gudenus übermittelt. (vgl. Zöchling 13.7.2010)

Auf Listenplatz 18 in Margareten und auf dem Stadtwahlvorschlag trat Bernadette Conrads für die FPÖ an. Sie war bis vor kurzem Aktivistin der neofaschistischen Identitären. Ihre Kandidatur ist offensichtlich als Signal an diese Gruppe zu deuten. Auch Leo Kohlbauer (Mariahilf, Listenplatz 1) erhielt Unterstützung durch Identitäre. Maximilian Krauss (Josefstadt, Listenplatz 1) markiert mit seinen Positionen und Forderungen („chemische Kastration", „Minuszuwanderung", „Ausländerklassen" usw.) den rechten Rand der FPÖ und wurde von Bürgermeister Michael Häupl als Vizestadtschulratspräsident abgelehnt. In Favoriten kandidierte Gerhard Sailer auf einem hinteren Listenplatz, ein Mitbegründer der neonazistischen Gruppe Aktion Neue Rechte

(ANR), der maßgeblich an der Kampagne der Ausländer-Halt-Bewegung beteiligt war und die Liste „NEIN zur Ausländerflut“ unterstützte. Markus Lebisch (Simmering, Listenplatz 7) befand sich auf einer Besteller_innenliste des stark rechtsextremen Thor-Steinar-Versands. In Rudolfsheim-Fünfhaus kandidierte Martin Hobek auf Platz 2: „Hobek war viele Jahre Publizist der rechtsextremen Zeitschriften *Aula* und *Eckartbote,* gemeinsam mit dem später wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung verurteilten Franz Radl kämpfte er für den Erhalt des Siegfriedskopfs an der Universität Wien.“ (Horaczek 30.9.2015, 13) Neben seiner Tätigkeit als Referent für Integration im Rathausklub der FPÖ war er laut „Falter“ Leiter der blauen „Beobachtungsstelle Inländerdiskriminierung“. Der Wiener RFJ-Funktionär Michael Oberlechner (Ottakring, Listenplatz 1) „und drei seiner Begleiter“ stimmten in einem Bus auf der Fahrt zum FPÖ-Bundesparteitag in Salzburg „in einer für das gesamte Fahrzeuginnere vernehmbaren Lautstärke“ das Horst-Wessel-Lied an. Dies berichtet zumindest der niederösterreichische RFJ-Obmann Udo Landbauer.

AKADEMIKERBALL

Den Anfang des Kalenderjahres rechtsextremer Ereignisse bildet in Wien traditionell der Akademikerball (früher WKR-Ball) der FPÖ, der als eines der größten Vernetzungstreffen der europäischen Rechtsextremismus-Szene, gleichsam als „rechtsextreme Internationale“ gilt. Prominente Vertreter_innen der neonazistischen Deutschen Volksunion (DVU) oder des rechtsextremen Vlaams Belang sowie einige Holocaust-Leugner_innen waren auf dem Ball zu Gast. Immer wieder kommt es am Rande der und bei Protesten gegen die Veranstaltung zu Angriffen organisierter Rechtsextremer auf Antifaschist_innen und andere Bürger_innen. 2015 ermittelte die Wiener Polizei wegen einer antisemitischen Attacke auf zwei Männer in der Kärntner Straße. Diese waren von vier bis fünf Rechtsextremen als „Scheißjuden“ beschimpft, bedroht und mit Pfefferspray attackiert worden. (vgl. stopptdierechten.at 2.2.2015)

PEGIDA

Pegida („Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“) ist eine rassistische und rechtsextreme Organisation, deren Konzept ursprünglich aus Deutschland stammt und 2015 auch in Österreich Fuß fasste. Gegen mehrere Pegida-Organisator_innen sind in Deutschland Strafverfah-

ren anhängig: Der Vorsitzende von Pegida Deutschland sieht sich einer Anklage wegen Volksverhetzung konfrontiert, gegen andere Vorstandsmitglieder und Organisatoren wird – teils wegen terroristischer Vereinigung, teils wegen geplanter Anschläge auf Flüchtlingsheime – ermittelt. Die deutschen Behörden zählten von Oktober 2014 bis November 2015 insgesamt 940 rechtsextreme Straftaten. (vgl. Meisner 24.11.2015)

Am 2. Februar 2015 marschierte Pegida zum ersten Mal auch in Wien auf. Identitäre, neonazistische Hooligans und Burschenschafter bildeten den Kern der Versammlung, deren Hauptteil durch massive antifaschistische Protesten verhindert wurde. Versammlungsteilnehmer_innen hoben mehrfach die Arme zum Hitler- und Kühnen-Gruß und skandierten neben antiislamischen Parolen auch antisemitische Sprüche. Während sich etwa 300 Rechtsextreme und Neonazis versammelten, mobilisierten die Gegenproteste rund 5.000 Antifaschist_innen. Die Polizei schritt nicht ein, als mehrfach der Hitler-Gruß gezeigt wurde, kesselte aber Dutzende Journalist_innen ein, die über den rechtsextremen Aufmarsch berichten wollten. Es wurden acht Anzeigen wegen NS-Wiederbetätigung erstattet. (vgl. stopptdierechten.at 3.2.2015)

Am 19. April 2015 veranstaltete Pegida Wien eine Kundgebung am Wiener Karlsplatz, an der sich etwa 200 Personen beteiligten. Die Polizei erstatte Anzeige gegen sechs Personen wegen NS-Wiederbetätigung. Aufgrund der zahlreich gezeigten Kühnen-Grüße unterbrach ein Pegida-Sprecher seine Rede und empfahl den Teilnehmenden zu überlegen, „wie ihr eure Hände einsetzt“ (wien.orf.at 19.4.2015).

IDENTITÄRE

Mitglieder der neofaschistischen Identitären besetzten am 5. Jänner 2015, während einer Demonstration von Pegida in Dresden, den sächsischen Landtag. An der Aktion beteiligten sich auch Wiener Kader der Identitären. Der sächsische Landtagspräsident erstattete gegen insgesamt 18 Personen, darunter auch angeblich mindestens drei Österreicher, Anzeige wegen des Verdachts auf Hausfriedensbruch. An der Aktion beteiligt war auch ein amtsbekannter Neonazi aus Zwickau, der Mitglied beim „Schutzbund Zwickau“, später bei den „Nationalen Sozialisten Zwickau“ war und mit dem NSU-Unterstützer Andre Eminger befreundet ist.

Am 6. Juni marschierten etwa 200 bis 300 Identitäre in Wien-Favoriten auf. Die Aktion wurde mehrmals durch Sitzblockaden unterbrochen und musste auf halber Wegstrecke beendet werden. Während der Demonstrati-

on setzten Identitäre durch bengalische Feuer das Dach der U-Bahn-Station Reumannplatz in Brand. Nach der Demonstration kam es zu Ausschreitungen und Attacken auf Antifaschist_innen. Dabei wurde zumindest ein Antifaschist verletzt und mit Kopfverletzungen ins Krankenhaus gebracht. Im Prater kam es zu einem gewalttätigen Angriff von Identitären auf einen als Gewerkschafter gekennzeichneten Beobachter. (vgl. Der Standard 6.6.2015)

„UNSTERBLICH"-PROZESS

Am 20. April 2015 wurde das Urteil im Prozess betreffend den Angriff von Rechtsextremist_innen auf das Ernst-Kirchweger-Haus (EKH) verkündet. Im Oktober 2013 hatten Hooligans, die meisten von ihnen Mitglieder des neonazistischen Austria-Wien-Fanclubs „Unsterblich Wien" (der Status als Fanclub wurde mittlerweile aberkannt), vermutlich gemeinsam mit einigen Nazi-Hools von „Eisern Wien" eine Gewerkschaftssitzung der Arbeiterkammerfraktion „KomIntern" überfallen, ein Gewerkschafter wurde schwer verletzt. Als die Anwesenden die Angreifer_innen aus dem Haus drängten, wurde ein Angreifer ebenfalls verletzt.

Als rechtspolitischer Skandal wird vielfach gewertet, dass sich die Anklage auch gegen zwei Gewerkschafter richtete und auf schwere Körperverletzung erweitert wurde. Zwei Angreifer und beide Gewerkschafter wurden schuldig gesprochen und zu bedingten Haftstrafen verurteilt. (vgl. prozess.report 20.4.2015)

LITERATUR

APA: Zwischenfälle bei Identitären-Demo in Wien. In: Der Standard vom 12.6.2015, online unter: http://derstandard.at/2000017057903/Vereinzelte-Zwischenfaelle-bei-Identitaeren-Demo [5.4.2016]

Horaczek, Nina: Ausländerfrei, Anti-Antifa und Berufsschwuchtel. In: Der Falter 40/15 vom 30.9.2015, 13.

Meisner, Matthias: Von Körperverletzung bis Hitlergruß: Bei Pegida und Co. grassiert die Gewalt. In: Tagesspiegel vom 24.11.2015, online: http://www.tagesspiegel.de/politik/von-koerperverletzung-bis-hitlergruss-bei-pegida-und-co-grassiert-die-gewalt/12631012.html [5.4.2016]

prozess.report: Unsterblich-Prozess (20.4.2015), online: http://prozess.report/ekh-prozess/ [5.4.2016]

stopptdierechten.at: FPÖ-Wien: Merkwürdige KandidatInnen (9.10.2015), online: http://www.stopptdierechten.at/2015/10/09/fpo-wien-merkwurdige-kandidatinnen/ [5.4.2016]

stopptdierechten.at: Landesgericht Wien: Strache liefert laufend Hetze (1.9.2015), online: http://www.stopptdierechten.at/2015/09/01/landesgericht-wien-strache-liefert-laufend-hetze/ [5.4.2016]

stopptdierechten.at: Österreichische Identitäre besetzten Landtag in Dresden (31.1.2015), online: http://www.stopptdierechten.at/2015/01/31/osterreichische-identitare-besetzten-landtag-in-dresden/ [5.4.2016]

stopptdierechten.at: Unseriöse Bürgerrechtsbewegung abgesoffen (3.2.2015), http://www.stopptdierechten.at/2015/02/03/unseriose-burgerrechtsbewegung-abgesoffen/ [5. April 2016]

stopptdierechten.at: Wien: Antisemitische Attacke (2.2.2015), online http://www.stopptdierechten.at/2015/02/02/wien-antisemitische-attacke/ [5.4.2016]

wien.orf.at: PEGIDA: Sechs Anzeigen wegen Hitlergrußes (19.4.2015), online: http://wien.orf.at/news/stories/2706091/ [5.4.2016]

Zöchling, Christa: Die Alpennazi-Saga. In: profil vom 13.7.2010, online: http://www.profil.at/home/die-alpennazi-saga-273201 [23.4.2016]

5. FPÖ UND RECHTSEXTREMISMUS: PARTEIPROGRAMM UND HANDBUCH ALS IDEOLOGISCHE UNTERFÜTTERUNG

KARL ÖLLINGER

Obwohl die FPÖ auch in den letzten Jahren immer wieder Versuche unternommen hat, besonders auffällige rechtsextreme Funktionär_innen durch Ausschluss (Werner Königshofer, Susanne Winter), Funktionsverlust (Barbara Rosenkranz), Rücktritt vom Mandat (Hildegard Schwaiger) oder von der Kandidatur (Andreas Mölzer) zu maßregeln, tauchen unentwegt neue ‚Einzelfälle' auf. Die Partei hat für die meisten dieser Fälle den „freiwilligen Austritt" als übliche Praxis perfektioniert, erspart dieser doch die öffentliche Schmutzwäsche. So hat die Öffentlichkeit kaum bemerkt, dass in Bad Aussee mehrere Monate lang, bis Anfang 2015, ein FPÖ-Obmann tätig war, der zuvor als Vertreter der neonazistischen „Europäischen Aktion" im Ausseerland umtriebig gewesen war. (vgl. stopptdierechten 5.5.2015) Auch im Fall des Klubobmannes der FPÖ im Linzer Gemeinderat, der im Frühjahr 2013 über seine Kontakte zu Neonazis gestolpert war, wurde die öffentliche Debatte für die FPÖ durch „freiwilligen Austritt" ebenso rasch beendet wie bei den vielen anderen FPÖ-Gemeinderät_innen in diversen Bundesländern, die die Partei in den letzten Jahren nach einschlägigen Vorfällen ohne großes Aufsehen verließen.

Die personelle Besetzung wichtiger FPÖ-Funktionen vorwiegend mit Mitgliedern von akademischen und pennalen deutschvölkischen Korporationen, die auch einen hohen Anteil bei den Abgeordneten zum Europäischen Parlament, zum Nationalrat und Bundesrat sowie zu den Landtagen stellen, ist ein weiteres Indiz für die starken rechtsextremen Tendenzen in der FPÖ und wird im Beitrag von Bernhard Weidinger ausführlich dargestellt. Was bei der deskriptiven Aufzählung der zahlreichen und sich regelmäßig wiederholenden rechtsextremen „Einzelfälle" in der FPÖ zu wenig beachtet wird, ist die Frage, ob der Rechtsextremismus in der FPÖ seinen Einfluss vorwiegend über personelle Netzwerke erhält oder sich auch auf programmatische Elemente oder Versatzstücke stützt.

Der Stellenwert von Programmen für die politische Praxis ist bei fast allen Parteien relativ bescheiden, dennoch gilt fast durchgehend, dass sich in den Partei- oder Grundsatzprogrammen das ideelle Substrat, die Vision einer Partei, die ‚Werte' abbilden – um die gegebenenfalls auch heftig gestritten wird. Wie sieht das bei der FPÖ aus?

Auf dem im Juni 2011 in Graz abgehaltenen Parteitag wurde ein für das Selbstverständnis der FPÖ wichtiger symbolischer Akt gesetzt: Das 1997 eliminierte Bekenntnis zur deutschen Volksgemeinschaft wurde wieder in das Programm aufgenommen – mit der Formulierung, dass die „überwiegende Mehrheit der Österreicher [...] Teil der deutschen Volks-, Sprach- und Kulturgemeinschaft [ist]" (Parteiprogramm 2011, 5).

Verblüffend dabei ist, dass der seit der NS-Ära völlig diskreditierte Begriff der „deutschen Volksgemeinschaft" von der Freiheitlichen Partei Österreichs für so wichtig erachtet wird, dass er, nachdem er unter Jörg Haider weitgehend entsorgt worden war, nun wieder im Parteiprogramm auftaucht. Soweit erkennbar, gab es im Vorfeld des Parteitags kaum Kontroversen. Strittig war lediglich die Forderung der Parteirechten, einer Religionsgemeinschaft den Status als Körperschaft öffentlichen Rechts abzuerkennen, wenn jene „beharrlich die Verfassung bekämpft" (Pink 23.1.2011). Der Passus zur „deutschen Volksgemeinschaft" hingegen wurde ohne Gegenstimmen beschlossen.

In der öffentlichen Debatte zum Parteitag wurde das neue Parteiprogramm als „leicht konsumierbare kleine Happen" (Thomas Hofer, zit. nach Zaunbauer 2011) für das Wahlvolk und als „Signal nach innen" (Peter Filzmaier, zit. nach Kapeller 2011) interpretiert. Während Andreas Mölzer das wieder aufgenommene Bekenntnis zur deutschen Volks-, Sprach- und Kulturgemeinschaft lobte, weil es ein „zentraler Traditionsbestandteil" (Pink 18.6.2011) sei, dessen Ursprünge Mölzer in das national-liberale Lager der Monarchie verlegte, wollten die meisten Kommentatoren nur wenig mehr darin sehen als eine skurrile Marotte oder eine Beruhigungspille für ein paar Burschenschafter. Selbst ein kritischer Historiker wie Gerhard Zeilinger sah im Parteiprogramm und in der programmatisch-symbolischen Formulierung von der „deutschen Volksgemeinschaft" nur einen „Ruck von Rechts nach Rechts" (vgl. Zeilinger 2011).

Was sich aus dem Bekenntnis der FPÖ zur „deutschen Volksgemeinschaft" ableiten lässt, wird in der Folge an konkreten Forderungen und Formulierungen aus dem „Handbuch freiheitlicher Politik" dargestellt.

Der Begriff „Volksgemeinschaft" – daran ändert auch der kleine Trick von Mölzer mit der Verlegung des Ursprungs in die Monarchie nichts – wurde zwar schon vor dem Nationalsozialismus von den Deutschvölkischen verwendet, aber erst die Nazis machten ihn zu einem ideologischen Schlüsselbegriff ihrer auf Blut bzw. Abstammung und Rasse begründeten völkischen Schicksalsgemeinschaft, die über jede Zuordnung zu einem Staat oder einem Staatsvolk hinausgeht.

Im aktuellen Verbotsantrag des Deutschen Bundesrates betreffend die NPD nehmen der Begriff der „Volksgemeinschaft“ und dessen ethnische Zuordnung (die auch in der FPÖ-Formulierung von der deutschen Volks-, Sprach und Kulturgemeinschaft angelegt ist) als Basis des politischen Programms jener Partei großen Stellenwert ein. So heißt es dort etwa: „Den nicht der Volksgemeinschaft in dem dargelegten ethnischen Sinn Zugehörigen wird nach der Programmatik der NPD generell und systematisch ein niedrigerer Rechtsstatus zugewiesen.“ (Janisch 2013) Eine derart offene Diskriminierung anderer ethnischer Gruppen, wie sie die NPD vertritt, findet sich im Parteiprogramm der FPÖ nicht. Das „Handbuch freiheitlicher Politik“ lehnt allerdings die aktuelle Gleichbehandlungspolitik ab, in der niemand aufgrund seiner Ethnie, Religion, des Alters oder der sexuellen Orientierung diskriminiert werden darf: „Solche Einschränkungen der Privatautonomie auf dem Altar eines weltfremden Gutmenschentums lehnen wir ab.“ (FPÖ-Bildungsinstitut 2013, 28)

Zum Parteitag der FPÖ im Juni 2013 wurde eine überarbeitete vierte Auflage des Handbuches präsentiert. Im Vorfeld dieses Ereignisses gab es eine kurze, aufgeregte Debatte über Begriffe und Passagen aus dem alten Handbuch, wie etwa „Minus-Zuwanderung“. Der stellvertretende FPÖ-Parteichef Norbert Hofer, der für das Handbuch ebenso redaktionell verantwortlich war wie für das Parteiprogramm von 2011, verteidigte die von SPÖ, ÖVP und Grünen kritisierten Passagen und Begriffe und kündigte an, dass diese auch in die Neuauflage aufgenommen würden. Parteichef Heinz-Christian Strache warf den anderen Parteien vor, sich als „Schutzpatron der Kriminellen“ (APA 21.5.2013) aufzuspielen. Damit war die Debatte über das Handbuch aber beendet und wurde auch nicht wieder aufgenommen, als im Juni 2013 dessen bis heute gültige vierte Auflage präsentiert wurde.

Als Anfang Juni 2015 Funktionär_innen der Wiener FPÖ Flüchtlinge mit Kindern, die das Wohnheim in der Erdbergstraße aufsuchten, im Rahmen einer Kundgebung mit Schildern und einem Banner „Nein zum Asylantenheim“ begrüßten, hagelte es Proteste. Dabei versuchten die Funktionär_innen nur das umzusetzen, was in ihrem Handbuch steht: „Ziel muss es daher sein, nach dem Prinzip der ‚Minus-Zuwanderung‘ in Österreich aufhältige Ausländer wieder in ihre Heimat zurückzuführen.“ (FPÖ-Bildungsinstitut 2013, 31)

Die meisten der knapp zwei Dutzend blauen Demonstrant_innen vor der Asylunterkunft waren Funktionär_innen der FPÖ Wien-Landstraße, also jenes Bezirkes, in dem Bundesparteiobmann Strache auch Bezirkspartei-

obmann ist. Auf der Website der Bezirks-FPÖ fanden sich bis Anfang Juni 2015 programmatische Ausführungen, als „allgemeine Leitgedanken FPÖ Landstraße" bezeichnet, die im Kapitel „Überlegungen für eine nachhaltige Lösung des Überfremdungsproblems" die wohl radikalsten und brutalsten Vorstellungen einer Partei seit dem 25-Punkte-Programm der NSDAP enthalten. Gleich einleitend hieß es: „Als geeigneten Ansatz zur Lösung des Überfremdungsproblems sehen wir nicht die Forderung nach rein äußerlichen Integrationsgesten der Masse der weder assimilationsfähigen und/oder -willigen kulturfremden legalen und illegalen Zuwanderer, die sich heute in Österreich befinden, sondern nur den der nachhaltigen Rückführung dieser unsere kulturelle Identität bedrohenden Massen." (FPÖ Landstraße zit. nach stopptdierechten.at 10.6.2015)

In den Unterkapiteln „Zuwanderungsstopp", „Abschiebung", „Rückführung" und „Asylrechtsreform" wird dann teilweise bis ins Detail ausgeführt, wie die Freiheitlichen aus Straches Bezirk das „Überfremdungsproblem" lösen wollen, etwa durch „Rückführung der bisher legal aufhältigen Fremden" – ausgenommen Menschen aus Staaten, die an Österreich angrenzen, und aus ehemaligen habsburgischen Kronländern. (stopptdierechten.at 10.6.2015) Die Peinlichkeit so mancher Ausführung machte es der Wiener Partei leicht, die Dokumente als Privatmeinung eines ungenannt bleibenden Internetbeauftragten der FPÖ Wien-Landstraße darzustellen. Die „allgemeinen Leitgedanken" verschwanden von der Website – kommentiert nur vom damaligen FPÖ-Landesparteisekretär Hans-Jörg Jenewein, der erklärte: „Die Privatmeinung eines Funktionärs, der diese Punkte offenbar für die FPÖ-Wien/Landstraße formuliert hat, ist durch kein Programm, durch keinen Beschluss und durch keinen inhaltlichen Antrag legitimiert und spiegelt daher auch nicht die Meinung der FPÖ-Wien wieder [sic!]." (APA 7.6.2015)

Ähnliche Reaktionen gab es, als nur wenig später, im August 2015, der „Phasenplan für eine nachhaltige Rückwanderungspolitik" des Freiheitlichen Akademikerverbandes (FAV) Salzburg bekannt wurde. Was mit arbeitslos gewordenen Immigrant_innen passieren soll, wird etwa in der Stufe 4 in zynischer Bürokratensprache im Detail beschrieben: „Mit dem Erlöschen der Voraussetzungen der Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung (in der Regel verbunden mit dem Verlust oder Nichtantreten von Arbeit) hat der Ausländer die legale Basis des Aufenthalts verloren und muss innerhalb eines Monats in sein Herkunftsland zurückkehren. Dasselbe gilt für länger als einen Monat arbeitslose Fremde. Tut er dies nicht von sich aus, ist er zu bestrafen

(Verwaltungsstrafe genügt) und abzuschieben. Abzuschiebende haben keinen Anspruch auf Sozialhilfe und sind bis zu ihrer faktischen Abschiebung in Arbeitslagern unterzubringen." (FAV Salzburg zit. nach stopptdierechten.at 27.8.2015)

Andreas Schöppl, damals interimistischer Chef der von einer Parteispaltung gebeutelten Salzburger FPÖ, versuchte mit einer institutionellen Distanzierung Abstand zu den braunen Phantasien zu schaffen: „Der Freiheitliche Akademikerverband Salzburg ist bekanntermaßen keine Vorfeldorganisation der Freiheitlichen. Allein deshalb schon können dessen Aussagen nicht einfach der FPÖ zugeordnet werden." (APA 28.8.2015)

Schöppl vergaß dabei zu erwähnen, dass er selbst erst ein Jahr zuvor nach 15 Jahren Mitgliedschaft dem FAV Salzburg den Rücken gekehrt hatte – aber nicht wegen des „Phasenplans", sondern weil der FAV kurzzeitig einen Vorsitzenden hatte, der beim Team Stronach werkte. Die Neonazis von alpen-donau.info erwähnten den „Phasenplan" des FAV Salzburg schon 2009 lobend auf ihrer braunen Homepage.

HOFERS HANDBUCH

Sowohl der „Phasenplan für eine nachhaltige Rückwanderungspolitik" des FAV als auch die „Überlegungen für eine nachhaltige Lösung des Überfremdungsproblems" der FPÖ Wien-Landstraße finden ihre Entsprechung und Grundlage in der schon zitierten Passage aus dem „Handbuch freiheitlicher Politik", das sich der „Minus-Zuwanderung" widmet.

„Ich wünsche Ihnen viel Vergnügen bei der Lektüre dieses Leitfadens und bitte Sie im Rahmen der Umsetzung um Ihre Unterstützung" (FPÖ-Bildungsinstitut 2013, 25), erklärt der stellvertretende Parteichef Norbert Hofer in seinem Vorwort zur vierten Auflage des Handbuches, das noch manch andere Forderung und programmatische Festlegung enthält, die das „Vergnügen" in extrem rechten Grenzen hält.

Was der FAV Salzburg und die FPÖ Landstraße bzw. deren Internetbeauftragter mühsam ihrer Phantasie abzuringen hatten, findet sich in Hofers Handbuch in schnoddrigen und zynischen Feststellungen: „Gastarbeiter, die in Österreich arbeitslos werden, haben die Möglichkeit, im Heimatland Arbeit zu finden." Warum sie nach Hause müssen, erklärt der Satz davor: „Gastarbeiter müssen mit ihrem Einkommen nicht in unser Arbeitslosenversicherungssystem einbezahlen, weil das öffentliche Arbeitslosenversicherungssystem dazu dient, österreichische Arbeitslose zu vermitteln." (FPÖ-Bildungsinstitut 2013, 113)

Da fehlen zwar noch die Arbeitslagerträume des FAV Salzburg, aber sonst sind alle Ingredienzen für eine radikale Abschiebepolitik vorhanden. Zuwanderer_innen, die konsequent wieder „Gastarbeiter" genannt werden, um ihren nur vorübergehenden Aufenthalt deutlich zu machen, sollen nicht arbeitslosenversichert sein. Das macht sie – bezogen auf die Lohnkosten – billiger für den Arbeitgeber, was die Arbeitsplatzkonkurrenz mit Österreicher_innen verschärft. Das auch deshalb, weil sie nach einem Verlust des Arbeitsplatzes ohne Arbeitslosengeld auskommen müssten.

„Gastarbeitslosigkeit muss unterbunden werden" (FPÖ-Bildungsinstitut 2013, 115), heißt es drohend im Kapitel „Arbeitslosigkeit und Gastarbeitslosigkeit". Das Arbeitsmarktservice hat sich nach Vorstellung der FPÖ „ausschließlich mit der Vermittlung von österreichischen Arbeitskräften zu befassen". Damit die „Gastarbeiter" nicht die gleiche rechtliche Stellung wie inländische Arbeitnehmer_innen erhalten, wird der „Befreiungsschein" gestrichen.

Für „Gastarbeiter" soll außerdem eine „für ihren vorübergehenden Aufenthalt maßgeschneiderte" Sozialversicherung „ohne Fehlbetragsausgleich durch die öffentliche Hand" (FPÖ Bildungsinstitut 2013, 113) geschaffen werden. Unabhängig davon, dass sie vermutlich weder verfassungs- noch europarechtskonform wären, hätten derartige Bestimmungen massive Auswirkungen auf die Pensionen und die Gesundheitsversorgung von Arbeitsmigrant_innen (vor allem im Spitalsbereich). Die soziale Versorgung von Arbeitsmigrant_innen wäre in großen Bereichen abgekoppelt vom Sozialsystem für Österreicher_innen und bei Arbeitslosigkeit überhaupt nicht vorhanden – ein soziales Apartheidsystem entlang den Kriterien nationaler Zugehörigkeit.

Es gibt aber auch Passagen, die noch darüber hinausgehen und ethnische Kriterien für den Bezug einer Sozialleistung definieren. Das Kinderbetreuungsgeld soll zu einem „Erziehungsgehalt für inländische Familien" umgewandelt werden. Dazu wird nur Folgendes ausgeführt: „Dies ist keine soziale Frage, sondern eine Frage der Herstellung von Gerechtigkeit, und in weiterer Folge eine Frage des Überlebens unseres Volkes." (FPÖ-Bildungsinstitut 2013, 147) Da ist es wieder, das Volk – in seinem Überleben bedroht. Jetzt könnte man sich damit trösten, dass der Volksbegriff ja vielleicht nicht näher definiert ist und daher dem Begriff „Bevölkerung" entspricht. Aber beim „Volk" kennen die Freiheitlichen keine Uneindeutigkeit. Da gibt es das Staatsvolk, das für die FPÖ aus der mehrheitlich deutschen Volks-, Kultur- und Sprachgemeinschaft und den autochthonen Minderheiten besteht. Wen

die FPÖ mit „unserem“ Volk meint, das Probleme mit dem Überleben hat, das ist im Parteiprogramm klar definiert: „Die überwiegende Mehrheit der Österreicher ist Teil der deutschen Volks-, Sprach- und Kulturgemeinschaft. Unsere autochthonen Volksgruppen der Burgenlandkroaten, Slowenen, Ungarn, Tschechen, Slowaken und Roma sind als historisch ansässige Minderheiten eine Bereicherung und integrierter Bestandteil Österreichs und unseres Staatsvolkes.“ (FPÖ-Parteiprogramm 2011, 5)

Die Einschränkung des geplanten blauen Erziehungsgehalts auf „inländische Familien“ bleibt zunächst hinsichtlich ihrer Trennlinie unscharf: Stellt sie auf die Staatszugehörigkeit ab, oder will sie ein völkisches und damit eindeutig rassistisches Kriterium einführen? Klar beantwortet wird diese Frage im „Handbuch freiheitlicher Politik“ im Kapitel über die Pensionen. Dort heißt es: „Generative Beiträge der autochthonen Bevölkerung müssen ohne Ersatzzahlungen berücksichtigt und monetären Beiträgen gleichgesetzt werden.“ (FPÖ-Bildungsinstitut 2013, 162) Hinter dem Terminus „generative Beiträge“ verbirgt sich verschämt die Reproduktionsleistung – oder noch deutlicher: Es sind die Geburtenbeiträge der „autochthonen Bevölkerung“ gemeint. Selbst wenn man in Rechnung stellt, dass die FPÖ scheinbar generös (nicht generativ) die autochthonen Minderheiten einbezieht: Die zugewanderten Familien und ihre Kinder bleiben nach den Vorstellungen der FPÖ von der Anrechnung der Kindererziehungszeiten bei den Pensionen ausgeschlossen.

Damit sind im „Handbuch freiheitlicher Politik“ neben klaren Forderungen nach „Minus-Zuwanderung“ bzw. Abschiebung aller Ausländer_innen nach ihrer deutlichen Schlechterstellung durch ein eigenes, begrenztes, Apartheid-ähnliches Sozialsystem, das aber zumindest noch die Staatsbürgerschaft berücksichtigt, zum ersten Mal auch Forderungen enthalten, die auf die Zuordnung zu einem Volk, einer Volksgemeinschaft – im Pensionskapitel ausgeführt als „autochthone Bevölkerung“ – abstellen. Das verknüpft soziale Errungenschaften und Leistungen mit ethnischen Kriterien. Die „deutsche Volksgemeinschaft“ aus dem Parteiprogramm ist damit mehr als eine bloß symbolische Beschwörung. Sie ist Handlungselement einer Partei, die damit deutlich rechtsextreme Positionen aufweist.

LITERATUR

APA: FPÖ-Schöppl: Klarstellung zu Freiheitlichem Akademikerverband Salzburg (26.8.2015), online: http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20150826_OTS0171/fpoe-schoeppl-klarstellung-zu-freiheitlichem-akademikerverband-salzburg [21.3.2016]

APA: Jenewein: Forderungen auf der Homepage der FPÖ-Wien/Landstrasse sind keine freiheitlichen Programmpunkte! (7.6.2015), online: http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20150607_OTS0024/jenewein-forderungen-auf-der-homepage-der-fpoe-wienlandstrasse-sind-keine-freiheitlichen-programmpunkte [21.3.2016]

APA: Strache verteidigt umstrittene Handbuch-Passagen (21.5.2013), online: http://www.salzburg.com/nachrichten/oesterreich/politik/sn/artikel/strache-verteidigt-umstrittene-handbuch-passagen-59725/ [21.3.2016]

FPÖ-Bildungsinstitut: Handbuch freiheitlicher Politik. Ein Leitfaden für Führungsfunktionäre und Mandatsträger der Freiheitlichen Partei Österreichs (4. Auflage 2013), online: https://www.fpoe.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe.at/dokumente/2015/Handbuch_freiheitlicher_Politik_WEB.pdf [21.3.2016]

Janisch, Wolfgang: Hitlerpartei im neuen Gewand. In: Süddeutsche vom 2.12.2013, online: http://www.sueddeutsche.de/politik/npd-verbotsantrag-hitlerpartei-im-neuen-gewand-1.1832907 [21.3.2016]

Kapeller, Lukas: FPÖ-Programm: „Es geht um inneren Zusammenhalt". In: Der Standard vom 20.6.2012, online: http://derstandard.at/1308186440544/Blaue-Visionen-FPOe-Programm-Es-geht-um-inneren-Zusammenhalt [21.3.2016]

Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), Graz 2011, online: https://www.fpoe.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe.at/dokumente/2015/2011_graz_parteiprogramm_web.pdf [21.3.2016]

Pink, Oliver: Straches zwölf Seiten. In: Die Presse vom 23.1.2011, online: http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/627564/Straches-zwolf-Seiten [21.3.2016]

Pink, Oliver: Mölzer: „Man hat unter Haider geglaubt, Dinge verstecken zu müssen. In: Die Presse vom 18.6.2011, online: http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/671090/Molzer_Man-hat-unter-Haider-geglaubt-Dinge-verstecken-zu-mussen?direct=671080&_vl_backlink=/home/671080/index.do&selChannel= [21.3.2016]

stopptdierechten.at: Die braune Spur der FPÖ Landstraße (10.6.2015), online: http://www.stopptdierechten.at/2015/06/10/die-braune-spur-der-fpo-landstrase/#more-8228 [21.3.2016]

stopptdierechten.at: Kaum Distanz zwischen FAV und FPÖ (27.8.2015), online: http://www.stopptdierechten.at/2015/08/27/kaum-distanz-zwischen-fav-und-fpo/#more-8490 [21.3.2016]

stopptdierechten.at: Schweinchen Schlau und die FPÖ Bad Aussee (5.5.2015), online: http://www.stopptdierechten.at/2015/05/05/schweinchen-schlau-und-die-fpo-bad-aussee/ [21.3.2016]

Zaunbauer, Wolfgang: Strache dehnt die Kampfzone aus. In: Wiener Zeitung vom 15.6.2011, online: http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/archiv/85313_Strache-dehnt-die-Kampfzone-aus.html [21.3.2016]

Zeilinger, Gerhard: Straches „neue" Heimat und der Boulevardsozialismus. In: Der Standard vom 17.6.2011, online: http://derstandard.at/1308186237768/FPOe-Parteitag-Straches-neue-Heimat-und-der-Boulevardsozialismus [21.3.2016]

6. VÖLKISCHE STUDENTENVERBINDUNGEN UND RECHTSEXTREMISMUS IN ÖSTERREICH

BERNHARD WEIDINGER

„In den vergangenen Jahren hat die Mehrheit der Mitglieder der Deutschen Burschenschaft […] wiederholt gezeigt, dass ihrerseits weder ein Interesse an Reformen, noch an einer klaren Abgrenzung zu offen rassistischen, verfassungsfeindlichen und nationalsozialistisch geprägten Handlungen und Positionen besteht" (burschenschafterpacktaus 11.2.2013). So begründete die Burschenschaft (B!) Ghibellinia Stuttgart 2013 auf ihrer Website den Austritt aus dem Dachverband Deutsche Burschenschaft (DB). Er war Teil einer nie gekannten Austrittswelle, in deren Zuge der Verband zwischen 2011 und 2014 rund die Hälfte seiner Mitglieder einbüßte. Die daraus resultierende rechtsextreme Hegemonie in der DB stützt sich nicht zuletzt auf die seit jeher im Durchschnitt weiter rechts als die deutschen stehenden österreichischen Bünde, die geschlossen in der DB verblieben.

Auch wenn ‚Burschenschaft' umgangssprachlich als Synonym für Studentenverbindungen schlechthin verwendet wird, bezeichnet der Begriff genaugenommen einen bestimmten Typ der (in aller Regel völkischen) Verbindung oder Korporation. Der vorliegende Artikel widmet sich dem Zusammenhang von Rechtsextremismus und völkischem Verbindungswesen insgesamt.[1] Gegenstand sind also sämtliche auf völkisch-nationalistischer, nicht aber auf katholischer Grundlage operierenden Korporationen (einschließlich entsprechender Corps, Landsmannschaften, Mädelschaften u.a.) in Österreich. Dabei nehmen die Burschenschaften aufgrund ihrer prononciert politischen Ausrichtung eine hervorgehobene Stellung ein. Die Gesamtgröße des völkisch-verbindungsstudentischen Milieus in Österreich (Aktive und Alte Herren/Hohe Damen) unterschreitet 5.000 Personen deutlich. Seine gesellschaftliche Relevanz verdankt sich in allererster Linie seiner engen – personellen und inhaltlichen – Verzahnung mit der FPÖ. Die Betätigung von Korporierten innerhalb dieser Partei – mit 1. Jänner 2016 gehörten beispielsweise 17 von 38 FPÖ-Nationalratsabgeordneten und 19 von 35 Mitgliedern des Bundesparteivorstandes völkischen Verbindungen an – ist jedoch nicht Gegenstand dieses Artikels. Festgehalten sei hier lediglich, dass die jüngsten Wahlen in Wien und Oberösterreich sowie die Neuaufstellung der Salzburger

1 Zu Burschenschaften und Politik im Allgemeinen vgl. Weidinger 2015.

Landespartei die angesprochene Verzahnung nachdrücklich bestätigt und teils weiter vertieft haben.

1. IDEOLOGIE: DIE VERBINDUNG ALS VÖLKISCH-NATIONALISTISCHER KAMPFBUND SOLDATISCHER MÄNNER

In ideologischer Hinsicht lassen die völkischen Korporationen sich durch zwei Grundpfeiler charakterisieren: zum einen eine Weltsicht, in der *Völker* – nicht eine Menschheit oder Individuen – als wichtigste Akteure des geschichtlichen Verlaufs und als höchstrangige Träger von Rechten und Freiheiten erscheinen. Die Zugehörigkeit des_der Einzelnen zu einem Volk wird biologistisch – über Abstammung – bestimmt. Der Burschenschaftlichen Gemeinschaft (BG), dem organisatorischen Rückgrat der völkischen Fundamentalisten-Burschenschaften in Deutschland und Österreich, gelten Völker gar als entscheidende Einheiten im Evolutionsprozess:

„Der evolutionäre Wandel wird in der Geschichte der Menschheit […] seit langem nicht mehr durch Mutationsschritte einzelner Individuen, sondern durch langsame Änderung des biologischen und kulturellen Gesamterbgutes von Völkern vollzogen. Das Volk ist demgemäß […] als genetischer Sammeltopf und als Kulturträger die Einheit der Entwicklung [sic!]. Volk ist also eine biologische und eine kulturelle Einheit" (BG 2012, 15).[2]

Die Wünsche und Anliegen des_der Einzelnen gelten in dieser Weltsicht nur so weit als legitim, als sie dem Interesse der völkischen Gemeinschaft nicht entgegenstehen. Zum Erkennen dieses (vorgeblich einheitlichen) Interesses „des deutschen Volkes" seien, kraft ihrer überlegenen Bildung und Moral, die männlichen (Korporations-)Eliten berufen. Unter „Deutschland" wiederum wird in völkischen Kreisen nicht die Bundesrepublik verstanden, sondern der historische Siedlungsraum deutschsprachiger Menschen und Völker (und somit auch Österreich).

Als zweiter Eckpunkt lässt sich – die Damenverbindungen bleiben eine Marginalie – das männerbündische Prinzip bestimmen. Auf Ebene der Organisationsform perpetuiert es den Ausschluss von Frauen aus akademischen und politischen Gefilden und gestaltet die Verbindung als Rückzugsraum und Selbstvergewisserungsoase für vom gesellschaftlichen Fortschritt ver-

2 Das Zitat entstammt der jüngsten, unter dem Vorsitz der Teutonia Wien entstandenen Selbstdarstellungsschrift der BG, die bei Erscheinen 24 (von 43) österreichische Mitgliedsbünde zählte. Sechs der zwölf Autoren, darunter Bruno Burchhart (Olympia Wien) als Letztverantwortlicher, gehören österreichischen Bünden an.

unsicherte, um ihre „patriarchale Dividende“ (Raewyn Connell) bangende Männer. Die ideologische Dimension des Männerbundes äußert sich in der Beschwörung eines bestimmten Ideals von Männlichkeit: dem Bild des standhaften, kompromisslosen, sich selbst für ein höheres Ziel verleugnenden und zum letzten Opfer bereiten Soldaten, der seine ‚Ehre‘ als Ich-Ersatz mit Zähnen, Klauen und nötigenfalls geschliffenen Hiebwaffen verteidigt.[3] Gemeinsamer Nenner von völkischem Nationalismus und Männerbundideologie ist das Beharren auf der „Naturgegebenheit von Ungleichheit, Rängen und Unterschieden zwischen Individuen, Gruppen, Völkern und Kulturen“ (BG 1976, 19). Die aktuelle BG-Schrift hat das Beharren auf „Rängen“ entsorgt, beschwört aber weiterhin „Unterschiede in Fähigkeiten und Verhaltensweisen […] zwischen Männern und Frauen“ wie auch „zwischen Angehörigen verschiedener Rassen“. Diese Unterschiede seien „zu einem großen Teil erblich bedingt“, die „Forderung nach der letztlichen Gleichheit aller Menschen“ sei somit „eine ideologische Forderung“ (BG 2012, 13).

Insgesamt lässt sich sagen, dass sämtliche Merkmale burschenschaftlicher Weltanschauung in Österreich sich aus den beiden genannten Eckpfeilern herleiten lassen – vom Elitarismus und Autoritarismus über den Antiliberalismus und -feminismus bis hin zur Verachtung von Schwäche und Kompromiss (als ‚weiblich‘) und der daraus folgenden Demokratieskepsis. Gleiches gilt für den Antisemitismus, der – als Bruder des deutschen Nationalismus – schon an der Wiege der burschenschaftlichen Bewegung stand. Sein Stellenwert variierte im Laufe der burschenschaftlichen Geschichte, wobei er die schärfste Ausprägung zwischen 1880 und 1945 erreichte. Quellen aus der Zweiten Republik zeugen vom Fortleben des Antisemitismus über die NS-Ära hinaus (vgl. Weidinger 2012). Der burschenschaftliche Rassismus wiederum manifestierte sich zuletzt am eindrücklichsten anhand der medial als „Arierparagraf-Debatte“ rezipierten Auseinandersetzung im Rahmen der DB ab 2010. Im deren Verlauf wurde u.a. argumentiert, dass Männer mit „nichteuropäische[r] Gesichts- und Körpermorphologie“, die „einer außereuropäischen populationsgenetischen Gruppierung“ angehören, von der Mitgliedschaft in DB-Bünden auszuschließen seien (vgl. Peham 2014, 70). Auch wenn die Österreicher sich in der Debatte wie gewohnt fast geschlossen auf Seiten der völkischen

3 Vor dem Hintergrund dieses, Neuzugängen nicht zuletzt über das Ritual der Mensur anerzogenen Ideals entbehrt es nicht einer gewissen Ironie, wenn die Jugendausgabe des Korporiertenblattes Aula Empörung über das „vielen Orientalen innewohnenden Machogehabe“ und deren „überkommene[ ] Vorstellungen von Mannesehre“ artikuliert (gegenARGUMENT.at 4/2015, o.S.).

Hardliner verorteten (vgl. BG 2012, 10 und Burschenschaftliche Blätter 2/2011, 84), sollte nicht übersehen werden, dass seit 2012 drei österreichische Bünde ihr organisatorisches Rückgrat – die BG – verlassen haben. Aktive eines Bundes, der Oberösterreicher Germanen Wien, erklärten 2013 in einem Zeitungsinterview gar, „Schwachsinnigkeiten wie der Arierparagraf" seien mit „aufgeklärten Argumenten der Neuzeit" unvereinbar (zit. nach Gasser 2013). Solche Töne waren bis dahin nach außen hin kaum zu vernehmen gewesen – und fanden seither keine wahrnehmbare Nachahmung.

Durchaus häufiger anzutreffen sind revanchistische und ‚revisionistische' Aussagen. So forderte etwa die B! Teutonia Wien 2010 mit Blick auf Südtirol/Alto Adige, „Deutschböhmen" und erhebliche Teile Polens, deutsche „Gebietsabtretungen [zu] revidieren", da besagte Landstriche „von den Siegermächten und ihren Vasallen besetzt gehalten" würden. Dass es sich dabei um eine Außenseiterposition handelte, scheint insofern wenig plausibel, als die Teutonen in den Folgejahren den Vorsitz in BG (2011), DB (2013) und Wiener Korporationsring/WKR (2014) innehatten. Steht hinter derartigen Forderungen der Wunsch, die realen Staats- mit den angenommenen Volksgrenzen in Einklang zu bringen, dient Geschichtsklitterung in völkischen Kreisen dazu, die Makel der eigenen Nationalgeschichte zu tilgen, um den Boden für einen entkrampften Nationalismus der Zukunft aufzubereiten. Dies reicht bis hin zur NS-Relativierung und -Apologie. Durchaus im Eigeninteresse mokiert die BG sich daher über „[d]ie Einschränkung der Meinungsfreiheit in bezug auf Ereignisse im sogenannten Dritten Reich, die nach wie vor der objektivhistorischen Aufarbeitung bedürfen" (BG 2012, 20).

Angesichts der so umrissenen weltanschaulichen Verortung der völkischen Korporationen liegt eine politisch-ideologische Schnittmenge mit dem Rechtsextremismus vor, die auch – im Folgeabschnitt exemplarisch dokumentierte – personelle Überschneidungen und umfangreiche Kontakte mit der extremen Rechten zwangsläufig macht, weshalb ein relevanter Teil des völkischen Verbindungswesens in Österreich selbst der extremen Rechten zugeordnet werden muss. Die Einstufung jedes einzelnen Verbindungsmitglieds als rechtsextrem ist damit nicht verbunden – auch nicht im Fall der am weitesten rechts stehenden Verbindungen wie Olympia und Teutonia Wien oder Arminia Czernowitz Linz.

2. ENTWICKLUNGEN UND EREIGNISSE 2015

Aus Platzgründen beschränkt der folgende Abschnitt sich auf die Darstellung

rezenter Tatbestände. Für eine ausführlichere Auseinandersetzung mit der Geschichte des verbindungsstudentischen Rechtsextremismus sei auf Peham 2014 und (mit deutlich polemischer Note) Gruppe AuA! 2014 verwiesen. Wie in diesen Texten gezeigt wird, war für bedeutsamere Fälle von rechtsextremem Aktivismus und entsprechender Organisierung auch in der Zweiten die führende Beteiligung von Korporierten eher die Regel als die Ausnahme, von Schiller-Aufmarsch (1959) und Südtirol-Terror (v.a. frühe 1960er Jahre) über Nationaldemokratische Partei (NDP) und Aktion Neue Rechte (ANR) bis hin zu heute aktiven rechtsextremen Zirkeln wie den sogenannten Identitären.

2.1 ÖFFENTLICHE AUFTRITTE UND VERANSTALTUNGSPOLITIK

Die Besetzung öffentlicher Räume ist für die völkischen Korporationen eng verbunden mit dem Kampf um Salonfähigkeit und Legitimität. In dieser Hinsicht sehen sie sich seit geraumer Zeit in Rückzugsgefechte verwickelt. Musste schon in den 1990er Jahren der wöchentliche „Farbenbummel" von der Aula der Universität Wien auf die Rampe ausweichen, gingen sie 2014 auch des gedenkpolitisch bemerkenswerten Privilegs verlustig, just am 8. Mai den Wiener Heldenplatz mit einer Feier zu bespielen, in deren Zentrum die Anerkennung soldatischer (Opfer-)Leistungen im Rahmen deutsch-österreichischer Aggressionskriege stand. Inzwischen wird der Platz am Tag der Befreiung von Bundesheer und Wiener Symphonikern („Fest der Freude") in alternativer Weise besetzt. Die Versuch von Korporiertenseite, in Reaktion darauf ein „Fest der Freiheit" zu etablieren, wurde offenbar bereits wieder aufgegeben. Hatte man es 2014 statt des ursprünglich angekündigten Freiluftumzugs bei einer Vortragsveranstaltung bewenden lassen, beschränkte die Freiheitsfeier 2015 sich auf ein einfaches Zechgelage in einem Wiener Wirtshaus.

Andernorts griffen Korporierte im Jahr 2015 verstärkt zum Mittel der Demonstration (was 2016 eine Fortsetzung fand). In Graz wurde im Sommer ein großer Kommers durchgeführt (in Wien hatte man trotz 650-Jahr-Jubiläum der Universität und 200 Jahren Burschenschaft letztlich davon abgesehen) und am Rande desselben ein Fackelzug abgehalten. Die klandestine Organisation der Veranstaltung stieß in den *Burschenschaftlichen Blättern* auf Kritik: Man habe sich unbehelligt, aber eben auch „weitgehend unbemerkt" und „ohne Auseinandersetzung mit einer kritischen Öffentlichkeit selbst gefeiert" (BBl. 3/2015, 186). Ebenfalls in Graz veranstalteten steirische Burschenschafter am 12. Dezember eine Demonstration, bei der auch Repliken der Fahne der

Urburschenschaft mitgeführt wurden. Dasselbe geschah an diesem Tag auch bei einer Demonstration in Freilassing sowie zuvor schon bei einer unter reicher neonazistischer Beteiligung abgeführten Kundgebung im südsteirischen Grenzort Spielfeld am 28. November. Für die Organisation beider Veranstaltungen zeichneten die neofaschistischen Identitären verantwortlich, mit denen die völkischen Verbindungen sich personell wie inhaltlich ohnehin in vielfältiger Weise überschneiden. Führende Identitären-Kader sind oder waren korporiert, darunter Alexander Markovics (Olympia Wien) und Martin Sellner (ehemals Olympia), die 2015 auch als Autoren der *Burschenschaftlichen Blätter* in Erscheinung traten (vgl. BBl. 1/2015, 4–6 und 15–17), oder Patrick Lenart (Verein Deutscher Studenten Graz). Erstmals in diesem Kontext aufgetaucht war die Urburschenschafter-Fahne bei „bisher so ziemlich jede[r] PEGIDA-Veranstaltung" in Dresden, wie das DB-Organ im Jänner 2015 stolz vermeldete: „Die DB mittendrin!" (BBl. 1/2015, 9). Burschenschafter aus Österreich traten zu diesem Zweck mindestens zweimal die Reise in die sächsische Metropole an (vgl. die Facebook-Einträge der Bruna Sudetia Wien vom 15.12.2014 und 5.1.2015). Auch an den zarten Versuchen, Pegida in Wien zu etablieren, waren Korporierte beteiligt – nicht zuletzt in Gestalt des ersten (und bislang letzten) Sprechers der „Bewegung", Georg Nagel (Corps Posonia Wien).

Ansonsten wurden 2015 die üblichen jährlichen Veranstaltungen des völkischen Verbindungswesens abgehalten – Korporationsbälle in der Faschingszeit in Graz, Linz und Wien, die Sonnwendfeier (Juni) und der Kommers (November) des WKR sowie Vortragsveranstaltungen einzelner Verbindungen. So ließen etwa die Wiener Teutonen sich am 29. Jänner (am Vortag des Wiener Akademikerballs) von den sexistischen, rassistischen und homophoben Zoten des deutschen Autors Akif Pirinçci unterhalten. Bei den Nibelungen trat am 12. Juni der FPÖ-Nationalratsabgeordnete Walter Rosenkranz (B! Libertas) auf. Thema seines Vortrags: „So wird Österreich abgeschafft – vom Abnormalen bis zur Zuwanderung". Der Wiener Akademikerball vermochte 2015 kaum internationale Prominenz anzuziehen. Auch 2016 bestachen die internationalen Gäste weniger durch ihre Bekanntheit als durch ihre Verortung im extrem rechten politischen Spektrum. Tom van Grieken, Vorsitzender des belgischen Vlaams Belang, nahm sich neben einer Delegation der ungarischen Jobbik-Jugend, dem Neofaschisten László Toroczkai (beide auf Einladung von Olympia Wien) oder der Pegida-Frontfrau Tatjana Festerling aus Dresden vergleichsweise gemäßigt aus (vgl. Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes 2016).

2.2 ONLINE-AKTIVITÄTEN UND SONSTIGE ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Neben Auftritten auf der Straße und an den Hochschulen (Letzteres etwa im Rahmen des in Wien nach wie vor wöchentlich durchgeführten Couleurbummels, der im vergangenen Jahr angesichts antifaschistischer Proteste wiederholt auf die TU oder die Wirtschaftsuniversität auswich) wird der Außenauftritt der Korporationen durch Internetpräsenzen geprägt. Hier taten sich einige Verbindungen öfter als andere einschlägig hervor. Die Linzer Burschenschaft Arminia Czernowitz teilte auf Facebook u.a. einen Beitrag des rechtsextremen DIREKT-Magazins über „Rothschild und die Asylindustrie“ (13. August), bewarb rechtsextreme Zeitschriften (wie Umwelt & Aktiv, 30. Dezember) sowie Literatur von Julius Evola bis Jean Raspail und verkündete, man werde neben der Feder wahrscheinlich auch das „Schwert benötigen, um das Überleben unseres Volkes zu sichern“ (26. Oktober). Die B! Bruna Sudetia Wien drohte am Nationalfeiertag via Facebook – mit einem als Dichterzitat getarnten NPD-Slogan – nicht näher benannten „feigen Gestalten“, die „da oben“ säßen und „vom Feinde bezahlt“ würden, sie würden in einer von den Brunen herbeigesehnten Zukunft vom Volk „[ge]richtet“ (26.10.2015). Die Wiener Landsmannschaft Kärnten postete zum Tag der deutschen Einheit (3. Oktober) die Karte einer offenbar von ihr angestrebten großdeutschen Lösung unter Einschluss Österreichs, Südtirols und der „Ostgebiete“. Teutonia Wien teilte ein heterosexistisches Sujet der Leipziger B! Germania, das ein „traditionelles Familienbild“ gegen „Entartung“ (Homosexualität) in Stellung brachte (10. Juli). Am 8. Mai 2015 verkündete die Teutonia – als WKR-Vorsitzende –, dass 70 Jahre zuvor keine Befreiung stattgefunden habe und ergo auch kein „Fest der Freude“ angebracht sei. „Wir feiern nicht!“, ließ auch die Mädelschaft Nike wissen.

In Flugblattform tritt man heute selten an die Öffentlichkeit, zumal das Internet weit größere Breitenwirkung verheißt. Burschenschaftliche Pressearbeit existiert kaum bzw. wird inhaltlich von der FPÖ erledigt. Notierenswert erscheint die am 21. April von Udo Guggenbichler (B! Albia Wien, gleichzeitig Wiener FPÖ-Landtagsabgeordneter) verbreitete Erklärung von Verbindungsstudenten zur Distanzierung vom Antisemitismus. Interessanterweise wollte oder konnte Guggenbichler auch auf mehrmalige Nachfrage keinen einzigen Korporierten namhaft machen, der außer ihm diese Initiative unterstützt hätte. Auch die antisemitische Agitation der Aula, Zentralorgan der völkischen Verbindungen in Österreich im Besitz der Freiheitlichen Akademikerverbände, ging im Berichtszeitraum unvermindert weiter.

2.3 DAS FREIHEITLICHE MAGAZIN

Die *Aula* stellt nach wie vor eines der relevantesten (traditionellen) publizistischen Foren der extremen Rechten in Österreich dar. 2015 bot die Grazer Monatsschrift das gewohnte Potpourri aus rassekundlichen Ergüssen, antisemitischen Verschwörungsphantasien, Verunglimpfung von NS-Opfern und Antifaschist_innen sowie kaum verhohlener NS-Nostalgie. Dargebracht wurde all dies in dermaßen verschärfter Form, dass eine Einstufung der Zeitschrift als neonazistisch zumindest (wieder) diskutabel erscheint. Einlassungen über die „Tatsache, daß es verschiedene Menschenrassen gibt", über die „bedrohte[n] Europiden" (Oktober, 26f.), über „Rassenmischung – multikulturelle Gesellschaft genannt" oder „die eurasisch-negroide Umvolkung deutschen Landes und ganz Europas" (Dezember, 32, 17) standen im vergangenen Jahr neben Attacken auf die „egalitäre Utopie, alle Menschen seien gleich" (Oktober, 26), oder auf den „umtriebigen jüdischen Spekulanten" George Soros (März, 5), der „die Vermischung von Menschenrassen durch die Förderung von Völkerwanderungen" erstrebe und vermittels der „Rothschild-Herrschaftsmethode" zusammen mit der restlichen „heimatlose[n] Weltfinanz […] die totale Kontrolle über Völker, Staaten und deren Regierungen" ausübe (März, 44–46). Den von der *Aula* affirmativ überbrachten Mythen zufolge stehen Israel bzw. der „politische Zionismus" hinter dem selbsternannten Islamischen Staat (Februar, 42) und „ein Rothschild" hinter dem Attentat auf *Charlie Hebdo,* wie Burschenschafter Walter Marinovic (Germania Salzburg) argwöhnte, der im selben Artikel Martin Luthers Pogromanleitung „Von den Juden und ihren Lügen" wohlwollend referierte (Februar, 30f.). Über „jüdische Selbstausgrenzung" in der europäischen Geschichte durfte NPD-Kader Karl Richter sich im Mai verbreitern. Die „christlich-jüdische Symbiose" sei „künstlich, unhistorisch" und müsse „der nichtjüdischen Normalbevölkerung erst auf allen Kanälen suggeriert werden", nicht zuletzt durch „die Infiltration des globalen ‚Weltgewissens' mit dem Holocaust-Dogma". Der Holocaust sei für das Judentum heute „Quelle der Kraft, wenn auch einer negativen, parasitären". Auschwitz werde „zum Nasenring, an dem sich die Völker willenlos herumführen lassen" (Mai, 12f.). Gedenkveranstaltungen durch „KZ-Besessene" (Juni, 32f.) waren dem *Aula*-Autor und Burschenschafter Fred Duswald (Danubia München) ein Dorn im Auge, der ferner von „Mauthausen-Befreite[n] als Massenmörder" und „Landplage" zu berichten wusste (Juli/August, 91). Letztgenannter Artikel brachte die Blattlinie der *Aula* einer breiteren Öffentlichkeit zu Bewusstsein, nachdem die Grazer Staatsanwaltschaft

in ihrer Begründung für die Einstellung eines Verfahrens gegen Duswald weitgehend dessen Geschichtsentstellungen gefolgt war. Abgerundet wird das Bild von Klagen über den „giftigen Nektar" des Feminismus im Allgemeinen und „selbsternannte Frauenbefreierinnen wie die US-jüdische Lesbe Shulamith Firestone" im Besonderen (November, 58). In parteipolitischer Hinsicht lässt die *Aula* (Selbstbezeichnung: „Das freiheitliche Monatsmagazin") keinen Zweifel an ihrer engen FPÖ-Anbindung, die durch hymnische Berichterstattung („Die Kraft am Puls des Volkes!", Juli/August, 24) und Gefälligkeitsinterviews ebenso dokumentiert wird wie durch umfangreiche Inserate der nach aktuellen Umfragen stärksten Partei des Landes.

3. SCHLUSSFOLGERUNGEN

Vor dem Hintergrund der vorangegangenen Ausführungen lässt sich konstatieren, dass das völkische Korporationswesen in Österreich nach wie vor in Teilen der extremen Rechten zuzurechnen ist, in Teilen zumindest in einem Naheverhältnis zu ihr steht. Abgrenzung ist nur in Einzelfällen feststellbar – und seltener als neonazistische Ausfransungen, wenngleich Letztere angesichts der geltenden Rechtslage vorwiegend subkutan fortbestehen. Die These von der „Scharnierfunktion" der Korporationen (vgl. Peham 2014, 3 und 72 sowie Gruppe AuA! 2014, 118–120) zwischen der extremen Rechten im Parlament und jener außerhalb desselben weist bis heute hohe Plausibilität auf. Offenkundig ist etwa die Kaderschmiede-Funktion, die die Verbindungen – u. a. in Form ideologischer und rhetorischer Schulungen – für beide Gruppen erfüllen. Manche politisch aktiven Mitglieder stellen ihre in der Korporation erworbenen Kompetenzen der FPÖ zur Verfügung, andere dem organisierten Neonazismus, Einzelne im Laufe ihres Werdegangs auch beiden. Korporative Publikationen und Veranstaltungen (insbesondere Kundgebungen, der Wiener Akademikerball oder Vorträge von Szenegrößen) führen Vertreter_innen der verschiedenen Subszenen zusammen und fungieren als Vernetzungsräume.

Ferner kümmern Korporierte sich um die ‚weltanschaulichen Grundlagen', also die Ideologisierung sowohl der FPÖ als auch manch außerparlamentarischer Gruppe, und tragen rechtsextreme Anliegen in die Partei. Von dort aus können diese der Öffentlichkeit in einer Breite vermittelt werden, die für die Korporationen selbst unerreichbar wäre. Die akademische, gutbürgerliche Aura der Verbindungen, der gesellschaftliche Status der Alten Herren, deren Kenntnis rechtlich verträglicher Sprachregelungen und deren

Begabung in der Behübschung von Begriffen („Ethnomorphose“ statt „Umvolkung“, „populationsgenetische Gruppierung“ statt „Rasse“) verschafft rechtsextremen Botschaften dabei einen salonfähigen Anstrich. Immer wieder erweisen die Verbindungen sich auch als Rückzugs- bzw. Schutzräume für rechtsextreme Kader, wobei mindestens ebenso oft der umgekehrte Weg feststellbar ist, also des Hervortretens solcher Kader aus den Verbindungen, was in Fällen äußerster Untragbarkeit (d.h. offen neonazistische Betätigung) verschiedentlich auch Ausschlüsse zur Folge hatte. Die erwähnte Schutzfunktion wird einerseits durch die Abschließung der Bünde nach außen erreicht, andererseits durch die schützende Hand, die eine Parlamentspartei über die Bünde hält (und ihnen unter Schwarz-Blau etwa ein Ende behördlicher Überwachung bescherte). Einzelne Verbindungen leisten Beiträge zur internationalen Vernetzung der extremen Rechten – teilweise in Erstanbahnung späterer FPÖ-Kontakte – durch Reisen (u.a. zu flämischen oder ungarischen Nationalist_innen) oder durch Zurverfügungstellung von Ballveranstaltungen als repräsentativem Rahmen für Vernetzungstreffen. Angesichts all dessen ist die Bedeutung der völkischen Verbindungen für die extreme Rechte in Österreich insgesamt nur schwer zu überschätzen.

LITERATUR

burschenschafterpacktaus: DB Ade 18: Stuttgarter Burschenschaft Ghibellinia verkündet Austritt (11.2.2013), online: https://burschenschafterpacktaus.wordpress.com/2013/02/11/db-ade-18-stuttgarter-burschenschaft-ghibellinia-verkundet-austritt [19.4.2016]

Burschenschaftliche Gemeinschaft in DB und DBÖ (Hg.in): Denkschrift aus den Reihen der Burschenschaftlichen Gemeinschaft in DB und DBÖ. Wien o. J. [2012].

Burschenschaftliche Gemeinschaft in DB und DBÖ (Hg.in): Zielsetzung, Selbstverständnis und Entwicklung. München 1976.

Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes: FPÖ-Akademikerball (wieder) mit Gästen von rechts außen (2016), online: http://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/neues-von-ganz-rechts/fpoe-akademikerball-wieder-mit-gaesten-von-rechts-auszen [10.2.2016]

Gasser, Florian: „Affektierte braune Herren“. In: Die Zeit 6/2013, online: http://www.zeit.de/2013/06/Oesterreich-Burschenschaften/komplettansicht [10.1.2016]

Gruppe AuA!: Braune Burschen. In: Völkische Verbindungen. Beiträge zum deutschnationalen Korporationsunwesen in Österreich. Hg. von der HochschülerInnenschaft an der Universität Wien. Wien 2014, S. 82–120.

Peham, Andreas: „Durch Reinheit zur Einheit“. Zur Kritik des deutschnationalen Korpora-

tionswesens in Österreich unter besonderer Berücksichtigung antisemitischer Traditionslinien und nationalsozialistischer Bezüge (2014), online: http://www.doew.at/cms/download/6or5r/peham_burschenschaften.pdf [8.1.2016]

Weidinger, Bernhard: Deutsche Burschenschaften in Österreich. In: Handbuch des Antisemitismus Band 5 (2010), S. 140–145.

Weidinger, Bernhard: „Im nationalen Abwehrkampf der Grenzlanddeutschen". Akademische Burschenschaften und Politik in Österreich nach 1945. Wien 2015.

7. BETÄTIGUNGSFELDER DES RECHTSEXTREMISMUS

A. FRAUEN IM ÖSTERREICHISCHEN RECHTSEXTREMISMUS

JUDITH GOETZ

(FALSCHE) ANNAHMEN ÜBER RECHTE/RECHTSEXTREME FRAUEN

Seit der Nationalsozialistische Untergrund (NSU) und seine rassistisch motivierten Morde an mindestens zehn Menschen bekannt wurden, läuft die sensationsorientierte Berichterstattung über das deutsche Neonazi-Trio phasenweise auf Hochtouren. Dass sich Beate Zschäpe im November 2011 den Behörden stellte und sich seit Mai 2013 als Hauptangeklagte in einem Prozess zu verantworten hat, bietet aber auch den (längst) notwendigen Anlass, sich erneut mit der Bedeutung von Frauen in der extremen Rechten auseinanderzusetzen. Die anfangs stereotype Berichterstattung sah in Beate Zschäpe eine „gefährliche Mitläuferin" *(Bild)* oder ein sexualisiertes Anhängsel der „eigentlichen Täter" Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos. Die *Süddeutsche Zeitung* wiederum bezeichnete Zschäpe als das „Herz der Terrorfamilie", und in der *Frankfurter Rundschau* war zu lesen, Zschäpe sei „eine der wenigen aktiven Frauen in der rechtsextremen Szene" gewesen und habe sich „politisch kaum engagiert". Damit knüpften die Medien an die Klischeevorstellung unpolitischer Frauen an, die eine Verharmlosung und Unsichtbarmachung des politischen (und in manchen Fällen auch gewaltförmigen) Engagements von Frauen in der extremen Rechten zur Folge hat. Dabei hat die seit Ende der 1980er Jahre im deutschsprachigen Kontext betriebene Forschung aufgezeigt, dass Frauen in den unterschiedlichsten Spektren des Rechtsextremismus aktiv sind und auch verschiedene Aufgaben und Positionen innerhalb rechtsextremer Organisierung übernehmen. Zudem sind es ebenso wie bei Männern meist Nationalismus, Antisemitismus und Rassismus, die rechtsextremes Gedankengut für Frauen attraktiv machen – und nicht, wie oftmals angenommen, frauenpolitische Themen wie Fragen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, sexualisierte Gewalt, Quoten oder Abtreibung. Stärker denn je nehmen Rechtsextreme jedoch gleichstellungspolitische Maßnahmen (wie Gender Mainstreaming, Quoten oder geschlechtergerechte Sprache) ins Visier und sind aktiv daran beteiligt, die feministischen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte zu behindern und rückgängig zu machen. Trotz der Ausweitung der Partizipationsfelder für rechtsextreme Frauen lässt sich in den letzten Jahren ein Backlash

in rechtsextremen Kreisen verzeichnen, der stark auf traditionelle Konstruktionen von Geschlechtern setzt und Frauen erneut in beschränktere Rollen drängt. Obgleich diese Tendenzen nicht unbedingt mit der Abnahme des aktiven politischen Engagements von Frauen verbunden sind, zielt der moderne Rechtsextremismus nicht selten auf die Renaturalisierung, also die Wiederherstellung einer vermeintlich natürlichen Geschlechterordnung ab. Die für den Rechtsextremismus grundlegende Vorstellung einer naturgegebenen Ungleichheit zwischen den „Völkern" bzw. „Rassen" korrespondiert mit der seit dem 18. Jahrhundert aufgekommenen, ebenfalls biologistisch konstruierten Geschlechterbipolarität, die „Mann" und „Frau" in einander gegenüberstehende Entitäten mit bestimmten Wesensmerkmalen trennt.

Gerade weil dieses strikt duale Geschlechtermodell bestimmte Funktionen im Rechtsextremismus erfüllt – wie beispielsweise Einflüsse von Weiblichkeit aus der Sphäre des Politischen, des Männerbundes oder auch der Gesellschaft fernzuhalten – und die weite Verbreitung der Geschlechterbipolarität auch in der Mitte der Gesellschaft als sehr anschlussfähig betrachtet werden muss, sollte diesem Phänomen mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Geschlechterdifferenz fungiert als Ordnungsinstanz, die die sozialen Beziehungen zwischen den Geschlechtern nach innen wie auch nach außen hin regelt. Während durch die Geschlechterhierarchie innerhalb der „Volksgemeinschaft" Männer gegenüber Frauen aufgewertet werden, bleiben Frauen nach außen in Dominanzstrukturen eingebunden und können Unterdrückung und Diskriminierung gegen „Andere", wie etwa Migrant_innen, ausüben. Sie erhalten dadurch nicht nur einen Ausgleich für eigene Unterdrückungserfahrungen, sondern erzielen auch psychischen Gewinn, da die eigene gesellschaftliche Position aufgewertet und mit Macht und Bedeutung versehen wird. Darin liegt ein entscheidender Grund für die Attraktivität rechtsextremen Denkens für Frauen.

Gleichzeitig stabilisiert und normalisiert die Frauenpräsenz die rechte Szene, weil sie nicht nur nach außen das Image verbessert, sondern weil Frauen auch leichter Eingang in zivilgesellschaftliche Bereiche wie Elternbeiräte oder Vereine finden. „Diese Unterschätzung […] wird […] bewusst eingesetzt, beispielsweise bei der Anmietung von Räumen für Veranstaltungen, bei der Sammlung von Daten (vermeintlicher) politischer GegnerInnen, des Fotografierens derselben, die Ansprache von BürgerInnen bei Infoständen oder beim Betrieb von Internetportalen." (Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus, November 2011) So betonte auch die Bundesanwaltschaft in Deutschland, dass Beate Zschäpe die „unverzichtbare Aufgabe" hatte, „dem Dasein

der terroristischen Vereinigung den Anschein von Normalität und Legalität zu geben“ (ebd.). Dabei war sie jedoch nicht alleine: Im etwa 200 Personen zählenden Unterstützer_innennetzwerk der NSU waren etwa 40 Frauen.

ÖSTERREICHISCHE VERHÄLTNISSE

Um die Auseinandersetzung mit rechten/rechtsextremen Frauen ist es in Österreich äußerst dürftig bestellt. Zwar besteht phasenweise ein (nicht selten sensationsorientiertes) Interesse an der Thematik, doch werden die betreffenden Frauen meist nicht als Anhängerinnen menschenfeindlicher Ideologien ernst genommen. Folglich gibt es im österreichischen Kontext großes Unwissen über rechtsextreme Frauen, obwohl sich zahlreiche Beispiele finden lassen. Isabella Kordas, deren Künstlerinnenname als NS-„Liedermacherin“ „Sterbehilfe“ lautet, war mit dabei, als der Neonazi-„Kulturverein“ Objekt 21, mit Sitz auf einem Bauernhof nahe Attnang-Puchheim, aufflog. In einem Wiederbetätigungsprozess Ende 2013 vor dem Landesgericht Wels, in dessen Anklageschrift Kordas erwähnt wird, wurden alle sieben männlichen Angeklagten u.a. wegen Verherrlichung nationalsozialistischer Ideologie schuldig gesprochen. Auch im Umfeld der „Identitären Bewegung“, die für die „Aufrechterhaltung“ einer nationalen bzw. europäischen Identität und gegen eine vermeintliche „Islamisierung“ auftritt, beteiligten sich Frauen immer wieder an Aktionen und haben inzwischen eine eigene Frauengruppe ins Leben gerufen. Zudem organisieren sich Frauen verstärkt in Gruppierungen wie der „Bürgerinitiative Dammstraße“ in Wien, auch bekannt als „Moschee Ade“, die sich gegen den Ausbau eines islamischen Kulturzentrums starkmachte. Ansonsten gibt es für Anhängerinnen rechten und rechtsextremen Gedankenguts in Österreich die Möglichkeit, sich in der FPÖ-Frauenorganisation „Initiative Freiheitlicher Frauen“ (IFF) zu engagieren. Nicht zu vergessen sind an dieser Stelle auch die Wählerinnen rechtsextremer Parteien wie der FPÖ, die durch ihre Stimmabgabe zeigen, dass sie kein Problem mit rassistischen, antisemitischer, sexistischer und homophober Politik haben, und diese somit stärken. Aber auch das weibliche Pendant zu den deutschnationalen Burschenschaften steht ihren männlichen Gesinnungskameraden um in Bezug auf völkischen Nationalismus nichts nach.

MÄDELSCHAFTEN UND DAMENVERBINDUNGEN IN ÖSTERREICH

Ebenso wie die Studentenverbindungen sind auch Studentinnenverbindungen in unterschiedlichen ideologischen Lagern angesiedelt. So gibt es seit

dem Beginn ihres Entstehens Anfang des 20. Jahrhunderts auf der einen Seite deutschnationale bzw. national-liberale, auf der anderen Seite konfessionell orientierte „Mädelschaften" und „Damenverbindungen". Die Mehrheit der aktiven österreichischen Studentinnenverbindungen ist christlich. In diesem Kontext gab es immer wieder Versuche, gemischte Verbindungen zu gründen. Mädelschaften hingegen sind das Ergebnis des strikt dualen Geschlechtermodells, das in burschenschaftlichen Kreisen verfochten wird und das auch im Verbindungswesen eine klare Geschlechtertrennung vorsieht. Frauen dürfen demnach im männlichen Verbindungsleben nur an ausgewählten Veranstaltungen teilnehmen, übernehmen ausschließlich vermeintliche Frauenaufgaben wie die Organisation von Brauchtumsabenden und Sonnwendfeiern und dienen bei Burschenschafter-Bällen als standesgemäße Tanzpartnerinnen.

Wenngleich sich weibliche Verbindungen vor allem in den Anfangsjahren an ihren männlichen Vorbildern orientierten und beispielsweise deren hierarchische Organisationsform sowie Bräuche, Rituale und Komment (Regelwerk) übernahmen, lassen sich auch Unterschiede festmachen. So ist Frauen das Kämpfen von Mensuren untersagt, wird ihnen doch seit dem Entstehen der Burschenschaften die Satisfaktionsfähigkeit, die Möglichkeit, die „Ehre" nach einer Ehrverletzung oder einer Beleidigung (durch ein Duell) wiederherzustellen, abgesprochen.

Da die Organisierung in studentischen Verbindungen während des Nationalsozialismus untersagt war und sich bis 1938 aktive deutschnationale Studentinnenverbindungen teilweise in NS-Organisationen wie der „Studentenkampfhilfe" oder der „Arbeitsgemeinschaft Nationalsozialistischer Studentinnen" eingliederten, dauerte es in Österreich bis Ende der 1980er Jahre, bis sich deutschnationale Mädelschaften erneut gründeten.[1] Zu den aktiven

1 Deutschnationale Zusammenschlüsse von Frauen sind aber kein Phänomen, das sich ausschließlich im deutschsprachigen Kontext in Europa antreffen lässt. So wurden seit Ende der 1960er Jahre in Chile drei Mädelschaften ins Leben gerufen – die 1969 gegründete Mädchenschaft „Erika Michaelsen Koch" in Santiago, die 1991 gegründete „Amankay" in Valdivia und die 2004 gegründete „Viktoria" in Concepción –, die bis heute aktiv sind. Weitere aktive Studentinnenverbindungen gibt es außerdem in Lettland, Estland und Belgien, die jedoch zum Großteil konfessionell orientiert sind. Anders als im deutschsprachigen Raum, wo die „deutsche Herkunft" neben dem Bekenntnis zur „deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft" eine entscheidende Rolle für die Aufnahme in eine Mädel- bzw. Burschenschaft zu sein scheint, reichen in Chile gute deutsche Sprachkenntnisse sowie „aktives Interesse an dieser Sprache und Kultur" und „an der Erhaltung des deutschen Kulturguts" als Voraussetzungen aus – wobei die Mädchenschaft „Erika Michaelsen Koch" hervorhebt: „Mädchen deutscher Abstammung werden bevorzugt."

zählen heute die „Wiener akademische Mädelschaft Freya“ (1988), die „Sudetendeutsche Damengilde Edda“ (2000, Wien), die „Akademische Damenverbindung Barbara zu Leoben“ (2003), der „Verein Grazer Hochschülerinnen“ (1912, wiedergegründet 1987) sowie relativ junge Verbindungen wie die seit 2011 existierende „pennale Mädelschaft Sigrid zu Wien“ (pM! Sigrid) sowie die 2013 gegründeten „Iduna zu Linz“ und „Mädelschaft Nike“ in Wien.

Deutschnationale Mädelschaften unterscheiden sich kaum von ihren männlichen Äquivalenten, was die kultivierten ‚Werte‘ und Ideologien betrifft. Das verdeutlichen etwa die Wahlsprüche der einzelnen Verbindungen. So haben gleich zwei Mädelschaften („M! Freya“ und „Edda“) „Ehre, Freiheit, Vaterland“ zum Motto, und auch der „Verein Grazer Hochschülerinnen“, die älteste deutschnationale Verbindung in Österreich, macht kein Hehl aus seinem Programm: „Gedenke, daß du eine deutsche Frau bist.“ Wie es um das Frauenbild bestellt ist, zeigt sich beispielsweise am Wahlspruch der „pennalen Mädelschaft Sigrid zu Wien“: „Edel sei die Frau, hilfreich und gut.“ Neben durchwegs biologistischen Geschlechterbildern gehören auch völkischer Nationalismus sowie großdeutsche Gedanken zu den gängigen Wertvorstellungen von Mädelschaften. In Facebook-Postings beziehen sie u.a. zu aktuellen, rassistisch aufgeladenen Debatten rund sexualisierte Gewalt Stellung, organisieren regelmäßige Abende für ihre aktiven Mitglieder sowie Halloweenfeste, Sonnwendfeiern, Mai- oder Julbowlen und nehmen an Damenkonventen sowie Budenfesten anderer Verbindungen teil. Vereinzelt wurden auch Mitglieder von Mädelschaften beim wöchentlichen Couleurbummel auf der Rampe der Universität Wien oder bei der von Burschenschaften und katholischen Verbindungen 2014 gemeinsam organisierten Protestaktion „Bunt statt rot – gegen das Couleurverbot“ gesichtet. Auch am ehemaligen WKR- und späteren Akademikerball sind sie nicht nur Gäste und tanzen die Polonaise gemeinsam mit den Burschen ein, sondern verteidigen die Festveranstaltung auch gegen öffentliche Kritik.

Dennoch kommt Mädelschaften in Österreich ein deutlich geringerer gesellschaftlicher Einfluss als ihren männlichen Gesinnungskameraden zu, die nicht selten wichtige Ämter in Wirtschaft und Politik innehaben. Das zeigte sich beispielsweise auch beim jährlichen „Damenverbindungstreffen“ für Mädelschaften und Damenverbindungen aus dem gesamten deutschsprachigen Raum, an dem 2012 in Wien laut Eigenangaben nur 90 Vertreterinnen teilnahmen. Allerdings sitzen aktuell neben 15 deutschnationalen Burschenschaftern sowie einem Mitglied des Mittelschüler-Kartell-Verbandes auch

zwei Angehörige von Mädelschaften in den Parlamentsreihen der FPÖ. Barbara Rosenkranz, Mitglied der „Sudetendeutschen Damengilde Edda", ist in der Vergangenheit nicht nur durch die Infragestellung des Verbotsgesetzes aufgefallen. In ihrem antifeministischen, homophoben Erstlingswerk „MenschInnen. Gender Mainstreaming. Auf dem Weg zur geschlechtslosen Gesellschaft" (2008) hetzt sie darüber hinaus gegen Gender Mainstreaming als ein von Feminismus und Marxismus geleitetes Konzept, das „Mütter" zu geschlechtslosen Arbeitskräften erziehen wolle. Anneliese Kitzmüller wiederum ist sowohl Mitglied der Mädelschaft „Iduna zu Linz" als auch „Hohe Damenobfrau" der „pennalen Mädelschaft Sigrid zu Wien". Als Familiensprecherin der FPÖ wettert sie gegen „linke Regenbogenträume" und bezeichnete 2014 Mitglieder des Vereins Erinnern Gailtal als „Linksfaschisten". Sie schreibt im rechtsextremen Monatsmagazin „Aula" und ist im Vorstand der ebenfalls rechtsextremen Österreichischen Landsmannschaft (ÖLM).

FRAUENPRÄSENZ IN DER FPÖ

Es kann nicht geleugnet werden, dass in der (extremen) Rechten nach wie vor Männer den politischen Bereich dominieren und auch das (medial verbreitete) Bild von Männern geprägt wird. Vereinzelt versucht die FPÖ jedoch, Frauen in Spitzenpositionen zu hieven – Heide Schmidt als erste Generalsekretärin und 1992 Bundespräsidentschaftskandidatin der FPÖ, Susanne Riess-Passer als erste Bundesparteiobfrau der FPÖ, Barbara Rosenkranz als FPÖ-Bundespräsidentschaftskandidatin 2010 –; wohl auch, um vom strukturellen Frauenmangel in der Partei abzulenken.

In der FPÖ lässt sich keine eigenständige Frauenpolitik antreffen, da diese ausschließlich als Frauen-, Familien- und Kinderpolitik präsentiert wird, was Aufschluss über die dahinter stehenden Geschlechterbilder gibt, die Frauen betreffende Fragestellungen eng an Vorstellungen von deren Rollen innerhalb der Familie koppeln. So werden auch die von der FPÖ postulierten Lösungsmöglichkeiten für sogenannte Frauenprobleme (wie Unvereinbarkeit von Beruf und Familie, Geburtenrückgang, niedere Pensionsansprüche etc.) zumeist im familiären Kontext angesiedelt. Quoten lehnt die FPÖ ab, was sich auch in der deutlichen Unterrepräsentation von Frauen auf allen Ebenen, ob im Parlament oder in anderen Funktionen, widerspiegelt. Bis heute wählen auch deutlich weniger Frauen als Männer die FPÖ, so beispielsweise bei den Nationalratswahlen 2013, als 28 % der Männer, aber nur 16 % der Frauen ihre Stimme für die FPÖ abgaben (SORA 2013, 5). Während die FPÖ emanzipato-

rische Gleichstellungsmaßnahmen in der Regel ablehnt, macht sich die Partei für sogenannte „Männerprobleme“ stark und arbeitet dabei eng mit Männer- und Väterrechtlern zusammen.

Dennoch ist innerhalb der FPÖ eine eigenständige Frauenorganisation, die Initiative Freiheitlicher Frauen (IFF), anzutreffen, die den Anspruch verfolgt, Politik von Frauen für Frauen zu machen. Gegründet wurde die Organisation 1995 von Ursula Haubner, und bis heute unterstützt sie die von der Partei eingebrachten geschlechterpolitischen Thematiken wie die bereits erwähnte Familienpolitik, wobei insbesondere die Aufgaben von Frauen als Mütter zentrale Rollen einnehmen. Feminismus und Emanzipation hingegen werden als Feindbilder präsentiert.

FRAUENPRÄSENZ BEI DEN IDENTITÄREN

Wenngleich es sich bei den Identitären nach wie vor um eine männlich dominierte Gruppe handelt, wird bei genauerer Betrachtung deutlich, dass Frauen nicht erst seit der Gründung der eigenständigen „Mädelgruppe Edelweiß“ im vergangenen Jahr zu den fixen Bestandteilen der aktivistisch orientierten Bewegung zählen. Frauen sind bei nahezu allen medienwirksamen Aktionen der Identitären mit dabei, von Flugblätteraktionen bis hin zu Versuchen, die Grenzübergänge nach Österreich zu blockieren. Ihr sonstiges Engagement besteht vor allem darin, Postings der unterschiedlichen identitären Städtegruppen zu verbreiten, dazu aufzurufen, zu Stammtischen zu kommen oder die Anliegen der Identitären finanziell zu unterstützen. Unterstützerinnen der Identitären präsentieren sich im Internet als „Zu schön für einen Schleier“ oder mit „Still not loving Antifa“-T-Shirts und mobilisieren für Aktionen der Identitären, beispielsweise „gegen den großen Austausch“. Dass das identitäre Frauenbild ebenfalls konservativ geprägt und biologistisch konstruiert ist, verdeutlicht sich nicht nur im Logo der Frauengruppe, auf dem neben einem Edelweiß auch ein blonder Zopf zu sehen ist, sondern auch in Wünschen zum Muttertag, die auf Facebook veröffentlicht werden. Auf diversen Werbematerialien der Identitären finden sich Bilder von halbnackten Frauen bis zu Darstellungen von Frauen als passive und schutzbedürftige Wesen.

Einzelne Aktivistinnen der Identitären halten auch zur FPÖ Kontakt. So ist beispielsweise Katharina Walter nicht nur Bezirksrätin im dritten Wiener Gemeindebezirk, sondern auch bei den Identitären aktiv. Eine weitere wichtige Figur stellt Alina Wycheras dar, die sich – wohl wegen ihres ‚undeutschen‘ Nachnamens – gern als „Alina von Rauheneck“ präsentiert. Sie ist seit den

Anfängen der Bewegung ein wichtiges Mitglied, kommt als eine der wenigen Frauen in identitären Videos zu Wort, nimmt regelmäßig an Aktionen wie #seidiegrenze, der Scheinhinrichtung am Stephansplatz oder der dritten Sommeruni der Génération Identitaire in Frankreich teil und ist bereits seit ihrer Schulzeit in Baden mit Thomas, Martin und Georg Sellner befreundet.

FRAUENPRÄSENZ UND GENDERTHEMEN BEI DEN PEGIDA-PROTESTEN UND DER FPÖ

Erste Studien zu Deutschland haben zwar ergeben, dass in etwa zwei Drittel der Teilnehmer_innen an Pegida-Aufmärschen männlich sind, das Phänomen jedoch einzig als maskulines Problem zu verhandeln, verharmlost und unterschätzt das Engagement von Frauen. Wenngleich die Zahl männlicher Teilnehmer in Österreich zumindest bei den wenigen Demonstrationen noch höher gewesen sein dürfte, darf nicht darüber hinweggesehen werden, dass Frauen durch ihre Einbindung in dominanzgesellschaftliche Strukturen von Rassismus und anderem menschenfeindlichen Gedankengut profitieren und Demonstrationen nicht das einzige Betätigungsfeld von Pegida-Sympathisant_innen darstellen. Zu nennen wären in Österreich beispielsweise Internetaktivismus – vor allem auf Facebook, aber auch in anderen Foren – oder das Engagement gegen den im Zusammenhang mit dem Song Contest georteten vermeintlichen „Werteverfall".

In Deutschland spielten Frauen tragende Rollen in den Führungskreisen von Pegida, wie sich an der ehemaligen Pegida-Sprecherin Kathrin Oertel in Dresden oder der Pegida-Organisatorin und -Rednerin Melanie Dittmer gezeigt hat. Trotz ihrer deutlichen politischen Äußerungen stand in der sexistischen Berichterstattung nicht selten Dittmers Äußeres stärker im Zentrum der Aufmerksamkeit als ihre politischen Ansichten. (vgl. Trawnik 3.2.2015) Das Beispiel Pegida und die antimuslimisch-rassistischen Diskurse der FPÖ eignen sich hervorragend dafür, Verschränkungen zwischen antifeministischen und rassistischen Diskursen festzumachen, wie sie beispielsweise über Forderungen nach Erhöhung der Geburtenrate in traditionellen Familien, über den Kampf gegen den Verfall traditioneller Werte, über Geschlechterrollen, Familienstrukturen und ‚Volksgemeinschaft' geführt werden, die sich vom Islam oder vom Feminismus aka „Genderismus" oder „wahnwitzigem Gender-Mainstreaming" bedroht sehen. (vgl. Ganz 3.2.2015) Gerade weil traditionelle biologistische Geschlechtervorstellungen und die Angst vor dem Verlust von Privilegien auch in der Mitte der Gesellschaft weit verbreitet sind,

bietet rassistische, antifeministische Geschlechterpolitik über ideologische Differenzen hinweg Anknüpfungsmöglichkeiten breiterer Gesellschaftsschichten an Pegida und FPÖ. Schnittmengen ergeben sich auch mit anderen außerparteilichen Gruppierungen wie Männer- und Väterrechtlern.

Die in rechtsextremen Kreisen verbreitete Strategie, der Sexismuskritik eine rassistische Logik zu verleihen und Bedrohungen sexualisierter Gewalt alleinig auf ausländische Männer zu projizieren, findet sich auch in Pegida-Argumentationen wieder. So phantasierte der ehemalige österreichische Pegida-Sprecher Georg Immanuel Nagel von einem „Vergewaltigungs-Jihad gegen europäische Frauen" sowie einem „sattsam bekannten Hang mancher Jünger Mohammeds zu sexuellen Übergriffen", über den jedoch „aus Gründen der politischen Korrektheit" (Nagel, zit. nach Fritzl 31.1.2015) nicht gesprochen werden dürfe. Gerade weil die Pegida – vor allem in Deutschland, aber auch bei ihren Sympathisant_innen in Österreich – und die FPÖ zu wichtigen Akteurinnen in aktuellen Anti-Gender-Diskursen geworden sind, die als Teil eines größer angelegten antifeministischen Backlash betrachtet werden müssen, sollte diesen Tendenzen in der Kritik mehr Aufmerksamkeit zukommen.

Die ausgewählten Beispiele zeigen, dass Frauen – egal ob in Mädelschaften, bei den Identitären oder als Retterinnen des christlichen Abendlandes bei Pegida organisiert – ihren männlichen Gesinnungskameraden ideologisch um nichts nachstehen. In der Berichterstattung werden Frauen jedoch immer wieder lächerlich gemacht und verharmlost, was dazu führt, dass sie als politische Subjekte und Anhängerinnen menschenfeindlichen Gedankenguts nicht ernst genommen werden. Sexistische Denkweisen werden fortgeschrieben, ihre systemstabilisierenden Funktionen nicht erkannt.

LITERATUR

Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus: „Und warum ist das Interessanteste an einer militanten Rechtsextremistin ihr Liebesleben?" – Offener Brief des Forschungsnetzwerks Frauen und Rechtsextremismus zur Berichterstattung über die Rechtsextremistin Beate Zschäpe (11.2011), online: http://www.frauen-und-rechtsextremismus.de/cms/component/content/article/2-uncategorised/15-und-warum-ist-das-interessanteste-an-einer-militanten-rechtsextremistin-ihr-liebesleben-offener-brief-des-forschungsnetzwerks-frauen-und-rechtsextremismus-zur-berichterstattung-ueber-die-rechtsextremistin-beate-zschaepe [10.4.2015]

Ganz, Kathrin: PEGIDA gegen den Gender-Wahn: Rechte Mobilisierung und die Krise sozialer Reproduktion. In: blog feministische studien vom 3.2.2015, online:

http://blog.feministische-studien.de/2015/02/pegida-gegen-den-gender-wahn-rechte-mobilisierung-und-die-krise-sozialer-reproduktion [10.4.2015]

Nagel, Georg zit. nach Fritzl, Martin: Wer ist Pegida Österreich? In: Die Presse vom 31.1.2015, online: http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/4651678/Wer-ist-Pegida-Osterreich [10.4.2015]

SORA: Wahlanalyse Nationalratswahl 2013, online: http://www.strategieanalysen.at/bg/isa_sora_wahlanalyse_nrw_2013.pdf [15.4.2015]

Trawnik, Mareike: Pegida-Proteste von Männern? In: netz-gegen-nazis.de vom 3.2.2015, online: http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/pegida-%E2%80%93-proteste-von-m%C3%A4nnern-10027 [10.4.2015]

B. ISLAMISMUS UND RECHTSEXTREMISMUS – MEHR GEMEINSAMKEITEN ALS ANGENOMMEN

ALBERT STEINHAUSER

Islamismus und Rechtsextremismus stehen sich scheinbar als politische Gegenspieler gegenüber: auf der einen Seite Rechtsextremismus und Rechtspopulismus, die den Islamismus und dessen Terror instrumentalisieren, um gegen den Islam zu mobilisieren, auf der anderen Seite der Dschihadismus, der antimuslimische Diskriminierungserfahrungen durch die Rechte als ein Rekrutierungsargument ins Treffen führt, um Jugendlichen zu beweisen, dass ‚der Westen' sie persönlich ablehnt.

Vorauszuschicken ist, dass Islam und Islamismus nicht gleichzusetzen sind. Während der Islam im Rahmen der grundrechtlich garantierten Religionsfreiheit in seiner Ausübung zu schützen ist, ist unter Islamismus eine politische Richtung zu verstehen, deren Ziel die Errichtung einer allein religiös legitimierten Gesellschafts- und Staatsordnung darstellt, in der Gesellschaft und Staat sich den übersteigerten religiösen Ordnungsüberlegungen zu unterwerfen haben. Unter Dschihadismus wiederum sind jene islamistischen Strömungen einzuordnen, die terroristische Gewalt als das primäre Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele propagieren und praktizieren.

Im Rechtsextremismus tritt die Nation oder Rasse an die Stelle der Religion. Wesentliche Merkmale sind ein autoritäres bis diktatorisches, von Chauvinismus geprägtes Politikverständnis sowie die Verharmlosung oder Rechtfertigung des Nationalsozialismus, gepaart mit antisemitischen, fremdenfeindlichen und sozialdarwinistischen Einstellungen.

Tatsache ist aber, dass Rechtsextremismus und Islamismus mehr Gemeinsamkeiten und ideologische Parallelen haben, als beide sich eingestehen. Ist der Islamismus also eine Form des Rechtsextremismus mit deutlichen inhaltlichen Überschneidungen zum ‚traditionellen' Rechtsextremismus?

AUTORITÄRE REBELLION GEGEN DAS HERRSCHENDE SYSTEM

Islamist_innen und Rechtsextreme inszenieren sich gerne als Rebell_innen gegen herrschende Systeme: die einen gegen den Westen, die anderen gegen Regierungen, die nicht das ‚gesunde Volksempfinden' zur ausschließlichen Grundlage ihrer Politikgestaltung machen. Als besondere Feindbilder dienen in beiden Fällen die USA und Israel. Dabei handelt es sich aber um eine autoritäre Rebellion. Ziel ist nicht die Freiheit, sondern die Beseitigung

der Demokratie, an deren Stelle eine wie auch immer geartete Gemeinschaft treten soll, der sich der Einzelne zu unterwerfen hat.

VERSCHWÖRUNGSTHEORIEN UND BEDROHUNGSSZENARIEN

Kaum jemand spinnt daher so hartnäckig absurde Verschwörungstheorien wie Rechtsextremist_innen und Islamist_innen, die vor allem online Verbreitung finden. Dabei steht stets eine heraufbeschworene Bedrohung durch Dritte im Mittelpunkt, die entweder das ‚reine Volk' oder die ‚reine Lehre' gefährde. Dieses Bedrohungsszenario wird zur Rekrutierung und Dauermobilisierung der eigenen Anhänger und Anhängerinnen benutzt. Mit Hilfe von Untergangsphantasien und der Erzeugung von apokalyptischer Endzeitstimmung versammeln sowohl rechtsextreme als auch islamistische Anführer ihre Anhängerschaften hinter sich. Die agitative Erregung befindet sich auf einem permanenten Höhepunkt. Die Beschwörung des kurz bevorstehenden Unterganges rechtfertigt Gewalt als scheinbar letzte Möglichkeit der Selbstverteidigung.

STÄNDIGE OPFERROLLE

Diese künstlich geschaffene permanente Bedrohung begünstigt eine weitere Gemeinsamkeit. Vertreter_innen beider Ideologien sehen sich ständig als Opfer von Verfolgung. Rechtsextreme sehen sich gerne von der „Lügenpresse" bewusst missinterpretiert und verleumdet: Weil wir für euch sind, sind sie gegen uns, lautet die simple Botschaft des rechten Randes. Aber auch der Islamismus kultiviert die Opferrolle. Diskriminierungserfahrungen sowie die behauptete Aggression des Westens oder Israels sind zentrale Argumente der Islamist_innen für die Rekrutierung von Dschihadist_innen. Beide Gruppen inszenieren sich als Opfer und leiten daraus die Rechtfertigung dafür ab, verbale, reale oder terroristische Gewalt anzuwenden.

REAKTIONÄRES GESELLSCHAFTSBILD

Gesellschaftspolitisch ist man sich in vielen Punkten nahe. Die Rolle der Frau in der Gesellschaft? Homosexualität? Autoritäre Erziehung? In vielen Fragen können sich Islamismus und Rechtsextremismus rasch einigen. Beide Strömungen wettern gern gegen die „Dekadenz des Liberalismus", vertreten einen rückwärtsgewandten Ultrakonservativismus und verherrlichen diffus bleibende frühere Zeiten.

UNUMSTÖSSLICHE GESETZE

Selbst dort, wo es Unterschiede gibt, lassen sich Gemeinsamkeiten herstellen. Unbestritten ist, dass sich der Rechtsextremismus in seiner Hauptströmung weniger auf die Religion, sondern auf die Nation oder Ethnie bezieht, die es reinzuhalten und zu schützen gilt. Dabei verweist er häufig auf vermeintliche Naturgesetze, die eine unumstößliche Ordnung bilden, die nicht in Frage gestellt werden dürfe. Die Welt ist nach dem Freund-Feind-Schema gestaltet: „unser Volk" gegen „Fremde" oder „Untermenschen".

Im Islamismus bildet die übersteigerte Interpretation der Religion den Deutungsrahmen. Auch hier gelten unumstößliche Gesetze, die in diesem Fall von Gott stammen und vom Menschen nicht bezweifelt werden dürfen, auch hier gilt das Freund-Feind-Schema: Gläubige gegen Ungläubige. Der zentrale Unterschied besteht in der Durchlässigkeit des Systems: Im Islamismus kann jede/r durch Konversion und Heldentod Erlösung finden, der Rechtsextremismus hingegen sieht keine bewusste Übertrittsmöglichkeit zu einer Ethnie oder einer Nation vor.

BEDROHTE MÄNNLICHKEIT

Sowohl im Rechtsextremismus als auch im Islamismus herrscht ein strenges Patriarchat. Führungsfunktionen werden in der Regel von Männern besetzt, Frauen auf die Rolle der Gebärerin zurückgesetzt. Diese strenge Rollenaufteilung dient als Zufluchtsort für die bedrohte Männlichkeit in einer sich verändernden Gesellschaft. Beide Ideologien sehen im Aufbrechen herkömmlicher Geschlechterrollen eine Verweichlichung und „Verschwulung" unserer Gesellschaft. Dabei verstecken sich hinter dieser martialischen Macho-Fassade in Wahrheit sowohl im Rechtsextremismus als auch im Islamismus Angst und Unklarheit über das eigene Männlichkeitsbild. Die Betonung traditioneller Rollenbilder soll den verunsicherten Männern Orientierung geben.

ANTISEMITISMUS

Der Antisemitismus spielt in den Hauptströmungen des Rechtsextremismus und des Islamismus eine wichtige Rolle. Antisemitische Hetze und Übergriffe werden da wie dort aktiv betrieben und propagandistisch ausgelebt. Wenn ein muslimischer Friseur auf Facebook ein Foto von Adolf Hitler mit dem Text postet: „Ich könnte alle Juden töten, aber ich habe einige am Leben gelassen, um euch zu zeigen, wieso ich sie getötet habe" (APA, 15.9.2015), dann

trifft man sich argumentativ in Wort und Bild. Der Antisemitismus ist auch der Punkt, der zu einer ganz konkreten Kooperation zwischen Islamist_innen und Rechtsextremist_innen führte. 2006 lud der damalige iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad in Teheran zu einer großen Holocaustleugner_innen-Konferenz, an der zahlreiche namhafte Rechtsextremist_innen teilnahmen.

STRENGE HIERARCHIE

Auch das Organisationskonzept des Islamismus ähnelt jenem des Faschismus. Beide Strömungen sind streng hierarchisch aufgebaut. Der Führer respektive Prediger wird als unangreifbarer Charismatiker inszeniert, dessen Anordnungen dogmatische Wirkung entfalten und nicht in Frage gestellt werden dürfen. Nicht selten steuern Eliten auf diese Weise die Massen und instrumentalisieren diese für ihre Interessen. Der Einzelne hat sich der Gemeinschaft ohne Widerspruch unterzuordnen.

WAS HEISST DAS?

Rechtsextremismus und Islamismus haben viele ideologische Gemeinsamkeiten, obwohl sie in geografisch unterschiedlichen Gebieten wurzeln und sich zeitlich unterschiedlich entwickelt haben. Während der Rechtsextremismus in Österreich sich mehr oder weniger intensiv auf den Nationalsozialismus bezieht, hat der Islamismus dort nur punktuelle Berührungspunkte. Dennoch können die beiden Strömungen aufgrund der angesprochenen Parallelen als verwandt bezeichnet werden.

Daraus leitet sich aber eine wichtige Erkenntnis ab. Die gesellschaftliche Auseinandersetzung findet nicht zwischen Rechtsextremist_innen und Islamist_innen statt. Wer Islamismus ablehnt, muss sich auch konsequent von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus abgrenzen. Die polarisierende Hetze der FPÖ, der Identitären oder von PEGIDA ist genauso brandgefährlich wie die Rhetorik der Islamist_innen. Sie alle suchen Feindbilder, um alte Ideen neu zu verpacken, um die Gesellschaft zu spalten und zu verunsichern. Aber wir müssen auch mit gleicher Vehemenz den ideologischen Vertreter_innen des Islamismus entgegentreten – allerdings ohne antimuslimische Vorurteile zu reproduzieren. Da darf es kein Wegschauen geben. Zivilgesellschaft und linke Bewegungen müssen sich als politische Gegnerinnen des reaktionären Islamismus begreifen. Wer diese Lücke nicht besetzt, darf sich nicht wun-

dern, wenn dann als Folge gegen eine wiedererstarkte Rechte demonstriert werden muss. Nur wer die Parallelen sieht und benennt, wird beide Strömungen schwächen können.

LITERATUR

APA: „Ich könnte alle Juden töten" – Zwei Jahre bedingt (15.9.2015), online: http://www.nachrichten.at/oberoesterreich/Ich-koennte-alle-Juden-toeten-Zwei-Jahre-bedingt;art4,1973100 [10.4.2016]

C. RECHTSEXTREMISMUS IN DER DIASPORA

THOMAS SCHMIDINGER

Rechtsextremismus beschränkt sich keineswegs nur auf den deutschnationalen Bereich. Auch außerhalb des deutschsprachigen Raumes gibt es rechtsextremistische Ideologien, die teilweise von Migrant_innen nach Österreich mitgenommen wurden und sich hier – in der Diaspora – unter Jugendlichen mit Migrationshintergrund verbreiten. Dabei werden diese Ideologien aus den Herkunftsländern nicht einfach nur importiert, sondern teilweise auch transformiert, den spezifischen Diaspora-Situationen angepasst und mit der mythischen Sehnsucht nach einer völkischen Verbindung zum Herkunftsland und dem ‚Volk' der Eltern und Großeltern verknüpft.

In Österreich sind rechtsextreme Ideologien von Bedeutung, die aus den wichtigsten Herkunftsländern von Migrant_innen stammen, sowie verschiedene Formen eines sich religiös begründenden Extremismus. Darunter wären vor allem zu erwähnen:

- → Serbischer Nationalismus (Panserbismus, Tschetniks)
- → Kroatischer Nationalismus (Ustascha)
- → Polnischer Nationalismus
- → Türkischer Nationalismus (Turanismus)
- → Verschiedene Formen des Dschihadismus und andere extremistische Formen des politischen Islams

Dabei gibt es allerdings auch Übergangsformen säkularer Nationalismen und extremistischer Strömungen des politischen Islams, wie wir sie z.B. bei einigen tschetschenischen oder türkischen Gruppierungen finden. In diesen Fällen ist die Abgrenzung gegenüber anderen politischen Ideologien oft schwierig. Während etwa die Unterschiede zwischen Rechtsextremismus und Rechtskonservativismus sowohl beim klassischen deutschnationalen als auch beim neurechten Rechtsextremismus durch lange Debatten deutlich wurden, ist dies bei Ideologien, die einen anderen Entstehungskontext besitzen und zugleich in Österreich transformiert wirken, nicht immer ganz so einfach.

Eine weitere Sonderform stellt der jüdische Rechtsextremismus dar, der in Österreich aber zahlenmäßig geringe Bedeutung hat und nur teilweise ein Migrationsphänomen darstellt, allerdings ebenfalls als Diaspora-Rechtsextremismus zu verstehen ist.

Der hier formulierte Überblick inkludiert verschiedene extreme Strömungen, die sich in ihrer Ideologie der Ungleichheit und in ihrem exklusivisti-

schen und identitären Zugang zur Politik mit dem klassischen österreichischen Rechtsextremismus decken. Vielfach, aber keineswegs immer, gibt es auch gemeinsame Feindbilder.

SERBISCHER NATIONALISMUS (TSCHETNIKS)

Mit dem Ende des Sozialismus in Jugoslawien und den darauf folgenden Zerfallskonflikten erstarkten unter den jugoslawischstämmigen Migrant_innen und deren Nachkommen in Österreich Ethnonationalismen wie der serbische oder der kroatische Nationalismus. Auch wenn sich große Teile der serbischen Bevölkerung Österreichs nicht diesen Ideologien zuwandten, so war in den 1990er Jahren doch ein deutliches Anwachsen von panserbischen Gruppen und von Anhänger_innen der Tschetniks zu beobachten, die mit extremen serbischen Nationalist_innen in Bosnien, Kroatien und im Kosovo sympathisierten. Um diese Zeit spalteten sich mehrere jugoslawische Vereine in serbische und kroatische Gruppen, die allerdings unterschiedlichen politischen Richtungen angehörten. Während einige Vereine mit der regierenden Serbischen Sozialistischen Partei sympathisierten, existierten auch Gruppierungen, die offen mit der Serbischen Radikalen Partei (Radikalna Stranka, SRS) unter Vojislav Šešelj sympathisierten. Nach dem Ende der Kriege am Balkan, nach dem Sturz von Slobodan Miloševi, der Spaltung von Šešeljs Radikaler Partei 2008 und der folgenden Marginalisierung der extremen Nationalist_Innen um Šešelj verlor der serbische Rechtsextremismus auch in Österreich an Bedeutung. Allerdings existieren immer noch rechtsextreme Gruppierungen, die sich seit 2008 mit der FPÖ verbündet haben. FPÖ-Parteichef Heinz-Christian Strache hat sich immer wieder für die serbische Position in der Kosovo-Frage stark gemacht. Ein verbindendes Element ist der gemeinsame Hass gegen Muslime.

Als wichtigstes Scharnier zwischen FPÖ und serbischem Nationalismus gilt die 2010 gegründete „Christlich-Freiheitliche Plattform für ein freies Europa souveräner Völker“ (CFP) unter dem Präsidenten Konstantin Dobrilovi, einem studierten serbisch-orthodoxen Theologen. Über den Erfolg der Organisation gibt es jedoch unterschiedliche Ansichten. Zwar bemüht sich die FPÖ immer wieder mit Konzerten serbischer Turbofolk-Gruppen um Unterstützung in der serbischen Community. Mit dem Meidlinger Bezirksrat Luka Markovi wechselte allerdings 2014 einer der wichtigsten serbischstämmigen FPÖ-Politiker zur SPÖ. Eine dauerhafte Allianz des serbischen Rechtsextremismus mit der FPÖ dürfte bisher nicht gelungen sein.

KROATISCHER NATIONALISMUS (USTASCHA)

Der kroatische Nationalismus der Ustascha, die sich im Zweiten Weltkrieg mit den Nazis verbündet und in deren Windschatten einen Marionettenstaat errichtet hatte, blieb auch nach 1945 eng mit dem Deutschnationalismus verbunden. Ehemalige Kriegsverbrecher der Ustascha wie der Polizeikommandant Milivoj Ašner fanden in Österreich Unterschlupf und trugen nach dem Ende Jugoslawiens zur Wiederbelebung des kroatischen Nationalismus in der kroatischen Diaspora in Österreich bei. Wichtiger für die Popularität des neuen Rechtsextremismus unter kroatischen Jugendlichen in Österreich waren jedoch popkulturelle Ausdrucksformen des neuen kroatischen Nationalismus, wie sie etwa Marko Perkovi und seine Band Thompson verkörpern. Während die meisten kroatischen Vereine in Österreich in den 1990er Jahren den rechtsgerichteten kroatischen Präsidenten Franjo Tuđman unterstützten, existierten auch kleine Gruppierungen, die mit der offen rechtsextremen Kroatischen Partei des Rechts (Hrvatska Stranka Prava, HSP) von Dobroslav Paraga sympathisierten. Letztere brachten es aber nie zu einem organisierten Dachverband. Ab 2007 verlor sie durch Spaltung und Niedergang auch an Einfluss in der Diaspora. Als jugendkulturelles Phänomen bleiben kroatischer Nationalismus und Rechtsextremismus jedoch weiterhin präsent.

POLNISCHER NATIONALISMUS

Mit dem Erstarken rechtsextremer Parteien in Polen gewannen auch rechtsextreme Gruppierungen der polnischen Diaspora in Österreich an Bedeutung. Im Juni 2014 störten polnische Rechtsextremist_innen die „Regenbogenparade“ in Wien, und im September desselben Jahres veranstaltete die Wiener Nationale Offensive (Wiedenska Inicjatywa Narodowa, WIN) einen „Patriotenkongress“, bei dem u.a. Redner der rechtsextremen Organisationen „Ruch Narodowy“ und der „Liga polnischer Familien“ auftraten. (vgl. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, 2014)

Die WIN hat sich in den letzten beiden Jahren als Zentrum des polnischen Rechtsextremismus in Wien etabliert und wird vor allem von militanten Jugendlichen getragen. Die Gruppierung ist als antisemitisch, homophob und antieuropäisch bekannt, dürfte allerdings nur über einen harten Kern von zwei Dutzend Anhänger_innen verfügen. Am 8. April 2015 störten Aktivist_innen der WIN einen Vortrag des jüdischen Soziologen und Philosophen Zygmunt Bauman in Wien.

TÜRKISCHER RECHTSEXTREMISMUS (TURANISMUS)

Der völkisch-nationalistische Turanismus bezieht sich auf eine mythische Urheimat der Turkvölker und die damit verbundene Idee eines großtürkischen Reiches, das alle turksprachigen Bevölkerungsgruppen von Sibirien bis Europa vereint. Im 19. Jahrhundert entstanden, spielten turanistische Vorstellungen in der Bewegung der Jungtürken im späten Osmanischen Reich eine Rolle und blieben auch als Strömung in der Türkischen Republik präsent.

Alle Variationen des türkischen Nationalismus, die sich aus dem Turanismus entwickelt haben, vertreten ein völkisches, pantürkisches Nationsverständnis, das jegliche kulturellen und politischen Rechte von Minderheiten negiert, insbesondere die Ansprüche von Armenier_innen und Kurd_innen. Weit verbreitet sind zudem antisemitische Positionen, die sich nicht nur gegen Jüdinnen und Juden sowie gegen den Staat Israel richten, sondern auch gegen Personen und Gruppen, die verdächtigt werden, „Dönme" zu sein. Als Dönme werden in der Türkei die Mitglieder oder Nachkommen einer kryptojüdischen Religionsgemeinschaft bezeichnet, deren „Messias" Schabbatai Zvi im 17. Jahrhundert unter Druck zum Islam konvertierte. Da zu diesem Zeitpunkt auch viele Anhänger_innen von Schabbatai Zvi zum Islam übertraten, unterstellen viele heutige türkische Antisemit_innen unterschiedlichsten Muslim_innen, in Wahrheit Krypto-Jüdinnen und -Juden zu sein.

Das Freimaurertum, Liberalismus und Marxismus zählen zu weiteren Feindbildern des Turanismus.

Die größte Strömung dieses pantürkischen Rechtsextremismus wird in der Türkei von der Nationalen Bewegungspartei (Milliyetçi Hareket Partisi, MHP) repräsentiert, die – wie die meisten türkischen Parteien – auch in der türkischstämmingen Diaspora über ein Netzwerk an Institutionen verfügt. In Österreich sind diese in der Österreichischen Türkischen Föderation (Avusturya Türk Federasyon, ATF) organisiert, einem Dachverband lokaler Vereine, die in verschiedenen Vereinslokalen auch Gebetsräume betreiben. Insgesamt unterhält der Dachverband 29 Moscheen mit 26 Imamen (Aslan Ednan o.J.). Die Türkische Föderation ist Mitglied der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGiÖ) und mit einem Mitglied im Obersten Rat der IGGiÖ vertreten.

Die MHP, deren politischer Arm in Europa unter dem Namen ihrer Jugendbewegung „Graue Wölfe" bekannt ist, vertritt einen aggressiv antikurdischen und antiarmenischen türkischen Nationalismus, der unter dem früheren Führer Alparslan Türkeş (1917–1997) auch immer wieder offen antisemitisch orientiert war. Nach Türkeş' Tod hat sich die Partei zumindest nach

außen hin gemäßigt, was auch zu extremistischeren Abspaltungen führte. Allerdings hat sich an den grundsätzlichen ideologischen Positionen der Bewegung nichts verändert.

Auch die österreichischen Mitgliedsvereine der Türkischen Föderation vertreten einen aggressiven Nationalismus, der gegen Minderheiten in der Türkei gerichtet ist. Zusätzlich bemühen sie sich darum, ein „europäisches Türkentum", das analog zum irakischen oder krimtatarischen Türkentum gedacht wird (vgl. Aslan Emre 2009, 128), als ethnisch und völkisch gedachte Minderheit zu erhalten, und stehen damit Bemühungen um eine Integration der Nachkommen türkischer Migrant_innen oder Ideen eines transnationalen Weltbürgertums feindlich gegenüber.

Die Zentrale der Türkischen Föderation befindet sich in Wien. Neben der Bundeshauptstadt sind Vereine der Türkischen Föderation vor allem in Oberösterreich, Tirol und Vorarlberg stark vertreten. (vgl. Schmidinger/Rammerstorfer 2012, 71)

Neben der MHP hat in den letzten Jahren eine ‚islamisierte' Variante des Turanismus an Bedeutung gewonnen. In der Türkei spaltete sich die Partei der großen Einheit (Büyük Birlik Partisi, BBP) bereits 1993, also noch vor dem Tod von Alparslan Türkeş, von der MHP ab. Ihr Führer Muhsin Yazıcıoğlu (1954–2009) vertrat einerseits nationalistischere Ansichten als die MHP, postulierte aber auch, dass der Islam zur nationalen Identität des Türkentums gehöre. Er setzte dem säkularen Nationalismus von Türkeş also gewissermaßen eine islamisierte Variante entgegen. Die BBP radikalisierte und islamisierte nicht nur den Nationalismus der MHP, sondern pflegte insbesondere einen militanten Hass auf Armenier_innen, Jüdinnen und Juden. Anhänger_innen der BBP waren in die Ermordung des armenischen Publizisten Hrant Dink im Jahr 2007 verwickelt. Der Konflikt in Tschetschenien wurde von der BBP und ihren europäischen Anhänger_innen stark rezipiert, wobei sich die Partei mit dem dschihadistischen Flügel des tschetschenischen Widerstands, insbesondere mit dem Rebellenführer Schamil Bassajew solidarisierte.

Während sie bei Wahlen in der Türkei nur mäßig erfolgreich war, baute die BBP in der europäischen Diaspora erfolgreich Strukturen auf. „Avrupa Nizam-ı Alem Ocakları Federasyonu, ANOF (Föderation der Weltordnung in Europa) wurde 2002 in „Verband der türkischen Kulturvereine in Europa" (Avrupa Türk Birliği, ATB) umbenannt und von Deutschland aus geleitet. Der erste österreichische Mitgliedsverein entstand bereits 1993, im Jahr der Parteigründung, in Wien. Heute existieren neben zwei Vereinen in Wien noch

Vereine in Zistersdorf (NÖ), Braunau (OÖ) und Hallein (Salzburg).

Sowohl die MHP- als auch die BBP-Vereine verhalten sich meist unauffällig. Allerdings eskalieren die Auseinandersetzungen mit Kurd_innen immer dann, wenn sich der türkisch-kurdische Konflikt in der Türkei zuspitzt. Vor allem die jugendlichen Anhänger_innen der beiden Strömungen, die auch eine eigene nationalistische Jugend- und Musikkultur entwickelt haben, greifen bei Konfrontationen mit jungen Sympathisant_innen der kurdischen PKK immer wieder zu Gewalt.

Im April 2015 bildeten die rechtsextremen Strömungen des türkischen Nationalismus gemeinsam mit der Anhänger_innenschaft von AKP und Milli Görüş eine gemeinsame Demonstrationsplattform, die sich gegen die Anerkennung des Genozids an den Armenier_innen und Assyrer_innen von 1915 richtete.

POLITISCHER ISLAM UND POLITISCHER SALAFISMUS

Das Spektrum der sehr unterschiedlichen politischen Strömungen, die den Islam nicht nur als Religionsgemeinschaft sehen, sondern aus ihm Ideologie, Gesellschaftsordnung und politische Ordnung ableiten, ist sehr breit und nicht von vornherein als Teil des Rechtsextremismus zu betrachten. So wie der politische Katholizismus und konservativ-politische Strömungen aus anderen Religionsgemeinschaften auch, haben Teile des politischen Islams Entwicklungsprozesse durchgemacht, die eine Annäherung an demokratische Positionen ermöglichen.

Zudem gibt es trotz mancher Überschneidungen von politisch-islamischen Strömungen mit rechtsextremen Bewegungen hinsichtlich diverser Feindbilder auch grundlegende Unterschiede. Im Gegensatz zu klassischen Rechtsextremismen setzen Strömungen des politischen Islams nicht auf einen völkischen Nationalismus und eine biologisch oder ‚natürlich' gedachte Ungleichheit der Menschen, sondern auf eine religiös vorgestellte Identität. Daraus folgt die Möglichkeit der Konversion. Selbst die extremsten Strömungen des politischen Islams, die heute oft unter dem Begriff des Dschihadismus zusammengefasst werden, sind offen für Neuzugänge. Allerdings grenzen sie sich in ähnlicher Weise gegen die „Ungläubigen" ab wie rechtsextreme Gruppierungen gegen andere „Rassen" oder „Völker".

In einigen Fällen vermischen sich Positionen des politischen Islams mit nationalistischen Positionen. Als Beispiel hierfür sind nicht nur die oben erwähnten ‚islamisierten' Varianten des türkischen Rechtsextremismus der BBP und des ATB zu erwähnen, sondern auch Formen des politischen Islams,

die sich mit türkischem Nationalismus mischen, wie wir sie etwa in der AKP und ihren Vorfeldorganisationen in Österreich (z.B. der Union Europäisch-Türkischer Demokraten, Avrupalı Türk Demokratlar Birliği, UETD), der Fethullah-Gülen-Bewegung oder in der Bewegung Milli Görüş (Nationale Sicht, in Österreich unter dem Namen Islamische Föderation auftretend) vorfinden.

Am deutlichsten sichtbar sind die Gemeinsamkeiten zwischen Rechtsextremismus und bestimmten Strömungen des politischen Islams beim Dschihadismus, der sich seit der Expansion des sogenannten Islamischen Staates (IS) in Syrien und im Irak in vielfacher Hinsicht als totalitärer Wiedergänger des Faschismus erweist. Es würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen, auf die eliminatorischen Vernichtungsstrategien des IS gegen Schiit_innen und Jesidi, auf die Vertreibung von Christ_innen und die Errichtung einer totalitären Herrschaft in der Region einzugehen. Die Ideologie des IS und anderer dschihadistischer Strömungen wurde in den letzten Jahren auch in Österreich zum Anziehungspunkt für eine Reihe von Jugendlichen und Erwachsenen, von denen sich einige Hundert dem bewaffneten Kampf dieser Gruppen in Syrien und im Irak angeschlossen haben. (vgl. Schmidinger 2015) Der Dschihadismus weist mit seiner Gewaltbereitschaft, seinem manichäischen, apokalyptischen Weltbild und seiner totalitären Orientierung viele ideologische Gemeinsamkeiten mit säkularen Rechtsextremismen auf und muss wie diese als Gefahr für eine demokratische und pluralistische Gesellschaft betrachtet werden.

TSCHETSCHENISCHER NATIONALDSCHIHADISMUS

Auch in der tschetschenischen Diaspora existieren Übergangsformen zwischen Nationalismus und Dschihadismus. Im Oktober 2007 rief der damalige „Präsident“ der nur noch im Untergrund existierenden Tschetschenischen Republik Itschkeria das Kaukasus-Emirat als dschihadistisches Nachfolgeprojekt der Republik aus. Damit gab er das Ziel eines Nationalstaates für die Tschetschen_innen endgültig auf und trieb die Ausweitung des Kampfes in den gesamten Nordkaukasus voran. Säkulare Nationalist_innen trennten sich von diesem Projekt.

Durch die Spaltung des Widerstandes im Nordkaukasus in einen nationalistischen und einen dschihadistischen Flügel haben sich diese beiden politischen Strömungen auch in der tschetschenischen Diaspora in Österreich getrennt. Nunmehr stehen einander die Adept_innen des prorussischen Diktators Ramsan Kadyrow, die Kämpfer_innen für das Kaukasus-Emirat und die Anhänger_innen der Tschetschenischen Republik Itschkeria gegenüber.

Während Letztere weiterhin einen säkularen Nationalismus befürworten, haben sich die Anhänger_innen des Kaukasus-Emirates immer mehr dem internationalen Dschihadismus angenähert.

Das Emirat wurde de facto Teil der globalen al-Qaida. Seit 2010 sind Mitglieder des Kaukasus-Emirates auch im globalen dschihadistischen Terrorismus aktiv. (vgl. Hahn 2014, 225ff.) Ab 2012 betätigten sich Kämpfer_innen des Kaukasus-Emirates als dschihadistische Freiwillige in Syrien. Nach der Ausrufung des „Khalifats" durch den IS schwor ein großer Teil der „Feldkommandanten" des Emirates einen Treueeid auf den „Khalifen" Ibrahim. Eine Minderheit arbeitet weiterhin mit al-Qaida zusammen.

Während sich die säkularen Nationalist_innen weiterhin um den Exilpolitiker Hussein Iskanov organisieren und in ihrer Anhängerschaft stabil bleiben, führt die Hinwendung vieler Emirat-Anhänger_innen zum IS seit 2014 zu einer Spaltung der Anhänger_innenschaft des Emirates in Österreich. Eine Gruppe um Adam Bisaev hat sich 2015 in einem Tschetschenischen Ältestenrat organisiert und beansprucht nun, gegen die Hinwendung tschetschenischer Jugendlicher zum IS aktiv zu sein. Ob man damit auch die Zusammenarbeit mit dem Kaukasus-Emirat in Tschetschenien beendet und der dschihadistischen Ideologie abgeschworen hat, darf jedoch bezweifelt werden.

Die Emirat-Anhänger_innen um Bisaev sind in einer Reihe unterschiedlicher Organisationen aktiv. Bisaev selbst ist Obmann des Vereins „Toleranz", der sich für „Bildung, Erziehung und Kultur" engagiert, Präsident des Kampfsportklubs „Austria Organization of Karate Kyokushinkaihan" sowie Vorstandsmitglied der europäisch-tschetschenischen Gesellschaft.

Jene Emirat-Anhänger_innen, die sich dem IS angeschlossen haben, bilden in Österreich heute einen Teil der dschihadistischen Untergrund-Szene und verfügen über keine formale Organisation.

JÜDISCHER RECHTSEXTREMISMUS

Die in Israel wegen Rechtsextremismus verbotene Kach-Bewegung unterhält in mehreren europäischen Staaten Zweigorganisationen, die sich überwiegend aus militanten Jugendlichen zusammensetzen. Das Zentrum dieser antiislamischen Bewegung ist in Frankreich anzusiedeln, im deutschsprachigen Raum tritt sie unter dem Namen Jüdische Verteidigungsliga auf. Die 2011 verkündete Gründung eines österreichischen Ablegers hat bislang keinerlei öffentlich sichtbare Resultate gezeigt. Die Website der Gruppe (www.jdl-austria.org) ist identisch mit jener der deutschen Jüdischen Verteidigungsliga. Auch die

entsprechende Facebook-Gruppe ist für den gesamten deutschsprachigen Raum konzipiert. Auf ihr werden neben Beiträgen über Meir Kahane, den Gründer der Kach-Bewegung, vorwiegend rassistische Kommentare gegen Muslim_innen und Araber_innen gepostet, die geografischen Bezugspunkte sind aber Israel und Deutschland. In Österreich scheint diese Strömung nur marginal vertreten zu sein.

POLITISCHER UMGANG MIT DEM RECHTSEXTREMISMUS DER DIASPORA

Lange Zeit wurden rechtsextreme Strömungen unter Migrant_innen und in Diaspora-Communitys in Österreich nicht ernst genommen. Auch Parteien und politische Initiativen, die selbst nicht aus der extremen Rechten kommen, wie z.B. die Linzer SPÖ mit ihrem Naheverhältnis zum Verein Avrasya, suchten in der Vergangenheit die Nähe zu rechtsextremen Organisationen aus Diaspora-Communities.

Antifaschistische und antirassistische Politik muss jedoch auch solche Formen des Rechtsextremismus ernst nehmen und bekämpfen, auch wenn diesen strategisch mit anderen Mitteln zu begegnen ist als den Rechtsextremismen der Mehrheitsgesellschaft. Organisationen und Vereine, die Ideologien der Ungleichheit und der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit propagieren, sind unter keinen Umständen politische Verbündete. Vielmehr gilt es auch in den Diaspora-Communitys progressive Verbündete zu gewinnen, die für klare humanistische und antifaschistische Positionen einstehen.

LITERATUR

Aslan, Ednan: Islamlandkarte. Islamische Vereine und Moscheen in Österreich, online: http://www.islam-landkarte.at/sites/default/files/T%C3%BCrkische%20F%C3%B6deration.pdf [12.4.2016]

Aslan, Emre: Der Mythos der Nation im transnationalen Raum. Türkische Graue Wölfe in Deutschland. Wiesbaden 2009.

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes: Polnische „Patrioten“ in Wien (9.2014), online: http://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/neues-von-ganz-rechts/archiv/september-2014/polnische-patrioten-in-wien [12.4.2016]

Hahn, Gordon M.: The Caucasus Emirate Mujahedin. Global Jihadism in Russia's North Caucasus and Beyond. Jefferson, North Carolina 2014.

Schmidinger, Thomas: Jihadismus. Ideologie, Prävention und Deradikalisierung. Wien 2015.

Schmidinger, Thomas/Rammerstorfer, Thomas: Türkischer Faschismus in Österreich. In: Volkshilfe Flüchtlings- & MirantInnenbetreuung Oberösterreich (Hg.): Grauer Wolf im Schafspelz. Rechtsextremismus in der Einwanderungsgesellschaft. Grünbach 2012, S. 67–80.

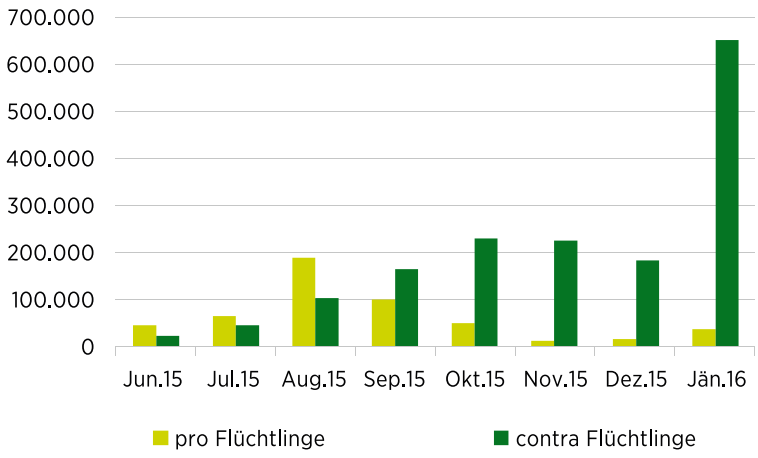
D. SOCIAL MEDIA ALS RECHTSEXTREMES AUFMARSCHGEBIET VOR DEM HINTERGRUND DER FLUCHTBEWEGUNGEN

ANDREA STANGL

VON WEBSITES UND FOREN ZU SOZIALEN NETZWERKEN

Die sozialen Medien haben in den letzten Jahren für den Austausch von Rechtsextremen und Neonazis stark an Bedeutung gewonnen. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass die einschlägigen großen Foren (Thiazi, Alpen-Donau und im letzten Jahr Altermedia) eingestellt und deren Aktivist_innen teilweise rechtskräftig verurteilt wurden und Hackerangriffe auf die einschlägigen Seiten deren Betrieb regelmäßig lahmlegten. Die Verlagerung der Kommunikation erfolgte zunehmend auf die sozialen Netzwerke, allen voran Facebook, hier teilweise offen, aber vor allem in geschlossene Gruppen. Rechtspopulistische Hetze setzte früh auf emotionale Botschaften, um „an vorhandene Stimmungen und Ressentiments in der Gesellschaft an[zu]docken – beispielsweise mit Hetze gegen den Islam oder Kampagnen gegen sexuelle Gewalt gegen Kinder“ (Gensing 14.6.2012). Zweifellos fanden diese Hetzkampagnen einen noch nie gekannten Höhepunkt mit den im

Abb.1[1]: Anzahl Shares und Likes von Beiträgen



1 Daten von Herbst 15.2.2016 zit. nach Storyclash.com

letzten Jahr massiv einsetzenden Fluchtbewegungen nach Mitteleuropa. Das oberösterreichische Unternehmen Storyclash veröffentlichte im Februar eine Analyse der Facebook-Auftritte aller großen österreichischen Onlinemedien, die den dramatischen Stimmungswandel zwischen Juni 2015 und Jänner 2016 sichtbar macht: Waren in den ersten drei Monaten des Beobachtungszeitraums die Interaktionen (Likes, Shares, Kommentare, Tags) zu Beiträgen mit einem positiven Ton zur Flüchtlingsbewegung in der Überzahl, waren es ab September mit zunehmender Tendenz jene mit negativer Stimmung. „Im August kamen noch 65 Prozent der Shares von Artikeln, die positiv über die Thematik berichteten, während 35 Prozent der Shares von negativer Berichterstattung stammten. Im Januar hat sich die Stimmung bereits stark verändert: 94 Prozent der Shares waren im Vormonat contra Flüchtlinge und nur noch 6 Prozent pro." (Herbst 5.2.2016) Die Speerspitze der Negativbeiträge formierte sich aus oe24.at („Österreich"), gefolgt von krone.at (Kronen Zeitung) und danach unzensuriert.at. (vgl. ebd.)

Kommentator_innen sind sich darüber einig, dass die Masse der ins Rechtspopulistische und Rechtsextreme abgeglittenen Bevölkerung nicht mehr über die traditionellen Medien zu erreichen ist, und es herrscht allgemeine Ratlosigkeit, wie dem effizient zu begegnen sei. Während sich die „traditionellen" Medien mit der Punzierung als „Lügenpresse" und dem aus dem nationalsozialistischem Vokabular stammenden Begriff der „Systemmedien" konfrontiert sehen, gewinnen pseudojournalistische Angebote aus der rechtspopulistischen und -extremen Szene an Bedeutung, obwohl gerade diese gezielt mit Falschmeldungen arbeiten. Indem Beiträge untereinander in selbstreferentieller Weise übernommen werden, spielen seriöse Quellenangaben und journalistische Sorgfaltspflicht keinerlei Rolle mehr. Dabei heben sich Raum und Zeit auf: Ereignisse und Bildmaterial werden aus dem Kontext gerissen, geografisch und zeitlich anders verortet, mit neuen Subtexten versehen und ins Internet geschickt. Bestimmte Motive tauchen immer wieder in gleicher oder leicht abgeänderter Form als „urban legend" auf, wie es die österreichische Internetseite mimikama.at oftmals belegt. Bis es über mühsame Recherche gelingt, die Urheberschaft von Fotos, Videos oder Textbeiträgen ausfindig zu machen und Falschmeldungen und Fakes durch Fakten zu widerlegen, haben sich Hassbotschaften bereits weit verbreitet. Getarnt unter dem Label der „freien Meinungsäußerung", treten rechtsextreme Gegenmedien mit dem kolportierten Anspruch auf, unzensiert berichten zu dürfen. Einfache Nutzer_innen werden darin zu Hobbyjournalist_innen, indem über

angebliche Vorfälle berichtet wird, die von der „Lügenpresse“ verschwiegen würden. Damit treffen zwei altbekannte Narrative aufeinander: der Mythos, Opfer der „Systemmedien“ zu sein, und damit einhergehend verschwörungstheoretische Ansätze. (vgl. Rauscher/Schmid 7.11.2015)

„KEYBOARD WARRIORS“, ANONYMITÄT UND RESONANZRAUM

„Die Meinungsfreiheit im Netz ist eine schwierige Angelegenheit. Viele Menschen sind aggressiver, wenn sie virtuell unterwegs sind, als auf offener Straße. Das trügerische Gefühl der eigenen Unsichtbarkeit im Internet führt in harmlosen Fällen zu Kommentaren ohne Sinn, aber sehr oft auch zu offenen Anfeindungen, Drohungen und verbaler Gewalt.“ (Deutschlandradio Kultur 12.2.2016) Die Sprache der „Keyboard Warriors“ wird in mehrfacher Hinsicht grenzüberschreitend: einerseits durch die Steigerung der verbalen Aggressionen, die immer öfter gesetzliche aber auch gesellschaftliche Tabus überschreiten, und andererseits durch die im Internet üblichere Ansprache per Du zwischen Personen, die einander nicht kennen. Direkte Verbalattacken lassen sich so vermutlich ungehemmter als mit dem distanzverweisenden Sie anbringen. Inwieweit sich tatsächlich eine Korrelation zwischen der immer ungebremsteren verbalen Aggression und der Ansprache herstellen lässt, wäre ein lohnender Untersuchungsgegenstand.

Nachweislich hat etwa der Antisemitismus in den letzten Jahren europaweit zugenommen, was auch auf Hasswellen via Facebook und andere Onlinemedien zurückgeführt wird, in denen sich „hate speech“ wie in einem Resonanzraum verstärkt. Inwieweit sich Radikalisierung alleine oder vorwiegend durch das Internet ereignet, ist nicht geklärt – und auch nicht, „ob das Internet heute wirklich das Trainingslager für Terroristen und Extremisten abgelöst hat – wie es manche Wissenschaftler und Politiker annehmen – (…). Es kann in jedem Fall ein Kontext sein, in dem sich Menschen radikalisieren, in dem sich Meinungen polarisieren und Diskurse eskalieren.“ (Böckler/Zick 2015)

Durch den oft kritisierten Algorithmus von Facebook, der darüber entscheidet, welche Inhalte im Newsfeed angezeigt werden und welche nicht, verlieren die User_innen quasi unbemerkt die Kontrolle über das eigene Leseverhalten, sodass vorwiegend das konsumiert wird, was den vorab eingegebenen Vorlieben, Einstellungen, dem Surfverhalten und dem entspricht, was mittels Likes markiert wird. Besondere Resonanzräume bilden dabei Gruppen, deren Mitglieder sich in der Regel durch gemeinsame Interessen finden und in denen fast ausschließlich eigene Ansichten repliziert und ver-

stärkt werden. Die „wutgetränkte Apathie“ (Wilhelm Heitmeyer 2010) aus dem letzten Jahrzehnt sei nun von der „wutgetränkten Schreispirale“ (Lobo 10.2.2016) abgelöst worden, die durch die sozialen Medien begünstigt werde. Mit den Geflüchteten habe die Wut ein Objekt gefunden, das zuvor nicht vorhanden war und über das sich nun der Hass hemmungslos entrolle.

Der Journalist Thomas Assheuer spricht davon, dass sich das rechtskonservative Weltbild nicht verändert habe, weil seit den 1920er Jahren nichts Wesentliches hinzugekommen sei, sondern „der Resonanzraum, in dem es seine Wirkung entfaltet und für Wähler plausibel wird“ (Assheuer 11.2.2016). Damit reproduzieren und verstärken die sozialen Medien nur das, was schon vorher da war. Tatsächlich lässt sich beobachten, dass auch der Rückgriff auf Begrifflichkeiten aus der Weimarer Republik, dem Austrofaschismus und dem Nationalsozialismus eine Renaissance erlebt und – wie beispielsweise in der Verwendung des Wortes „Altparteien“ – selbst auf den nicht vordergründig rechtspopulistisch geführten Diskurs übergreift. Paradoxerweise findet auch eine oftmalige rechtspopulistische Täter-Opfer-Umkehr statt, indem der gerade zur Diskussion stehende politische Gegner etwa als „faschistisch“ diffamiert wird.

Immer häufiger werden Versatzstücke aus dem Nationalsozialismus kolportiert, teilweise offen, teilweise auch versteckt, da die Herkunft für Laien nicht auf den ersten Blick erkennbar ist. „Will sie Aufmerksamkeit erregen, muss die Szene inzwischen subtiler vorgehen, die Themen variieren, andere Motive aus der NS-Propaganda übernehmen als die erwarteten. Die ‚Volkstod‘-Kampagne[2] ist an erster Stelle zu nennen, da sie derzeit für die Identitätsbildung des neonazistischen Milieus die größte Rolle spielt. Sie lässt sich nicht nur auf aktuelle Problemlagen – Landflucht, Zuwanderung, Geburtenrückgang, Sparmaßnahmen und so weiter – beziehen, sondern stellt den Kampf der heutigen Neonazis in Kontinuität zum vorgeblichen Abwehrkampf des historischen Nationalsozialismus.“ (Botsch/Kopke 2015) Das Internet spielt hier die wichtigste Verteilerrolle, da in ihm nicht nur alles leicht zu finden und zu kopieren ist, sondern über die kostenlose Infrastruktur der sozialen Medien auch einfach und schnell zu verbreiten ist.

Eine wesentliche Rolle spielen die sozialen Medien in der Herausbildung und Verstärkung von Wir-Identitäten: Es „konnte in zahlreichen sozialpsy-

2 Dahinter steht die rassistische Vorstellung einer homogenen Volksgemeinschaft, die durch rassische Vermischung bzw. Überfremdung vom Aussterben bedroht sei. Siehe dazu weiterführend: http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/die-kampagne-volkstod-1111 [16.5.2016]

chologischen Experimenten nachgewiesen werden, dass im Rahmen virtueller Interaktionen Menschen besonders aufmerksam für Gruppenkategorien werden. Personen neigen dazu, in Situationen, in denen ihnen wesentliche Informationen über die Merkmale ihrer Konversationspartner vorenthalten bleiben, sich verstärkt an den ihnen bekannten sozialen Kategorien wie Gender, Nationalität, Alter, Religion und/oder Ethnie zu orientieren". (Böckler/Zick 2015) Eine Folge davon ist die zunehmende Polarisierung zwischen „Wir" und „Ihr", die dann – zumindest in einem ersten Schritt – zu verbalen Eskalationen führt, „in denen kollektive Identitäten, Gruppennormen und -werte verhandelt werden" (ebd.). Der Konfliktforscher Andreas Zick spricht im Zusammenhang mit der gezielten Hetze im Internet auf Geflüchtete von der Gefahr der Herausbildung einer „rechtsterroristischen Mentalität" (zit. nach Gensing 4.9.2015).

NATIONALISTISCH AUFTRETEND – TRANSNATIONAL VERNETZT

Der auf Rechtsextremismus spezialisierte deutsche Journalist Patrick Gensing schreibt von einem weitverzweigten Netzwerk, dessen „[w]ichtige Knotenpunkte rechtsradikale Splitterparteien, populäre Verschwörungstheoretiker sowie auch zahlreiche russische Propaganda-Seiten [bilden]. Ausgerechnet Facebook – ein Symbol für die Globalisierung – ist in Deutschland zu einem Hauptquartier für nationalistische Hass-Propaganda geworden" (Gensing 4.9.2015). In Deutschland erfolgte vor einem Jahr der polizeiliche Zugriff auf die neonazistische „Old School Society" (OSS), die sich über eine Facebook-Gruppe organisiert hatte, was ihr die Etikettierung „dümmste Terrorgruppe der Welt" eintrug. Und auch die im April 2016 als rechtsterroristisch entlarvte und sodann verhaftete Freitaler Gruppe „Bürgerwehr FTL/360" hatte sich via Facebook als Bürgerwehr gebildet. Kommuniziert wurde über WhatsApp. Der Dresdner Rechtsextremismusforscher Wolfgang Patzelt spricht im Zusammenhang mit diesen Gruppen klar von einer Radikalisierung über Facebook. „Das Bild der Freitaler Terrorverdächtigen scheint damit eine Befürchtung der Sicherheitsbehörden zu bestätigen. Tätig wurden hier offenbar nicht langjährig in Kameradschaften gedrillte Neonazis, sondern eher rechte Mitläufer, die sich in der Flüchtlingsdebatte innerhalb kurzer Zeit radikalisierten – und gegen die nun die Bundesanwaltschaft wegen Terror und versuchten Mordes ermittelt. Auch bei einigen jüngsten Brandanschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte, etwa im niedersächsischen Salzhemmendorf, waren die Behörden auf diesen Tätertypus gestoßen." (Litschko 21.4.2016)

Neonazistische Organisationen waren im deutschsprachigen Raum auch schon vor dem Boom der sozialen Medien gut vernetzt. Nun bilden sich auch zunehmend semiprofessionell erstellte, international vernetzte und vernetzende Online-Portale. Das jüngste Beispiel hierfür ist der Ende März 2016 online gegangene Internetblog „Unser Mitteleuropa", der gezielt Rechtsextreme und Neonazis aus Ungarn, Österreich und Deutschland verbindet. Als Eigentümer des Blogs ist die Stiftung „Ungarisches Herz, ungarisches Wort" angeführt. Hinter der Stiftung steht Janos Bencsik, Mitglied der neonazistischen ungarischen Jobbik und Betreiber weiterer rechtsextremer Internetportale. Vermutet wird allerdings, dass österreichische Redakteure, wie der FPÖ-Funktionär Markus Ripfl, den Blog bespielen. (vgl. Odehnal, 5.5.2016)

Als russisches Pendant zu Facebook hat sich die Plattform vk.com etabliert: Sie wurde 2006 als „vKontakte" gegründet und weist mittlerweile mehr als 240 Millionen User_innen auf. „Alte und neue Nazis haben sich dort bestens eingerichtet. Nur wenige Klicks sind es bis auf die Seiten von NPD oder der Neonazi-Partei Die Rechte, auch ‚Pegida' und deren Anführer Lutz Bachmann und Tatjana Festerling sind auf vk.com vertreten. Hinzu kommen das Anonymous-Kollektiv[3], die ‚Identitäre Bewegung', die bei Rechtsextremen beliebte Mode-Marke ‚Ansgar Aryan' und verschiedenste Kameradschaften, der Kopp-Verlag, das Magazin ‚Compact' und das Portal PI-News. Kurzum: Das gesamte Spektrum nationalkonservativer bis offen rechtsextremer Organisationen, die auf Facebook zuletzt häufiger Probleme bekommen haben, tummelt sich auf vk.com." (Kiesel 24.3.2016)

DIE PARALLELE DIGITALWELT DER FPÖ

Heinz-Christian Strache betreibt die mit Abstand erfolgreichste Facebook-Seite unter den österreichischen Politiker_innen. Mit etwa 350.000 Fans (Stand 15.5.2016) rangiert er weit über Bundespräsident Heinz Fischer (82.000 Fans). Alleine 50.000 der Strache-Fans (14,7 %) kommen jedoch aus Deutschland, was verglichen mit allen anderen größeren parteipolitisch konnotierten FB-Seiten den höchsten Anteil darstellt. Der Anteil der österreichischen Fans beläuft sich nur auf knapp 80 %.[4] War es in den letzten Jahren die

3 nicht deckungsgleich mit der Anonymous-Bewegung der Hacker_innen

4 Alle Zahlen vom 16.5.2016 via Like-Verteilung über Länder http://www.sterntv-experimente.de/FacebookLikeCheck. Der Anteil der österreichischen Fans von Norbert Hofer (ca. 170.000 Fans gesamt) beträgt 93,8 %, jener von Alexander Van der Bellen (gesamt ca. 111.000) 93,3 % und jener von Heinz Fischer (ca. 82.000 Fans) 90,3 %.

Strategie der FPÖ, Online-Auftritte zu personalisieren, indem etwa zu Wahlzeiten die Domain von einzelnen FPÖ-Seiten auf jene der Spitzenkandidaten umgeleitet wurde, vollzog die Partei nun mit der Umwandlung der bisherigen FPÖ-TV-Seite zum offiziellen Partei-Facebook-Auftritt eine Wende.

Auch Heinz-Christian Strache ist seit Februar 2016 auf vk.com vertreten, jedoch bislang mit einer überschaubaren Zahl an Follower_innen: 300 waren es bis Mitte Mai, darunter mit Sicherheit einige, die einen kritisch-beobachtenden Status einnehmen. Die Seite wurde bislang allerdings kaum bespielt. Dies demonstriert, dass die breite Masse (vorerst noch) auf Facebook bleibt. Die FPÖ setzte aber früher als andere Parteien auf Social Media und fungierte damit als Trendsetter. Es ist daher nicht ausgeschlossen, dass sich früher oder später die Fanszene auch auf vk.com anschließen wird.

Der parteieigene „Nachrichten-Kanal FPÖ-TV ging September 2012 auf Sendung, der bisher am Youtube-Kanal meistgesehene Beitrag (HC Strache Rap 2013) wurde mittlerweile fast 1,2 Millionen Mal aufgerufen. „Die Sendung ist ein Werkzeug zur schleichenden Radikalisierung der Sprache und des Denkens. Den Zusehern wird mit drastischen Worten eine einfache Welt vermittelt, die in Gut und Böse, in Freund und Feind aufgeteilt ist. Jede Komplexität wird vermieden, für alles ein klarer Schuldiger benannt. Es wird die eigene Klientel bedient, und es werden Feindbilder geschürt." (Gasser 17.3.2016)

Als FPÖ-nahes Onlinemagazin wurde 2009 vom seinerzeitigen Dritten Nationalratspräsidenten Martin Graf „unzensuriert.at" etabliert. Derzeit fungiert dessen ehemaliger Büroleiter Walter Asperl als Geschäftsführer, Chefredakteur ist Alexander Höferl, Ex-Pressesprecher von Martin Graf. Als Autor_innen treten durchwegs dem deutschnationalen, rechten Rand der FPÖ zugeordnete Mandatar_innen auf, wie Andreas Mölzer, Barbara Rosenkranz, Werner Neubauer, Walter Rosenkranz und Norbert Hofer (vgl. Wikipedia unszensuriert.at).

Im April 2011 tauchte auf der Blogseite ein Posting auf, in dem „Freiheit für Gottfried Küssel" und „Schluss mit dem Verbotsgesetz!" gefordert wurde (vgl. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes 2011), im Juni 2013 fand sich unter einem gewaltverherrlichenden Artikel ein Posting, in dem auf den norwegischen Massenmörder Anders B. Breivik positiv Bezug genommen wurde (vgl. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes 2013). Im Juli 2015 teilte Strache einen wegen datenschutzrechtlicher Gründe schon vorher in die Kritik gekommenen Beitrag aus unzensuriert.at,

unter dem in einem Kommentar behauptet wurde, dass Michael Häupl die Österreicher vergasen würde. Die SPÖ ließ darauf prüfen, ob der Kommentar den Straftatbestand der Verhetzung erfülle. Nach dem Landesparteisekretär der Wiener SPÖ „sei Strache nicht nur ‚rechtsradikal' sozialisiert, sondern betätige sich heute für dieses Milieu als ‚Sprachrohr und Social-Media-Knotenpunkt'" (Pichler 3.7.2015).

Das Jahr 2015 war auch bei unzensuriert.at durch die Fluchtbewegungen geprägt: „Es finden sich dort Berichte über vermeintlichen Asylmissbrauch, Lobpreisungen auf die Politik Viktor Orbáns, Meldungen über vermeintliche ‚Sex-Attacken' auf Kinder in Schwimmbädern oder ein Videobeitrag, der zeigen will, wie die Familie Rothschild angeblich von der Unterbringung von Asylwerbern profitiert habe." (Gasser 17.3.2016)

Das Portal ist gespickt mit hetzerischen Falschmeldungen, die trotz Richtigstellungen von außen online bleiben, aber auch mit Diskreditierungen von Personen des öffentlichen Lebens und von Politiker_innen anderer Parteien. So zog Beate Meinl-Reisinger (Neos) im Herbst 2015 wegen übler Nachrede vor Gericht, worauf unzensuriert.at im Dezember zu einer Wiedergutmachungszahlung verurteilt wurde.

ÖSTERREICHISCHE FACEBOOK-SEITEN UND GRUPPEN

In Österreich haben sich unzählige kleinere und größere rechtsextreme Facebook-Gruppen gebildet, die rund um die Flüchtlingskrise starken Zulauf erhalten haben und oft von denselben Akteur_innen im Hintergrund bespielt werden. Kennzeichnend ist, dass vormalige Splittergruppen wie die PdV („Partei des Volkes") oder aktuell die Identitären über die Flüchtlingsthematik ein virtuell immer größer werdendes Publikum erreichen. Treten diese Gruppen öffentlich im Rahmen von Kundgebungen auf, bleibt der Zuspruch hingegen auf sehr geringem Niveau.

Dazu zählt die öffentliche Gruppe „AfÖ – Alternative für Österreich" (23.484 Mitglieder), in der sich bekannte FPÖ-Mitglieder wie Johann Tschürtz, Markus Gudenus, Patrick Schneider (Wahlkampfleiter der FPÖ Vorarlberg), Thomas Kirschner (PdV) und auch der Identitäre Martin Sellner sowie Mitglieder aus der NPD und AfD finden. Einer der Administratoren ist der Identitäre Thomas Strauss. Zusammen mit weiteren von der AfÖ betriebenen Gruppen geht die Mitgliederzahl gegen 100.000.[5]

5 Alle Mitgliederzahlen Stand 17.5.2016, Namen von Mitgliedern aus nicht veröffentlichter Recherche (in Screenshots festgehalten), Stand 17.5.2016.

Eine Vielzahl an Gruppen agiert unter dem Label „Asylmissbrauch Stop", deren Mitgliederzahl sich insgesamt auf mehr als 60.000 beläuft. Dazu zählen u.a. die FPÖ-Funktionäre Christian Hafenecker, Johann Tschürtz und Wolfgang Fasching und auch Patrick Lenart, Chef der Identitären Steiermark, Edwin Hintsteiner (Identitäre Salzburg) und wieder Martin Sellner.

Auch in der geschlossenen Gruppe „Islam gehört nicht zu Österreich" mit 27.096 Mitgliedern sind bekannte Namen zu finden, darunter Peter Terzer, Gerry Gratzl, Elmar Podgorschek, Andrea Kellner, Robert Lizar (alle FPÖ).

Im Titel lokal auftretend, aber überregional agierend ist die FB-Gruppe „Ich wohne auf der richtigen Seite der Donau (21,22 Bezirk)" (12.510 Mitglieder). Dabei sind u.a. die Identitären Alexander Markovics, Martin und Thomas Sellner, Edwin Hintsteiner, Julian Utz und Bernadette Therese Conrads (auch FPÖ-Gemeinderatskandidatin 2015).

Abschließend sei auch auf die FB-Seite „Rücktritt Werner Faymann" (52.776 Mitglieder) verwiesen, weil sie ein immer wiederkehrendes Muster belegt: Die ursprünglich als gegen Faymann konzipierte Seite wurde zwischendurch unter „Van der Bellen verhindern – Rücktritt Werner Faymann" geführt und mit dem Rücktritt des Bundeskanzlers wieder zurückbenannt. Diese Methode offenbart die Beliebigkeit der vordergründig definierten Ziele, denn die inhaltliche rechtsextreme Grundausrichtung bleibt dieselbe, während die dafür dienenden Sujets austauschbar sind.

LITERATUR

Assheuer, Thomas: Die Konterevolution. In: Die Zeit 7/2016 vom 11.2.2016, online: http://www.zeit.de/2016/07/rechtpopulismus-pegida-parteien-europa-erfolg [11.4.2016]

Böckler, Nils/Zick, Andreas: Antisemitische Hetze im Internet und auf der Strasse. In: Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund SIG und GRA Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus 2015, online: http://www.antisemitismus.ch/content/antisemitische-hetze-im-internet-und-auf-der-strasse [23.3.2016]

Botsch, Gideon/Kopke Christoph: NS-Propaganda im bundesdeutschen Rechtsextremismus. In: Hitlers „Mein Kampf", APUZ 43–45/2015, online: http://www.bpb.de/apuz/213520/ns-propaganda-im-bundesdeutschen-rechtsextremismus?p=all [14.5.2016]

Deutschlandradio Kultur: Braun, digital, vernetzt. Der schwierige Kampf gegen Nazis im Netz vom 12.2.2016, online: http://breitband.deutschlandradiokultur.de/brb160213 [11.4.2016]

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes: Gewaltaufruf von unzensuriert.at (Juni 2013), online: http://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/neues-von-ganz-

rechts/archiv/juni-2013/gewaltaufruf-auf-unzensuriert-at#unzensuriert [11.5.2016]
Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes: Küssel-Solidaritätsposting auf Site von Graf-Mitarbeitern (April 2011), online: http://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/neues-von-ganz-rechts/archiv/april-2011/kuessel-solidaritaetsposting-auf-site-von-graf-mitarbeitern#unzensuriert [11.5.2016]
Gasser, Florian: Jenseits der Lügenpresse. In: Die Zeit 13/2016 vom 17.3.2016, online: http://www.zeit.de/2016/13/fpoe-tv-luegenpresse-alternative-medien [19.4.2016]
Gensing, Patrick: Flucht in die Netzwerke. In: tagesschau.de vom 14.6.2012, online: https://www.tagesschau.de/inland/neonazisinternet100.html [14.4.2016]
Gensing, Patrick: „Gefällt mir" gegen Geflüchtete. In: tagesschau.de vom 4.9.2015, online: https://www.tagesschau.de/inland/rassismus-facebook-101.html [14.4.2016]
Herbst, Hanna: So hat sich die Stimmung der Österreicher zum Thema Flüchtlinge verändert. In: Vice vom 5.2.2016, online: http://www.vice.com/alps/read/wie-sich-die-stimmung-der-oesterreicher-in-den-sozialen-netzwerken-zum-thema-fluechtlinge-veraendert-hat-276 [15.4.2016]
Kiesel, Robert: vk.com: Deutsche Hetze auf russischen Servern. In: vorwärts vom 24.3.2016, online: http://www.vorwaerts.de/artikel/vkcom-deutsche-hetze-russischen-servern [14.4.2016]
Litschko, Konrad: „Axt, Schlagstock und vieles mehr". In: tageszeitung vom 21.4.2016, online: http://www.taz.de/!5294250 [13.5.2016]
Lobo, Sascha: Die Mensch-Maschine: Wir schlittern in die Schreispirale. In: Spiegel Online vom 10.2.2016, online: http://www.spiegel.de/netzwelt/web/sascha-lobo-zu-donald-trump-wir-schlittern-in-die-schreispirale-a-1076632.html [18.4.2016]
Odehnal, Bernhard: Europas Rechte vernetzt sich. In: Der Tagesanzeiger vom 5.5.2016, online: http://www.tagesanzeiger.ch/ausland/standard/europas-rechte-vernetzt-sich/story/19044780 [6.5.2016]
Pichler, Georg: „Vergasung": SPÖ schaltet Staatsanwaltschaft wegen Hetzpostings auf „Unzensuriert" ein. In: Der Standard vom 3.7.2015, online: http://derstandard.at/2000018520121/Vergasung-SPOe-laesst-wegen-Hetzposting-auf-Unzensuriert-ermitteln [14.4.2016]
Rauscher, Hans/Schmid, Fabian: Wie rechte Mobilmachung im Netz funktioniert. In: Der Standard vom 7.11.2015, online: http://derstandard.at/2000025219886/Wie-die-rechte-Mobilmachung-im-Netz-funktioniert [17.4.2016]
Wikipedia: unszensuriert.at, online: https://de.wikipedia.org/wiki/Unzensuriert.at [16.4.2016]

8. VERHETZUNG UND PRÄVENTION

A. VERHETZUNG – EINE REFORM, DIE NACH HINTEN LOSGEHEN KÖNNTE

ALBERT STEINHAUSER

Im Rahmen der Strafgesetzbuchsreform 2015 wurde auch § 283 StGB („Verhetzung") reformiert. Was als Schlag gegen zunehmende rechtsextreme und dschihadistische Hasspostings im Internet geplant war, könnte sich am Ende aber als Entschärfung erweisen.

Im Kern geht es im Verhetzungsparagrafen um die Bestrafung zweier Verhaltensweisen:

- → Aufrufen zu Gewalt und Aufstacheln zum Hass
- → Beschimpfungen, die die Menschenwürde verletzen

Im Folgenden werde ich die wichtigsten Änderungen einer Bewertung unterziehen.

Herabsetzung der Öffentlichkeitsschwelle bei Verhetzung von zirka 150 auf zirka 30 Personen

Dabei geht es um die Frage, für wie viele Personen die Hetze wahrnehmbar sein muss, damit eine Strafbarkeit vorliegt. Die Herabsetzung ist grundsätzlich sinnvoll, hat aber nur Auswirkungen in einem kleinen Bereich – beispielsweise bei einer rechtsextremen Agitationsrede oder einer islamistischen Hasspredigt in einer kleinen Runde. Im Internet, wo rechtsextreme oder dschihadistische Hetze und Propaganda vor allem verbreitet wird, ändert das nichts, weil dort auch die bisher geltende Öffentlichkeitsschwelle praktisch immer gegeben war.

Hetze gegen „Ausländer" oder „Ungläubige"

Bisher war die Hetze gegen „Ausländer" oder „Ungläubige" mangels Zugehörigkeit zu einer geschützten Gruppe nicht strafbarkeitsbegründend. Seit der Reform gibt es aber im Verhetzungsparagrafen eine rechtliche Grundlage gegen übliche rechtsextreme oder islamistische Beschimpfungen von „Ausländern" und „Ungläubigen".

Bei Beschimpfungen: Absicht statt Vorsatz

Bisher genügte, wie bei den meisten Delikten des Strafrechts, auch im Fall von Verhetzung der einfache Vorsatz. Das heißt, dass ein Täter oder eine Täterin es bloß für möglich gehalten und sich damit abgefunden hat, dass seine oder ihre Aussagen die Menschenwürde einer anderen Person möglicherwei-

se verletzen. Es ist vollkommen unverständlich, warum im Zuge der Reform der Vorsatz so angehoben wurde, dass nunmehr Absichtlichkeit verlangt wird. Zukünftig muss es der Hetzer oder die Hetzerin gerade darauf anlegen, die Menschenwürde zu verletzen. Was nach juristischer Spitzfindigkeit klingt, kann in der Praxis erhebliche Auswirkungen haben. Schutzbehauptungen von Hetzer_innen – wie Gedankenlosigkeit, mangelndes Wissen oder falsch verstandene satirische Absicht – werden künftig oftmals zu Straflosigkeit führen. Denn die Staatsanwaltschaft muss in Zukunft nachweisen, dass es der Täterin oder dem Täter darauf ankam, die Menschenwürde zu verletzen. Das wird für erhebliche Schwierigkeiten sorgen, damit die Strafbarkeit deutlich einschränken und den Verhetzungsparagrafen im Falle der hetzenden Beschimpfung tatsächlich entschärfen. Es ist zu befürchten, dass diese Entschärfung gerade dort wirksam wird, wo der größte Handlungsbedarf besteht, nämlich bei Hasskommentaren in Diskussionsforen und in den sozialen Medien.

Es ist nicht auszuschließen, dass SPÖ und ÖVP diese legislative Maßnahme bewusst gesetzt haben, um die Justiz zu entlasten, die eine immer größer werdende Anzahl von Hasspostings zu bearbeiten hatte. Nun wird die mangelnde Nachweisbarkeit von Absicht zur Zurücklegung vieler Anzeigen führen. Das darf man aber nicht den Staatsanwält_innen vorwerfen, sondern den Regierungsparteien, die damit im zentralen Verbreitungsgebiet von Hassrhetorik für Entkriminalisierung gesorgt haben.

Strafbarkeit, wenn in gutheißender oder rechtfertigender Weise Hetze verbreitet oder anderweitig öffentlich verfügbar gemacht wird

Da es bisher etwa beim Verbreiten von hetzerischen Kommentaren im Internet nur selten gelungen ist, dem Täter oder der Täterin auch den Vorsatz zum Gewaltaufruf oder zur Verächtlichmachung nachzuweisen, soll nun für die Strafbarkeit genügen, dass die Verhetzung gutgeheißen oder gerechtfertigt wird. Das kann insbesondere beim Weiterverbreiten von Hassbotschaften im Internet zu einer Verbesserung der Rechtsgrundlage führen.

Kernproblem bleibt

Der Grund, warum der Verhetzungsparagraf in der Praxis eher selten zu Verurteilungen führt, liegt in der Interpretation des Begriffs „Verletzung der Menschenwürde“ durch die Rechtsprechung. Die Menschenwürde wird nur dann verletzt, wenn den Angehörigen der angegriffenen Gruppe unmittelbar oder mittelbar das Recht auf Menschsein schlechthin abgesprochen wird, indem etwa ihr Lebensrecht als gleichwertige Bürger_innen bestritten wird oder diese Menschen als minderwertige oder wertlose Teile der Gesamtbe-

völkerung dargestellt oder sonst einer unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung unterworfen werden. Angriffe gegen die Ehre hingegen werden selbst dann nicht als Verletzung der Menschenwürde interpretiert, wenn sie massiv diffamierend sind und obendrein in der Öffentlichkeit breite Empörung hervorrufen. Die Gerichte sehen den Begriff der Menschenwürde häufig aus einer sehr starren Perspektive. Daran wird sich auch nach der Gesetzesnovelle nichts ändern.

Mein Resümee

Hasstiraden, die in den vergangenen Jahren für große Empörung gesorgt haben, sind auch zukünftig nicht vom Verhetzungsparagrafen umfasst. Darüber hinaus sinkt in gar nicht so wenigen Fällen die Wahrscheinlichkeit einer Verurteilung, da der Nachweis der subjektiven Tatseite (Absichtlichkeit) nur sehr schwer zu erbringen ist.

WISSEN: VERHETZUNG – WAS IST DAS?

Der Verhetzungsparagraf wurde 2015 reformiert. Die Antworten zu den wichtigsten Fragen zur neuen Rechtslage:

Was bestraft der Verhetzungsparagraf?

Der Verhetzungsparagraf bestraft zwei unterschiedliche Verhaltensweisen. Grob gesagt, sollen einerseits Äußerungen bestraft werden, die auf die Herbeiführung von Gewalt oder Hass gegen bestimmte Personen und Personengruppen abzielen, und andererseits Aussagen, die auf die Verächtlichmachung von Personengruppen abzielen.

Wen schützt der Verhetzungsparagraf?

Ziel einer Verhetzung können nur Personen und Personengruppen sein, die anhand folgender Kriterien definiert werden können:

- → Kirche/Religionsgemeinschaft
- → „Rasse"/Hautfarbe/Abstammung: Angehörige bestimmter Gruppen aufgrund äußerlich erkennbarer Merkmale
- → Sprache (auch Dialekte)
- → Religion/Weltanschauung: Gruppen, die sich durch ihre religiösen Überzeugungen oder ihre ideologischen oder philosophischen Prinzipien (z.B. Pazifismus) definieren
- → Nationale/ethnische Herkunft: Anknüpfungspunkt ist die ‚Volkszugehörigkeit' im Unterschied zur Staatsangehörigkeit, die auf die rechtliche Mitgliedschaft einer Person zu einem Staat abzielt
- → Geschlecht

→ Behinderung
→ Alter
→ Sexuelle Orientierung

Außerdem sind jene Gruppen umfasst, die aufgrund einer fehlenden Eigenschaft Ziel von hetzerischen Äußerungen werden. Demnach kann der Tatbestand der Verhetzung auch wegen eines Kommentars betreffend fehlende Staatsangehörigkeit („Ausländer") oder fehlende Religion („Ungläubiger") erfüllt sein.

Welche Äußerungen sind vom Verhetzungsparagrafen umfasst?

Äußerungen sind nicht auf Hetzreden beschränkt. Auch Texte, Zeichnungen, Flugblätter, Briefe, Plakate, Graffitis oder mediale Darstellungen im Internet können eine Verhetzung bewirken. Hier zwei Beispiele:

→ Fall 1 – Aufrufen zu Gewalt und Aufstacheln zum Hass

- Eine geschützte Gruppe nach oben stehender Definition oder ein Mitglied einer solchen Gruppe muss betroffen sein.
- Die Verhetzung muss öffentlich erfolgen, also zumindest für 30 Personen („viele Menschen") wahrnehmbar sein. Ist sie für über 150 Personen wahrnehmbar (in der Regel im Internet), drohen strengere Strafen.
- Inhalt der Hassbotschaft: Die Äußerung muss darauf gerichtet sein, andere zu konkreten Gewalthandlungen zu bewegen oder bei anderen Hassgefühle zu wecken. Entscheidend ist nicht, ob es zu diesen Handlungen auch tatsächlich kommt. Ist dies der Fall, drohen strengere Strafen. Beispiele wären etwa Aufruf zur Brandstiftung in Asylquartieren (Gewalt) oder die Verbreitung falscher Gerüchte über sexuelle Übergriffe durch bestimmte Gruppen (Hass). Auch das Leugnen oder Rechtfertigen von Völkermord, von Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Kriegsverbrechen kann eine Verhetzung darstellen, wenn dadurch Gewalthandlungen oder Hassgefühle bewirkt werden sollen.
- Für alle Äußerungen gilt, dass der Täter oder die Täterin einen Vorsatz zur Verhetzung braucht. Das heißt, er oder sie muss es zumindest für möglich halten und sich damit abfinden, dass seine oder ihre Äußerungen tatsächlich zu Gewalt oder Hass führen.
- Sonderfall Verbreitung: Wenn jemand fremdes hetzerisches Material verbreitet oder anderweitig öffentlich verfügbar macht, aber kein Vorsatz zur Herbeiführung von Gewalt oder Hass nachweisbar ist, etwa weil sich die betreffende Person der Tragweite ihrer Handlung nicht bewusst ist, macht diese sich möglicherweise trotzdem wegen Verhetzung strafbar, wenn die

Verbreitungshandlung in gutheißender oder rechtfertigender Weise geschieht (z.B. Teilen einer hetzerischen Karikatur auf Facebook mit zustimmender Kommentierung).

→ Fall 2 – Beschimpfen und dadurch verächtlich machen

- Eine geschützte Gruppe nach oben stehender Definition muss betroffen sein.
- Die Verhetzung muss öffentlich erfolgen, also für zumindest 30 Personen wahrnehmbar sein. Bei über 150 Personen drohen strengere Strafen.
- Inhalt der Verhetzung: Die Äußerungen muss geeignet sein, die Menschenwürde der betroffenen Gruppe zu verletzen und diese dadurch verächtlich zu machen.
- Sollte es in weiterer Folge zu gewalttätigen Übergriffen kommen, die auf die Beschimpfung zurückzuführen sind, drohen zudem härtere Strafen.
- Die Äußerung muss darauf abzielen, die Adressat_innen in der Achtung der Mitmenschen als unwert oder unwürdig hinzustellen. Es muss dem Täter oder der Täterin hier geradezu auf die Verächtlichmachung des Opfers ankommen. Im Strafrecht heißt das Absichtlichkeit, was eine besondere – und leider nur schwer nachweisbare – Form des Vorsatzes darstellt.
- Die Menschenwürde wird verletzt, wenn dadurch den Angehörigen der angegriffenen Gruppe unmittelbar oder mittelbar das Recht auf Menschsein schlechthin abgesprochen wird, indem etwa ihr Lebensrecht als gleichwertige Bürger_innen bestritten wird. Die Menschenwürde wird auch durch die Gleichstellung einer geschützten Gruppe mit als minderwertig geltenden Tieren verletzt („Saujuden", „Brut"). Auch genügt es, dass Verletzungen der Menschenwürde, die in naher oder ferner Vergangenheit stattgefunden haben, gutgeheißen werden.

B. PRÄVENTIONSANSÄTZE UND HANDLUNGSANLEITUNGEN

EIKE PRESSINGER, SEBASTIAN KLOCKER

Durch die Terroranschläge von Paris, Brüssel und Lahore wird das Thema „Radikalisierung" derzeit breit diskutiert. Darüber hinaus warnen mittlerweile sowohl der deutsche als auch der österreichische Verfassungsschutz vor der Zunahme rechtsextremer Gewalt und anderer rechtsextrem motivierter Straftaten. Hier sind die Hauptopfergruppen Asylwerber_innen und Schutzsuchende, aber auch Obdachlose und politische Gegner_innen.

Diese Entwicklungen werfen einmal mehr Fragen nach dem Wie und Warum solcher ideologischer Hasstaten auf. Hektisch wird nun von der Politik nach Möglichkeiten gesucht, die zunehmende Radikalisierung von Menschen in unserer Gesellschaft (bei den meisten Attentätern handelte es sich um sogenannte „homegrown terrorists") zu verhindern, Radikalisierung aktiv entgegenzuwirken bzw. Anschläge und Gewaltübergriffe zu stoppen. Dabei setzt sich allmählich die Erkenntnis durch, dass der Dreh- und Angelpunkt dieser Bemühungen nur die Präventionsarbeit sein kann. Sobald sich eine Person so weit radikalisiert hat, dass sie bereit ist, aufgrund ihrer Überzeugung Gewalt gegen Andersdenkende einzusetzen, ist es bereits zu spät. Würde man jedoch gefährdete Menschen, die meist aufgrund eines krisenhaften Erlebnisses in radikale Kreise abrutschen, rechtzeitig auffangen und ihnen das Handwerkszeug für ein selbstbestimmtes und mündiges Leben mitgeben, könnte die Gefahr reduziert werden.

Die allgegenwärtige Beschäftigung mit islamistischem Terror scheint jedoch die Tatsache zu verdrängen, dass Radikalisierung auch andere, mindestens ebenso virulente und gefährliche Gesichter hat: jene des stark ansteigenden Rechtsextremismus. So sagt der Verfassungsschutz 2014 über Aktivitäten ideologisierter rechtsextremistischer Personengruppen: „Diese Gruppen versuchen, meist unbedarfte und ideologisch nicht gefestigte junge Menschen zu ideologisieren und zu rekrutieren. Durch das Schaffen von Feindbildern und durch Hass und Hetze versuchen sie, gesellschaftliche Gruppen gegeneinander aufzuwiegeln." (Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung 2015, 12)

ZWEI SEITEN DERSELBEN MEDAILLE

Rechtsextremismus und Islamismus weisen viele ideologische Gemeinsamkeiten auf. Dazu gehören: Verweise auf Verschwörungstheorien, die Inszenie-

rung als „Rebellen“, das ständige Einnehmen der Opferrolle, vermeintlich unumstößliche Regeln, ein reaktionäres Gesellschaftsbild, Antisemitismus und Abwertung all jener, die als der eigenen Gruppe nicht zugehörig empfunden werden.[1] Das kann so weit gehen, dass jedem, der nicht in der Gruppe ist, das Recht auf Leben abgesprochen wird. Genau diese gewaltbereite, feindliche Haltung radikalisierter Personen macht es später so schwierig, an sie heranzukommen und sie zu „deradikalisieren“[2].

Es sollte nicht auf ein Entweder-Oder-Szenario im Bereich der Präventionsarbeit hinauslaufen, in der die Ressourcen *entweder* in islamistischen Fundamentalismus *oder* Rechtsextremismus gesteckt werden.

PRÄVENTION BLEIBT DER KÖNIGSWEG

Derzeit gibt es in Österreich drei beobachtbare Ansatzpunkte für Präventionsarbeit gegen Radikalisierung: Arbeit mit der Allgemeinheit (Beratungshotline), Präventionsmaßnahmen an Schulen (Workshops und Lehrer_innenfortbildungen) und punktuelle Maßnahmen im Strafvollzug (z.B. Informationsveranstaltungen für Justizwachebeamt_innen).

Der Informationsstand der Öffentlichkeit zum Thema Radikalisierung ist stark ausbaubedürftig. Die Regierung konzentriert sich derzeit auf zwei ihrer Meinung nach speziell (vom islamistischen Extremismus) gefährdete Gruppen: Schüler_innen und Gefängnisinsassen.

Will man eine Sensibilisierung der Bevölkerung erreichen, damit einzelne gefährdete Personen von ihrem Umfeld leichter erkannt und auch an unterstützende Institutionen (z.B. Beratungsstellen oder psychosoziale Hilfe) vermittelt werden können, braucht es langfristig mehr als die einmalige mediale Großankündigung einer Beratungshotline („Beratungsstelle Extremismus“). Das soziale Umfeld von Gefährdeten kann am ehesten frühzeitig einer Radikalisierung entgegenwirken.

Die „Beratungsstelle Extremismus“, die Ende 2014 vom Bundesministerium für Jugend und Familie ins Leben gerufen wurde, richtet sich an das Umfeld der von Radikalisierung Betroffenen. Darunter fallen Familie, Arbeits- oder Schulkolleg_innen, Lehrer_innen, Vorgesetzte, Freund_innen. Sie bietet Beratung und Prävention, aber auch Intervention im Krisenfall an. Das mul-

1 Siehe auch Beitrag Steinhauser in diesem Band.

2 Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Begriff „Deradikalisierung“ findet sich im Positionspapier des AK Geschlechterreflektierende Rechtsextremismusprävention (2016).

tiprofessionelle und mehrsprachige Team führt telefonische oder auch persönliche Beratungen durch und kann Krisenfälle begleiten. Miteingebunden können dabei auch Familienberatungsstellen und die offene Jugendarbeit sein. Vorrangig geht es hier um Informationsvermittlung und Abklärung, ob jemand tatsächlich von Radikalisierung bedroht ist. Zusätzlich werden Fortbildungen für Multiplikator_innen – z.B. auf Tagungen zu den Schwerpunkten religiös und politisch motivierter Extremismus sowie Rassismus, Antisemitismus und Diversität angeboten.

Die merkbarsten Aktivitäten in Bezug auf Radikalisierungsprävention haben sich an Schulen entwickelt. Leider ist die Angebotslage aufgrund einer fehlenden gesamtheitlichen Übersicht über alle Elementar- und Sekundarschulen wenig überschaubar. Zuletzt wurde von der Bildungsministerin bekanntgegeben, dass weitere 600 bundesweite Workshops für „Respekt & Zusammenleben in der Schule" stattfinden werden. (vgl. BMBF 2016) Auch diverse Lehrer_innen-Informationsveranstaltungen zu islamistischer Radikalisierung wurden in den letzten zwei Jahren initiiert, nachdem immer mehr Fälle von Schüler_innen, die zur Unterstützung des IS nach Syrien reisten, bekannt geworden waren. Derzeit scheint, folgt man der medialen Berichterstattung, der Schwerpunkt in den Schulen im Bereich der islamistischen Radikalisierung zu liegen. Radikalisierung zum Rechtsextremismus wurde in österreichischen Schulen selten explizit in Workshops thematisiert. Das Zentrum POLIS des Bildungsministeriums bietet Unterrichtsvorschläge zum Thema Rechtsextremismus an, die zum Download zur Verfügung stehen. Das Thema Rechtsextremismus wird hauptsächlich im Kontext der Holocaust-Thematik und der Geschichtserziehung im Regelunterricht behandelt, was angesichts der Aktualität vollkommen unzureichend ist. In puncto Beratung gibt es in den Schulen vor allem generelle Angebote, die solche Problemlagen mitbehandeln sollen, darunter den völlig unterbesetzten schulpsychologischen Dienst und gewaltpräventive Projekte wie die „Weiße Feder", deren Umfang aber zusehends eingeschränkt wird. Angeboten werden auch Projekte zum interkulturellen Lernen und Themenschwerpunkte im Rahmen der „Aktionstage Politische Bildung".

Als Sofortmaßnahmen wurden außerdem Fortbildungen zur (islamistischen) Radikalisierung für Lehrkräfte an den Pädagogischen Hochschulen geschaffen[3]. Ob diese Angebote an den Schulen auch angenommen wer-

3 http://www.phwien.ac.at/files/ibg/schuelf/SCHLF%20Folder.pdf

den, ist aber stark von den jeweiligen Lehrenden und Direktor_innen abhängig. Zudem wurde ein Folder zum Thema „Jugend und Extremismus“ mit Webtipps und Beratung an alle Schulen versendet und eine Schulinfohotline für Pädagog_innen eingerichtet. Diese Initiativen sind positiv zu beurteilen, aber vermutlich aufgrund ihrer sehr unspezifischen Ausrichtung nicht immer ausreichend, um auch rechtsextreme Radikalisierung rasch zu erkennen und adäquat reagieren zu können. Vernünftig scheint es, sich in der Schule mit dem Phänomen „Radikalisierung“ zu beschäftigen, aber dann nicht bei einem Phänomen (wie z.B. dem Islamismus) stehenzubleiben, sondern auch auf andere Formen der Radikalisierung hin zur Gewalt (dem Rechtsextremismus und teilweise auch Sekten) hinzuweisen.

In den Strafvollzugsanstalten, in denen Präventionsarbeit umso wichtiger wäre, da sie sich als Brutstätten für Terrorismus und Radikalisierung herausgestellt haben, hat man lange Zeit einfach weiterhin auf das Altbewährte gesetzt: Gefängnisseelsorge und Sozialarbeit als Gesprächsangebot. Als auch in Österreich die ersten Personen aufgrund von Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung verurteilt und in heimischen Gefängnissen untergebracht wurden, forderte Steinhauser (2015): „Es ist davon auszugehen, dass zumindest ein Teil den Kontakt zu Gleichgesinnten sucht oder aber andere Gefangene für seine Ideen gewinnen will (…) Deshalb seien vor allem Rückkehrer aus Syrien so unterzubringen, dass sie untereinander möglichst keinen Kontakt haben. Falls versucht werde, andere Insassen zu rekrutieren, soll eine Rotation in andere Anstalten erfolgen.“ Wegen der überfüllten österreichischen Gefängnisse könne das allerdings ein Problem werden. Das Justizministerium reagierte darauf mit einer verstärkten Schulung der Justizwachebeamt_innen durch Mitarbeiter_innen des Bundesverfassungsschutzes und einer Initiative zur engeren Zusammenarbeit mit den Gefängnis-Imamen. So sehr diese Initiativen zu begrüßen sind, ist doch auffallend, dass Schulungen in Hinblick auf rechtsextreme Radikalisierung bzw. rechtsextreme Gruppenbildung in Gefängnissen nicht angedacht sind. Derzeit sind alle Augen auf islamistische Radikalisierung gerichtet, und die Beratung zum Rechtsextremismus soll nebenbei geschehen. Aufgrund der unterschiedlichen Eckpunkte der jeweiligen Ideologien, deren Symbolik und der Herkunft der Tätergruppen wird dies aber wohl kaum möglich sein. Es braucht auch hier eine eigenständige Expertise.

Ein Aussteigerprojekt, wie es EXIT Deutschland[4] bereits seit Jahren anbietet, wird laut Justizminister Brandstetter „angedacht". Das Projekt arbeitet nach dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe" und bietet Aussteigewilligen aus der rechtsextremen Szene die Möglichkeit, neue Perspektiven außerhalb ihres bisherigen Milieus zu entwickeln. Die Unterstützung für eine Neuorientierung erfolgt auf persönlichlichkeitsbildender Ebene, in der Schule und im Beruf mit psychologischer und sozialarbeiterischer Hilfe. Auffallend ist jedoch, dass dies vom Justizminister im Zusammenhang mit islamistischer Radikalisierung erwähnt wurde. Es bleibt abzuwarten, ob die Chance ergriffen wird, allen Radikalisierten – also auch Rechtsextremen – diese aktive Ausstiegshilfe anzubieten. Als Pilotprojekt in Österreich ist Turnaround Salzburg als eine Initiative der Kinder- und Jugendanwaltschaft Salzburg zu nennen.[5]

POLITISCHE BILDUNG ALS PRÄVENTION GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

Immer, wenn Rechtsextremismus in der Öffentlichkeit diskutiert wird, werden Rufe nach verstärkter politischer Bildung laut. Jedoch benötigt es nicht nur eine konjunkturelle Debatte, sondern vielmehr eine sachliche und nachhaltige Auseinandersetzung. Politische Bildung ist kein Wundermittel gegen Rechtsextremismus, kann aber ein kleiner Puzzlestein zur Mündigkeit und Selbstermächtigung sein. Dennoch stößt sie oft an gesellschaftliche Grenzen.[6]

DREI STUFEN DER PRÄVENTIONSARBEIT GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

Die Zielgruppe der universellen/primären Prävention sind alle gesellschaftlichen Akteur_innen. Hier geht es um allgemeine Immunisierung gegen Rechtsextremismus durch verschiedene Formen von politischer Bildung und Stärkung der demokratischen Kultur. Das Ziel ist die Verhinderung von problematischen Einstellungen und Handlungsweisen im Vorfeld.

Die selektive/sekundäre Prävention richtet sich im Besonderen an „Rechtsoffene" bzw. an Personen mit ersten Anzeichen von Radikalisierung. Sie umfasst politische Bildung, Konfliktpädagogik und soziale Arbeit. Das Ziel ist, eine weitere Radikalisierung zu verhindern und rechte Einstellungen

4 EXIT Deutschland hilft Menschen, die mit dem Rechtsextremismus brechen möchten und Unterstützen beim Aufbau eines neuen Lebens.

5 Die Facebookseite der Initiative findet sich unter https://www.facebook.com/Turnaround-Salzburg-684988898276913 [10.5.2016]

6 Über Möglichkeiten und Grenzen von politischer Bildung als Rechtsextremismusprävention siehe Rajal/Schiedel 2016! [10.5.2016]

zu entkräften. Auch die Arbeit mit Sympathisant_innen und Mitläufer_innen fällt unter diese Kategorie.

Indizierte/tertiäre Prävention beschäftigt sich mit gefestigten rechtsextremen Weltbildern sowie mit Kadern und Aktivist_innen der rechtsextremen Szene. Hier summieren sich alle Formen, die bei einem „Ausstieg" aus der Szene helfen sollen, wie z.B. Loslösung von Gruppen. Effizient sind besonders individuelle Ansätze und gezielte Beziehungsarbeit im Bereich der Rehabilitierung. Auch Anti-Gewalt- und Anti-Aggressionstrainings fallen in diese Kategorie. (vgl. Radvan 2013)

Politische Bildung als Rechtsextremismusprävention spielt hauptsächlich bei der primären und sekundären Prävention eine Rolle. Die politische Bildung bietet hierbei verschiedenste Ansätze. Einige seien exemplarisch genannt:

Demokratiepädagogik: Basierend auf der Annahme, dass Rechtsextremismus ein Defizit von demokratischen Grundeinstellungen zugrunde liegt, liegt der Fokus auf Aneignung und Verinnerlichung von demokratischen Grundwerten und Normen. Als Beispiel hierfür in Österreich kann der Verein „Sapere Aude" genannt werden.

Bildungsarbeit über Rechtsextremismus: Der Fokus liegt auf der Aufklärung über verschiedene Erscheinungsformen des Rechtsextremismus und dessen Symbole, Codes und subkulturelle Erscheinungsformen. Die kritische Auseinandersetzung soll dabei helfen, oft verschleierte Formen von Rechtsextremismus zu erkennen, um frühzeitig intervenieren zu können. Vor allem für Pädagog_innen und Betreuer_innen ist dieses Wissen relevant. Federführend im deutschsprachigen Raum ist hier Apabiz e.V. mit der Broschüre „Versteckspiel"[7]. Für Österreich ist hier die „Rechtsextrem"-Broschüre des Mauthausen Komitees zu nennen.

Die Konzepte der historischen Bildungsarbeit/Holocaust Education befassen sich mit der Aufklärung über den Nationalsozialismus. Hier sind verschiedene Formen von Gedenkstättenpädagogik und Zeitzeug_innengespräche zu nennen. Erweiterte Angebote widmen sich auch gedenkpolitischen Fragen im Allgemeinen und der Bedeutung des Nationalsozialismus in der Gegenwart. In Österreich sind die Plattform „erinnern.at" zu nennen, das „Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes" und der „Verein Gedenkdienst".

Argumentationstraining setzt sich inhaltlich mit den Ideen und Ideologemen der extremen Rechten auseinander. Es soll den Betroffenen helfen, den

7 http://www.dasversteckspiel.de/

eigenen Standpunkt zu festigen und sie bei einem Auftreten gegen rechte Argumentationsmuster im Alltag zu unterstützen.

Konzepte der interkulturellen, rassismuskritischen und diversity-orientierten Bildungsarbeit beschäftigen sich mit dem rassistischen Teilaspekt der rechtsextremen Ideologie. (vgl. Schäuble 2010)

Antisemitismuskritische Bildungsarbeit setzt sich mit den verschiedenen Formen des Antisemitismus auseinander, die bei den oben genannten Ansätzen oft zu kurz kommt. Das Wissen über die Shoa inkludiert nicht automatisch Wissen über die neuen Formen des Antisemitismus. Auch in den rassismuskritischen Ansätzen wird Antisemitismus oft als eine weitere Form von Rassismus behandelt und nicht als eine Sonderform, die er aber ist. (vgl. Rajal/Schiedel 2016)

Gendersensible Rechtsextremismusprävention begreift Geschlecht als eine zentrale Kategorie, um die Struktur des modernen Rechtsextremismus zu analysieren. Sie beschäftigt sich mit Phänomenen wie übersteigerter Männlichkeit und Misogynie. Für die Präventionsarbeit bedeutet das eine Auseinandersetzung mit (eigenen) Rollenbildern und geschlechtlichen Zuschreibungen. (vgl. Radvan 2013)

Ein erfolgreicher Kampf gegen Rechtsextremismus erfordert als Voraussetzung eine gesamtgesellschaftliche Strategie. Auf der **politischen Ebene** muss Rechtsextremismus als gesellschaftspolitische Herausforderung begriffen und auch sozioökonomische Hintergründe wahrgenommen werden. Der Abbau von sozialer Ungleichheit spielt eine wichtige Rolle. In einer Leistungs- und Konkurrenzgesellschaft fehlen Jugendlichen oft reale Perspektiven und Chancen. Eine Gesellschaft, die starke Ellbogen mehr goutiert als ein solidarisches Miteinander, darf sich nicht wundern, wenn viele Jugendliche in rechtsextremen Einstellungen Perspektiven sehen. Die beste Rechtsextremismusprävention ist daher eine solidarische Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, aber auch eine soziale Familien- und Bildungspolitik.

Polizei und Justiz können das Problem Rechtsextremismus nicht lösen, weil sie oft nur reaktive Möglichkeiten haben. Mit dem Verbotsgesetz gibt es zwar in Österreich ein sehr scharfes Mittel im Strafrecht gegen Neonazismus, die Grenzen zwischen dem noch legalen Rechtsextremismus und dem illegalen Neonazismus sind aber oft fließend. Vielfach fehlt den Ermittlungsbehörden die notwendige Sensibilität, um Rechtsextremismus als solchen zu erkennen, zu benennen und ernst zu nehmen. Repression kann zwar ein Mittel der Eindämmung, doch keine Lösung sein.

Zivilgesellschaftliches Engagement kämpft oft mit mangelnder Würdigung seiner Arbeit. Viele Vereine und Initiativen, die sich gegen Rechtsextremismus stark machen, haben mit finanziellen Problemen zu kämpfen. Feste und gut finanzierte Strukturen bilden das Rückgrat von kontinuierlicher und nachhaltiger Arbeit. Die Projektförderung muss einer Regelförderung weichen, um Ressourcen, die vorher in die bürokratische Bearbeitung von Anträgen fließen, für die eigentliche Arbeit entfalten zu können.

Doch auch im Bereich **Wissenschaft und Forschung** besteht Handlungsbedarf. Viele Wissenschaftler_innen beschäftigen sich „nebenbei" mit Rechtsextremismus. Nur wenige haben den Hauptfokus ihrer Forschung auf den Themenschwerpunkt Rechtsextremismus gelegt. Ein Lehrstuhl, geschweige denn ein Institut, fehlt zur Gänze. Qualitativ hochwertige Rechtsextremismusprävention ist auf Forschung und empirische Studien angewiesen, die leider in Österreich oft Mangelware sind. Meist muss auf Forschung in Deutschland zurückgegriffen werden, die erst auf die österreichische Situation zu adaptieren ist.

Auch die **Medien,** die in der Meinungsbildung eine gewichtige Rolle spielen, tragen Verantwortung. Durch die Boulevardisierung kommt es häufig zur Reproduktion von problematischen Stereotypen und Ausgrenzungsmechanismen statt zu differenzierter Darstellung. Die Berichterstattung über Rechtsextremismus verharmlost zumeist aktive rechtsextreme Strukturen und räumt Rechtsextremen zu viel Platz für ihre Propaganda ein. Die Vorderung lautet: Die konjunkturelle Dramatisierung muss einer kontinuierlichen Berichterstattung, die über Hintergründe und Ursachen von Rechtsextremismus informiert, weichen.

LITERATUR

AK Geschlechterreflektierende Rechtsextremismusprävention: Positionspapier des Arbeitskreises zum Begriff „Deradikalisierung" (März 2016), online: http://www.gender-und-rechtsextremismus.de/w/files/pdfs/fachstelle/positionspapier_deradikalisierung.pdf [14.4.2016]

Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung: Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2014, online: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Verfassungsschutz/Verfassungsschutzbericht_Jahr_2014.pdf [14.04.2016]

Bundesministerium für Bildung und Frauen: Heinisch-Hosek: 600 Workshops „Respekt und Zusammenleben in der Schule" ab sofort abrufbar (18.2.2016), online: https://www.bmbf.gv.at/ministerium/vp/2016/20160218.html [14.04.2016]

Radvan, Heike: Geschlechterreflektierende Rechtsextremismusprävention. Eine Leerstelle in Theorie und Praxis?. In: Amadeu Antonio Stiftung/Radvan, Heike (Hg.): Gender und Rechtsextremismusprävention. Berlin 2013, S. 9-36.

Rajal, Elke/Schiedel, Heribert: Rechtsextremismusprävention in der Schule: Ein ambitioniertes Programm. In: FIPU (Hg.): Rechtsextremismus. Band 2: Prävention und politische Bildung. Wien 2016, S. 85-136.

Schäuble, Barbara: Politische Bildung und Rechtsextremismus. In: Lösch, Bettina/ Thimmel, Andreas (Hg.): Handbuch für eine kritische Politische Bildung. Schwalbach 2010, S. 409-422.

Steinhauser, Albert, zit. nach derstandard.at: Konzept für Jihadisten im Gefängnis gefordert (29.1.2015), online: http://derstandard.at/2000011014849/Konzept-fuer-Jihadisten-im-Gefaengnis-gefordert [14.4.2016]

www.stopptdierechten.at kontakt@stopptdierechten.at

„Es gibt drei Dinge, die sich nicht vereinen lassen: Intelligenz, Anständigkeit und Nationalsozialismus. Man kann intelligent und Nazi sein. Dann ist man nicht anständig. Man kann anständig und Nazi sein. Dann ist man nicht intelligent. Und man kann anständig und intelligent sein. Dann ist man kein Nazi."
(Gerhard Bronner bei der Gedenkfeier zum 60. Jahrestag der Befreiung des KZ Gunskirchen, 7. Mai 2005)

Antifaschismus geht uns alle an!

In einer Zeit, in der wieder vermehrt Naziparolen an Häuserecken zu finden sind, in der Gedenktafeln für Opfer des Nationalsozialismus zerstört werden, wo auf Webseiten neonazistische Propaganda betrieben wird und Menschen bedroht werden, müssen wir selbst aktiv werden. Antifaschismus geht uns alle an! Wenn Sie mit uns in Kontakt treten wollen, Vorschläge, Anregungen, Infos haben, dann schreiben Sie uns doch ein Mail!

Wir haben uns als Ziel gesetzt, rechtsextreme, rassistische oder neonazistische Vorfälle zu sammeln und vor allem zu dokumentieren, dafür benötigen wir aber Ihre Mithilfe.

Was melden?

Zum Beispiel rassistische oder rechtsextreme Propaganda im Internet.

Wo melden?

Direkt an uns: kontakt@stopptdierechten.at.
Wir behandeln Ihre Angaben selbstverständlich vertraulich.

WWW.GRUENE.AT

GRÜNER KLUB
IM PARLAMENT